

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Holger Börner
Günter Grass
Klaus Harpprecht
Johannes Rau
Carola Stern
Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz
(Chefredakteur)
Ulrike Ackermann
Norbert Seitz
(verantwortlich)

Ständige Mitarbeit

Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Hans-Joachim Schabedoth
Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler
Jürgen Burckhardt
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reinhard Höppner
Reimut Jochimsen
Tomas Kosta
Ferdinand W. Menne
Thomas Meyer
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Richard Schröder
Wolfgang Thierse

12

1993
40. Jahrgang

Inhalt

1059 Editorial

Aktuelles

1061 PETER W. SCHULZE
Jelzin und die Russische Föderation

1066 CORD JAKOBEIT
Eine letzte Chance für das GATT

1071 UWE THOMAS
Energiepolitik und
Kreislaufwirtschaft

1074 EBERHARD MOTHS
Versicherung und Pflege

Thema: Japan

1080 MICHAEL EHRKE
Die Juli-Revolution oder:
Ende eines Systems?

1085 UWE SCHMITT
Der China-Komplex

1092 TINA STADLMAYER
Der allmähliche Aufbruch
der japanischen Frauen

1096 GEORG BLUME/
SIEGMAR MOSDORF
Unternehmenskultur des
21. Jahrhunderts

1103 HANS JOACHIM QUEISSER
Die Herausforderung
der japanischen Mikroelektronik

1107 HANS-JOACHIM SCHABEDOTH
»Japan AG« unter
Anpassungsdruck

Kontrovers

1114 ALAIN FINKIELKRAUT
Wer will denn schon Kroate sein?

Kultur

1124 REINHARD MOHR
Kulturkampf in Frankfurt

1125 JÜRGEN KOCKA
Sozialgeschichte der 90er Jahre

1130 RENÉ WEILAND
Hans Freyer und die
Weimarisierung
der Bundesrepublik

1134 RADANA MATOUSOVA
Eine Philosophie, die verkündigt

Kritik

1137 NORBERT SEITZ
Als einsamer Rufer im Dickicht

1140 DIETER BODEN
Faln und die Deutschlandpolitik

1142 MARTIN BRÜNING
Aufstieg und Fall der Mrs. T.

1145 PETER VON OERTZEN
Sozialdemokratie und
Bolschewismus

1147 THOMAS KREUDER
Wachstumsbranche im Chaos

1150 JÜRGEN BUSCHE
Die Vorgeschichte des Ersten
Weltkriegs

1152 Zu den Autorinnen und Autoren

1152 Impressum

Foto: dpa; Die siegreiche Koalition nach der Juli-
Wahl in Japan

Editorial

Diese Zeitschrift hat sich immer in die aktuellen Konflikte unserer Gesellschaft eingemischt; dabei wird es bleiben. Deswegen drucken wir im Dezember-Heft eine brisante Analyse des früheren Kieler Wirtschaftsministers Uwe Thomas zur Energiepolitik. Thomas, den die Technische Universität Berlin für die intelligente Umsetzung moderner Technik mit dem Ehrendoktorat auszeichnete, ehe er fünfzig wurde, spricht aus, was die SPD nicht auszusprechen wagt: Daß der Ausstieg aus der Kernenergie binnen zehn Jahren Kapitalvernichtung in Milliardenhöhe wäre – und deshalb nicht funktioniert. Wer ihm widersprechen will, möge es tun.

Das Hauptthema des letzten Heftes dieses Jahres der Verdrossenheit ist *Japan* – und der Schlüsseltext der Japan-Berichte stammt von Hans Joachim Queisser, dem Doyen der Mikroelektronik, einem der Leiter des berühmten Stuttgarter Max-Planck-Instituts für Festkörperphysik. Queisser warnt seit einem Jahrzehnt vor der Dominanz der Japaner in der Querschnitts- und Basistechnologie Mikroelektronik – vergebens. Die Deutschen haben erstklassige junge Wissenschaftler, aber die Industrie nutzt die Spitzenforschung nicht mehr, sie hat den Kampf aufgegeben. Zu dieser Diagnose paßt die Tatsache, daß unsere großen Unternehmen alle aus den 20er Jahren (oder sogar aus früheren Jahrzehnten) stammen; weltweit operierende, technologieorientierte Unternehmensgründungen aus den letzten zwei Jahrzehnten (wie zum Beispiel *Microsoft* in den USA) gibt es bei uns nicht. Bleibt uns da eine andere Strategie als die törichte der Lohnkürzung? Die Standortkrise der Deutschen, so kann man aus dem Vergleich mit Japan lernen, ist im hohen Ausmaß eine Forschungs- und Managementkrise.

Diese Ausgabe enthält auch einen langen, brillanten, erschreckenden Text eines bedeutenden jüdischen Intellektuellen aus Paris: Alain Finkielkraut. Bei der schon legendär gewordenen Tagung des Internationalen PEN in Kroatien im Mai dieses Jahres entwickelte Finkielkraut seine Theorie vom guten kroatischen Nationalismus, den man vom bösen, aggressiven serbischen genau unterscheiden müsse und

den die »Neodemokraten des technischen Zeitalters«, die wurzellosen postnationalen Intellektuellen Westeuropas, nicht begriffen. Denn deren Vaterland sei die »Video-Späre«, sie seien »verkabelt, wie man einst verwurzelt war«. Für die Deutschen ist dieser Text besonders interessant, weil er zeigt, wie man die abwegige deutsche Jugoslawien-Politik des Jahres 1991 begründen könnte, wenn unsere offiziellen Außenpolitiker Köpfe wären. Finkielkrauts romantischer und antipolitischer Anfall ist das französische Gegenstück zum »Anschwellenden Bocksgesang« des Botho Strauss. Wir kommen im Januar-Heft darauf zurück.

Zeitschriften sind materialisierte Gesprächskreise. Zu unserem Zirkel gehörten seit Jahrzehnten der tschechische Intellektuelle *Jiří Hájek* und der deutsche Bankier *Walter Hesselbach*, zwei demokratische Sozialisten, die jetzt im Alter von achtzig und achtundsiebzig Jahren den letzten Kahn, den über den Acheron, genommen haben. Beide waren bedeutende und charaktvolle Figuren; und beiden ist gemeinsam, daß man ihnen den Lebensabend verdüsterte. Hájek, mit dem wir Anfang des Jahres (NG/FH 2/93) ein letztes großes Interview führten, hat nach 1945 als Sozialdemokrat mit den Kommunisten gemeinsame Sache gemacht. Obwohl er das mehr als ein Jahrzehnt lang als unbeugsamer, einsamer Dissident abbüßte, haben rachsüchtige Genossen ihm den Fehler von 1948 bis zum Schluß vorgehalten. Walter Hesselbach schuf der deutschen Arbeiterbewegung eine gemeinwirtschaftliche Unternehmensgruppe, deren Zerfall er im Alter mit ansehen mußte. Daß man aus Managementfehlern (und Raffgier) Konsequenzen ziehen mußte, war klar. Daß die Gewerkschaften in der Krisensituation aber die Idee der Gemeinwirtschaft fallen ließen wie eine heiße Kartoffel, muß Hesselbach tief geschmerzt haben. Der in der Nadelstreifen-Welt hochrespektierte Mann tauchte noch im hohen Alter auf Parteiversammlungen seiner Frankfurter SPD auf, in Windjacke und Turnschuhen. Aber er war wortkarg und bitter geworden. Wir werden gelegentlich an diese beiden Männer erinnern.

Peter Glotz



Foto: Keystone

Aktuelles

PETER W. SCHULZE

Jelzin und die Russische Föderation

Präsident Jelzin hat seine Ankündigung, es werde einen »heißen September« geben, am 21. September 1993 eingelöst. Schon die vorhergehende Wiederberufung Gaidars in das Wirtschaftsressort war eine gezielte Provokation an die Adresse des Parlamentes und Auftakt für die heiße Phase im Machtkampf zwischen Präsident und Obersten Sowjet.

»Stiller Staatsstreich«?

Jelzins Dekret zur »fortschrittlichen Verfassungsreform in der Russischen Föderation« verfügt die sofortige Auflösung des Obersten Sowjets und beraumt für den 11. und 12. Dezember 1993 Neuwahlen zur »Staatsduma« an, dem Unterhaus, der aus zwei Kammern bestehenden zukünftigen Bundesversammlung. Bis das neue Zwei-Kammer-Parlament der Russischen Föderation, die Bundesversammlung also, die Arbeit aufgenommen hat, gelten nur die Dekrete des Präsidenten und die Erlasse der Regierung. Jedoch kann die zweite Kammer, der Föderationsrat, bereits vor den Wahlen seine Funktionen wahrnehmen. Dem Föderationsrat obliegt es, zusammen mit Regierung und dem Präsidenten ein Wahlgesetz für die Parlamentswahlen zur *Duma* auszuarbeiten.

Verfügt wurde ferner, daß bis zum 12. Dezember 1993 die Verfassungskommission und der Verfassungsrat einen gemeinsamen Verfassungsentwurf vorlegen. Weitere Maßnahmen stellen die Zentralbank unter Kontrolle der Regierung (bisher unterstand sie dem Parlament), und dem Verfassungsgericht wird untersagt, bis zu den Wahlen Stellungnahmen abzugeben. De facto ist damit der seit langem erwartete »stille Staatsstreich« nun Wirklichkeit geworden. Präsident Jelzin will als *Terminator II* die Liquidation der alten Sowjetunion und die Konstitution der neuen Staatsgewalt, der Russischen Föderation, voran- und zu Ende bringen.

Zwar spielte Jelzin auch diesmal mit hohem Risiko, doch hatte er diesen Schritt klug abgesichert. Die leitende Hand enger Mitarbeiter wie Burbulis und Poltoranin ist zu erkennen. Ohne Vergewisserung der wohlwollenden Neutralität

der Streitkräfte und ohne breite Unterstützung durch wichtige Regionen hätte Jelzin einen solchen Schritt nicht gewagt. Die Annahme wird durch die Haltung der Streitkräfte bekräftigt. Obwohl sie dem Afghanistan-Recken Rutzkoi nahestehen, nahmen sie weder von ihm noch von dem von Rutzkoi ernannten Verteidigungsminister Generaloberst Atschalow Befehle an. Auch in der Provinz gab es keine Anzeichen, daß sich Militäreinheiten auf die Seite des Obersten Sowjet schlagen würden.

Armee, Sicherheitsapparat, die Gouverneure und Chefs der Regionalverwaltungen, selbst die Zentralbank, die elektronischen Medien und die Intelligenz unterstützten Jelzin in seinem Kampf. Trotz Kritik am wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung hat sich seit Frühsommer des Jahres die Haltung der Direktoren großer Staatsunternehmen zur Regierung Tschernomirdin entspannt. Die Annäherung des von Wolkskij geführten Russischen Industriellen- und Unternehmerverbandes an die Regierung hat ein Übriges zu diesem Prozeß beigetragen, so daß auch von dieser Seite Neutralität geübt werden wird.

Folgen des April-Referendums

Bereits mit dem für Präsident Jelzin positiven Ausgang des Referendums vom 25. April 1993 wurde das Ende der sich gegenseitig blockierenden Doppelherrschaft von Parlament und Präsident eingeleitet. 58,7 % der Bevölkerung sprachen Jelzin ihr Vertrauen aus. Sie votierte auch, was selbst für die demokratischen Reformkräfte im Umfeld des Präsidenten unerwartet kam, mehrheitlich (53 %) für den wirtschaftspolitischen Reformkurs der Regierung. Die Zustimmung war besonders hoch in Großstädten, nahm jedoch zum Lande hin ab. Zurückhaltung legten die Wähler jedoch bei der Frage nach vorgezogenen Präsidentschaftswahlen an den Tag. Nur 31,7 % votierten dafür, während sich bereits damals 43,1 % für Neuwahlen zum Parlament aussprachen. Das positive Ergebnis des Referendums wurde als Mandat für den Präsidenten interpretiert, baldigst an die Lösung der Verfassungsproblematik zu

gehen und möglichst noch im Herbst, spätestens aber zum Frühjahr 1994, Neuwahlen zum Parlament anzuberaumen.

Im Unterschied zur Nach-Putsch-Situation von 1991, als Jelzin durch Zaudern die Gunst der Stunde nicht nutzte, um Reformen beschleunigt einzuleiten und auch nicht daran ging, die Gruppen der demokratischen Bewegung organisatorisch zu festigen und politisch zu einen, behielt er diesmal das Heft des Handelns in der Hand und zwang seine Gegner in die Defensive. In dem Maße, wie es gelang, das Projekt der Verfassungsreform unter Umgehung des Obersten Sowjets zu forcieren, wurde dieser als politische Machtinstitution marginalisiert und die Opposition geschwächt.

Das Verfassungsprojekt

Unmittelbar nach dem Referendum unterbreitete Jelzin den Mitgliedern des neu geschaffenen Föderationsrates, dem als »Föderationssubjekte« die 88 Verwaltungschefs der autonomen Republiken, Regionen und Gebiete Rußlands angehören, einen Verfassungsentwurf. Dieser sah eine präsidentielle Demokratie mit zwei Kammern vor, die sich an amerikanische und französische Verfassungsnormen orientiert und dem Präsidenten weitgehende Vollmachten einräumt. So hat er das letztendliche Ernennungsrecht für den Ministerpräsidenten und für die Regierung, kann das Parlament auflösen und vorzeitige Wahlen ausschreiben. Die neue Bundesversammlung soll aus den beiden Kammern der »Staatsduma« (300 Mitglieder) und dem »Föderationsrat« (Repräsentanten der Regionen) bestehen. Entsprechend der Akzentuierung föderalistischer Prinzipien hat der Föderationsrat weitergehende Vollmachten. Er verfügt über legislative Funktionen und hat Kontrollrechte über die Regierung. Durch Sonderregelungen soll sichergestellt werden, daß im Föderationsrat die nicht-russischen Ethnien die Hälfte der Abgeordneten stellen würden.

Bereits Anfang Juni wurde evident, daß Jelzin im Unterschied zu andere Mitgliedern seiner Regierung, wie etwa dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Schachraj, keine Verhandlungsbereitschaft gegenüber dem Kongreß der Volksdeputierten und dessen verfassungsberatenden Ausschüssen zeigen würde. Kompromißlos deutete er bereits im Juni an, daß er, falls erforderlich, ein weiteres Mal das Volk befragen und über die Verfassung abstimmen lassen werde, sollten die Volksdeputierten den erarbeiteten Verfassungsentwurf blockieren. Seitdem hielten sich hartnäckig Gerüchte, daß der Präsident auch vor einem »stillen Staats-

streich« nicht zurückschrecken würde. Gemeint war damit, den Obersten Sowjet und den Kongreß der Volksdeputierten durch den Austritt aller demokratischen Kräfte beschlußfähig zu machen, um ihn dann in einem weiteren Schritt aufzulösen und Neuwahlen kurzfristig anzusetzen. Insofern kamen die Ereignisse vom 21. September 1993 nicht überraschend.

Zwar gelang es, die verfassungsgebende Versammlung vor den politischen Machtkämpfen in Moskau abzuschirmen, die fundamentale Opposition zu marginalisieren und in Grundzügen die Struktur der zukünftigen Verfassung auszuarbeiten. Aber in den zentralen Fragen wie der Machtverteilung zwischen Bund und Subjekten der Föderation und wie die Gleichstellung der Föderationssubjekte untereinander gesichert werden sollte, zeigten sich bald scharfe Konfliktlinien und drohten die Interessenkoalition von Präsident und russischen Regionen zu zerbrechen.

Die Auseinandersetzung zwischen den Regionen, Großstädten und Republiken berührt Fragen der staatlichen Souveränität und des staatlichen Gestaltungsprinzips. Nämlich, ob es sich bei dem künftigen russischen Staat um eine Föderation mit gleichen verbrieften Rechten und Pflichten für alle Föderationssubjekte handeln sollte, oder ob eine asymmetrische Verteilung von Privilegien und Statusrechten unter den Föderationssubjekten durchaus Bestandteil der neuen Föderationsstruktur des Russischen Staates sein könnte. Konkret, ob etwa autonome Republiken Staatsverträge mit dem Bund oder mit ausländischen Staaten abschließen dürfen und sich wie quasi-souveräne Staaten verhalten können.

Heute wird die Alternative von Föderation oder Konföderation kaum mehr ernsthaft diskutiert. Jedoch ist unlängst eine weitere Konfliktdimension hinzugekommen, die Sprengkraft in die fragile Koalition zwischen Regionen und Präsident trug: der inter-regionale Konflikt, nämlich die Auseinandersetzungen zwischen Regionen und autonomen Republiken.

Denn, die Tradition der alten sowjetischen Verfassung folgend und in der Absicht, separatistische Tendenzen zu schwächen, räumte Jelzins Verfassungsentwurf den 21 autonomen, ethnisch begründeten Republiken mehr Privilegien und Statussymbole (eigene Regierung, Verfassung, Parlament und Außenrepräsentanz) ein als den russischen Regionen. Dagegen revoltieren besonders die großen, reichen und homogenen Regionen, aber auch Großstädte wie St. Petersburg und Moskau.

Weil sie an Moskau mehr Steuern abgeben, pochen die Regionen auf Gleichstellung mit den

autonomen Republiken. Anfang Juli 1993 preschten Ekatarienburg (Republik Ural), Vologda und Primorie (Wladiwostok) vor und erklärten sich kurzerhand zu autonomen Republiken. Dahinter verbirgt sich keine separatistische Tendenz, eher eine Warnung an Moskau, den Ausverkauf nationaler Interessen aus wahltaktischen Überlegungen heraus nicht zu weit zu treiben.

Denn würden asymmetrische Entwicklungen bei der Verteilung von fiskalischen, wirtschaftlichen und politischen Rechten unter den Föderationssubjekten zu gravierenden Verzerrungen und unterschiedlichen Leistungsanforderungen führen, dann wäre in der Tat der Zusammenhalt der Föderation gefährdet.

Es wurde evident, daß Jelzins Strategie, die Regionen zu einer dem Parlament neben- und übergeordneten Kammer *Vernaja Palata* (Oberhaus) zu konstituieren, am Widerstand in den Regionen zu scheitern drohte. Der Ansatz fand unter den Repräsentanten der Region keine Mehrheit. Einmal, weil die politische Instrumentalisierung zu offenkundig war, und zum anderen, weil das Problem der verfassungsrechtlichen Gleichstellung der Region mit den autonomen Republiken nicht von Jelzin gelöst werden konnte.

Jelzins Politik war in eine Sackgasse geraten. Noch schwerwiegender, in dem Maße, wie seine regionale Basis abbröckelte, entstand

wieder der alte Machtdualismus zwischen Parlament und Präsident. Hinzu kam, daß die Bevölkerung, wie Meinungsumfragen belegen, von diesen Machtauseinandersetzungen scheinbar völlig unberührt blieb und auf die normalen Geschäfte der Sicherung materieller Lebensbedürfnisse ihr Hauptaugenmerk richtete. Von einer polarisierenden politischen Debatte in der Gesellschaft, ja sogar nicht einmal in Teilen der politischen, wirtschaftlichen, administrativen und kulturellen Entscheidungselite, konnte keine Rede sein.

Das Dekret vom 21. September kann daher auch als Befreiungsschlag des Präsidenten interpretiert werden, dessen weitreichende Folgen aber nicht unmittelbar kalkuliert wurden.

Die Regionen als neuer Machtfaktor

Die Regionen sind der neue und langfristig mächtige Faktor in der Konstellation politischer Kräfte in Rußland. Sie haben während der Zeit des Machtgerangels zwischen Parlament und Präsident gelernt, auch ohne Moskau und an Moskau vorbei Entscheidungen zu treffen. Galt ehemals, daß ohne Zustimmung der zentralen Ministerien Moskaus in den Regionen wenig bewegt werden konnte, so haben sie heute, gleichgültig, ob sie sich dem Pro- oder Anti-Jelzin-Lager zurechnen, ein hohes Maß an Selbständigkeit und regionaler Identität gewonnen. Sie

Präsident Jelzin läßt das Weiße Haus stürmen

Foto: dpa





Jelzin-Anhänger feiern Sieg

Foto: dpa

sind im Begriff, eigene und damit konkurrierende fachkompetente regionale Funktionseliten zu schaffen, die etwa wirtschaftspolitische Entscheidungen, Fragen der Preisgestaltung (Benzin- und Energiepreise), die Investitions- und Privatisierungspolitik in eigener Regie nach den regionalen Faktoren gestalten und oft gegen Vorgaben aus Moskau durchsetzen.

Beim Zusammenbruch von Wirtschaftsbeziehungen haben sich interregionale Kooperationen herausgeschält wie die bereits erwähnten großen inter-regionalen Gebilde, der »Große Ural«, die »Große Wolga« oder der »Sibirische Rat«. Darüber hinaus fordern die Großstädte St. Petersburg und Moskau die Gleichstellung mit Regionen und Republiken. Solche Tendenzen erinnern vielleicht an vergleichbare Vorgänge in Westeuropa, wo sich in der Europäischen Gemeinschaft teilweise grenzüberschreitende »Euro-Regionen« herausbilden.

Während für die zentralen Regionen Rußlands die Gefahr sukzessiver Verselbständigung kaum besteht und wirtschaftliche Argumente den Ausschlag für solche Entwicklungen geben (Vernetzung von Transport, Energie, Arbeitsmärkten, von Forschung und Entwick-

lung), sind für andere Gebiete solche Gefahren nicht abzuweisen. So können beispielsweise einige Regionen des Südens oder Sibiriens an historische Vorläufer eigener, wenn auch nur kurzer Staatlichkeit und Souveränität anknüpfen.

Gemeinsam lehnen sie aber die Wiederherstellung der interventionistischen Zentralgewalt ab. Ihre Forderungen an Moskau sind eine verfassungsgemäße Garantie des föderativen Bundesstaates für den Auf- und Ausbau des Rechtsstaates, die Gleichstellung mit den Republiken wie die verantwortliche Mitwirkung an der Gestaltung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Neuordnung der Föderation.

Auf absehbare Zeit wird die Rückdrängung des regionalen Faktors aus den nationalen Entscheidungsstrukturen weder möglich sein, noch stehen außer den kommunistischen Fundamentalisten politische Kräfte bereit, die den alten Zentralstaat wieder einführen wollten.

Politisches *Realignment* im Parteienspektrum

Die noch bis zum Referendum dominierenden Oppositionskräfte um den Parlamentspräsidenten Chasbulatow waren eindeutige Verlierer des Referendums. Bereits kurz danach spaltete sich die Anti-Jelzin-Opposition. Teile der parlamentarischen Opposition, so die Gruppe *Smena novaja politica*, die bislang das Zünglein an der Waage im interfraktionellen Machtpoker spielte und sich auf das Vermitteln zwischen den Fronten verstand, verließen ebenso wie der Vizepräsident des Parlamentes, Nicolaj Rjabov, das Anti-Jelzin- und Pro-Chasbulatow-Lager.

Es zeigten sich auch die ersten Risse in der zentristischen Opposition, bei *Grashdanskij Sojus*, der Bürgerunion. Die Demokratische Partei Rußland unter Trawkin verließ das Zweckbündnis. Trawkin legte sogar sein Mandat nieder. Verbandspräsident Arkadi Wolski schließlich machte seinen Einfluß in dem von ihm geleiteten *Allrussischen Verband der Industriellen und Unternehmer* dahingehend geltend, daß er dessen politischen Arm, die Partei *Erneuerung*, aus dem zentristischen Zweckbündnis hinaussteuerte. Sogar seine Annäherung an den vom früheren Ministerpräsidenten Gaidar geführten Kleinunternehmerverband aus privatisierten Unternehmen schien nicht mehr ausgeschlossen.

Abgesehen von den fundamentalistischen Oppositionsgruppen der Monarchisten, Kommunisten und russischen Nationalisten signalisierten die zur demokratischen Opposition zäh-

lenden Parlamentsgruppen Kompromiß- und Gesprächsbereitschaft.

Die russische Parteienlandschaft befindet sich in einer hektischen Phase der Umgruppierung, die durch die Ereignisse vom September noch beschleunigt werden wird. Denn bis zu den Wahlen im Dezember bleibt nur wenig Zeit, und die Parteien sind alle unvorbereitet. Alte Koalitionen und Zweckbündnisse, wie das von *Grashdanski Sojus*, sind bereits zerfallen. Dabei erscheint als Novum, daß Verbände, besonders die Verbände der Industriellen, der Unternehmer, des kleineren und mittleren Gewerbes in die politische Sphäre hineinstoßen. Dort scheinen sie in den sich neu formierenden parteipolitischen Lagern, den potentiellen Wahlblöcken, Kristallisationsfunktionen zu übernehmen. Denn sie verfügen im Unterschied zu den Parteien über administrativen Einfluß in den Städten und Regionen, über Kader und Organisationen und vor allem über Geld.

Tendenziell scheinen sich vier bis fünf parteipolitische Lager / Wahlblöcke herauszuschälen:

Der Block der demokratischen Kräfte, eine Pro-Jelzin-Bewegung, die sich um die Stiftung »Strategie« von Burbulis und um die Partei Russische Einheit sammelt; zu dieser Kerngruppierung scheinen alte Gruppen des radikal-demokratischen Lagers (Demokratisches Rußland), Sojus 25. April sowie Teile der Sozialdemokraten und Liberale zu stoßen. Bemerkenswert ist, daß der von Gaidar geführte Verband mittelständischer Unternehmer keinen dominierenden Einfluß in dieser Bewegung hat.

Die *umgruppierte Bürgerunion*, eine Koalition der bürgerlichen Kräfte, wie die Volkspartei Freies Rußland, die Sozialistische Partei der Arbeit, der demokratische Block, die Partei *Erneuerung* und die Föderation des Handels und der Unternehmer. Dieser Block ist von den Septemberereignissen besonders betroffen. Die Volkspartei Freies Rußland, die bislang Rutzkoi unterstützte, steht vor der Spaltung. Ein Teil wird mit Rutzkoi in das rechte Lager abwandern, ein anderer Teil wird zu den demokratischen Kritikern Jelzins stoßen, also auch zu den Sozialdemokraten. Eine dritte Gruppe schließlich wird offen ins Jelzin-Lager überlaufen. Die politische Zukunft von Rutzkoi scheint besiegelt.

Eine *liberaldemokratische und konservative Gruppierung* um die Partei ökonomische Freiheit (*Borovoi*), die Republikanische Partei, die Demokratische Partei etc. In diesem Parteienblock spielen ebenfalls Unternehmerverbände und einzelne Unternehmer (*Zatulin*) eine herausragende Rolle.

Eine unentschiedene *zersplitterte Gruppe kleinerer Parteien*, darunter auch die russischen Sozialdemokraten, SDPR, die sich nicht entscheiden können, ob sie zum Jelzin-Block stoßen oder eine eigene Gruppierung begründen sollen. In dieser Gruppe sind auch jüngst Konzeptionen aufgetaucht, eine sozialdemokratische Sammlungsbewegung außerhalb der SDPR und quer zu allen Parteien aufzubauen. Man will die Kader aus den anderen Parteien herauslösen, die sich als Sozialdemokraten definieren. Adressaten sind Fraktionen in der Volkspartei Freies Rußland, in der Demokratischen Partei Trawkins und Gruppen aus den Sozialistischen Parteien der Arbeit und der Werktätigen.

Die *fundamentalistischen Oppositionsgruppen*, vereint in der nationalen Rettungsfrent.

Obwohl es Jelzin bislang nicht gelungen ist, mit Hilfe der Stiftung *Strategij* eine eigene Partei oder parteiähnliche Unterstützungsbeziehung zu organisieren, werden dem radikal-demokratischen Block, aber auch der bürgerlich-zentristischen Union und der liberaldemokratischen Allianz realistische Wahlchancen eingeräumt – sieht man einmal von den kommunistischen und nationalistischen Parteien ab.

An dieser Stelle soll auch auf eine Besonderheit der politischen Entwicklung in Rußland aufmerksam gemacht werden, daß nämlich Gewerkschaften sich bislang kaum in die politische Arena gewagt haben. Daß Parteienähe eher die Ausnahme ist und auf wenige Führungspersönlichkeiten und ausschließlich auf die neuen Gewerkschaften (vorbehaltlose Unterstützung von Jelzin) beschränkt bleibt. Umgekehrt gab es bislang keine ernstzunehmende Gewerkschaftsarbeit der Parteien.

Hier können noch interessante Entwicklungen bis zum Dezember einsetzen. Denn ähnlich wie die Assoziationen der Unternehmer verfügen die Gewerkschaften über beträchtliche Ressourcen, die bei der organisatorischen und personellen Schwäche der Parteien darüber entscheiden können, welche Gruppen den Einzug in die *Duma* schaffen werden.

Perspektive

Blickt man über das Tagesgeschehen hinaus auf die Zeit nach dem 12. Dezember 1993, so wird zwar aller Wahrscheinlichkeit nach keine Institution der alten Sowjetmacht mehr bestehen. Doch die Frage stellt sich, ob die Mehrheitsverhältnisse in der neu gewählten *Duma* so entscheidend anders sein werden? Ob sie überhaupt angesichts der Parteienzersplitte-

rung arbeitsfähig wird? Das kann, blicken wir nach Mitteleuropa, eher bezweifelt werden.

Nach dem Wahlgang werden dann zwei konkurrierende, gesellschaftlich legitimierte Machtstrukturen bestehen, die um den Föderationsrat aus den Regionen komplementiert werden. Zwar wird die *Duma* das schwächste Glied in dieser Konstellation sein. Doch ähnlich wie in westlichen Parlamenten, werden sich auch im Zusammenspiel der beiden Kammern reale regionale Interessenlagen herausbilden und damit einerseits zur Versachlichung der Debatten beitragen. Zum anderen kann angenommen werden, daß trotz der wahrscheinlichen Durchsetzung des Prinzips der präsidentiellen Demokratie die Macht des Präsidenten auf enge Grenzen stoßen wird. Denn eine irreversible Konsequenz der Lähmung der russischen Staatsgewalt in dem seit Herbst 1992 andauernden Kampf zwischen Parlament und Präsident ist die Schwächung der Zentralgewalt. Es bedarf der Mitwirkung der Regionen, um den politischen und wirtschaftlichen Aufbauprozess des Landes voranzubringen. Jelzin brauchte die Regionen, um diesen Kampf zu gewinnen. Aber die Macht muß er sich nun mit den regionalen Föderationssubjekten teilen.

CORD JAKOBEIT

Eine letzte Chance für das GATT

Nur ein Kraftakt kann die Uruguay-Runde noch retten

Wer sich mit der Zukunft des Welthandels und der internationalen Handelspolitik beschäftigt, hat sich den 15. Dezember 1993 im Kalender rot angestrichen. Bis zu diesem Termin muß bei den laufenden Verhandlungen der sogenannten Uruguay-Runde, der achten Runde internationaler Absprachen zur Förderung des Welthandels im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), ein Abschluß erreicht werden. In der laufenden Verhandlungsrunde wurden seit 1986 zwar schon etliche Termine verpaßt, zu denen man spätestens eine Einigung unter Dach und Fach bringen wollte, so daß bei den Kritikern schon seit langem nur noch zynisch von der »Uruguay-Farce« und dem »General Agreement to Talk and Talk« die Rede ist. Jetzt steht eine Entscheidung über das Schicksal des GATT aber unmittelbar bevor.

Im vergangenen Frühsommer hatte der amerikanische Kongreß der Clinton-Administration eine letzte Verlängerung für ein *fast track*-Verhandlungsmandat bis zum Ende des Jahres zugestanden. Im Rahmen dieses Verfahrens hat die US-Regierung bei den Verhandlungen weitgehend freie Hand, so daß der amerikanische Kongreß ein ausgehandeltes Abkommen nur geschlossen ablehnen oder verabschieden kann. Angesichts starker protektionistischer Einzelinteressen vieler amerikanischer Abgeordneter ist kaum damit zu rechnen, daß der Regierung noch einmal ein solcher Spielraum ermöglicht wird. Wenn aber sämtliche Einzelergebnisse eines Verhandlungskommisses der gesonderten Zustimmung von Abgeordnetenhaus und Senat bedürfen, kann die Ratifizierung eines möglichen Abschlusses de facto ausgeschlossen werden.

Das internationale Handelsregime steht damit an einem Scheideweg. Kommt es innerhalb der gesetzten Frist nicht zu einer Einigung, dann droht dem bisherigen internationalen Rechtsrahmen für die Handelspolitik das endgültige Aus. Zwar würde das GATT als Regelwerk und als Organisation bestehen bleiben, es hätte aber wohl sämtliche Glaubwürdigkeit und Bedeutung verspielt. Der Welthandel würde sich noch stärker in Bereiche verlagern, die einem multilateral vereinbarten Regelwerk entzogen wären. Das GATT würde zur leeren Hülle und zu einem Anachronismus. So wie vor 20 Jahren mit dem Übergang zum freien Floaten der Währungen das Nachkriegsregime in der Geldpolitik einen fundamentalen Wechsel erlebte, stünde nunmehr auch im Bereich des Welthandels eine neue Ära bevor.

Glaubt man den eifrigsten Befürwortern einer GATT-Einigung, dann käme es bei einem erneuten Scheitern der Verhandlungen noch schlimmer. Die Weltwirtschaft würde wie zuletzt in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts in eine tiefe Krise geraten. Die Staaten würden sich mit protektionistischen Maßnahmen überbieten, Handelskriege wären programmiert und auch militärische Konflikte über Ressourcenzugang und Märkte ließen sich dann bald nicht mehr verhindern. Solche Cassandra-Rufe übersehen jedoch, daß sich Geschichte nicht einfach wiederholt. Erstens sind Kommunikation, transnationale Verflechtung und Welthandel auch ohne eine GATT-Einigung in den letzten Jahren rasant gestiegen. Diese Dynamik und das Potential technologischer Veränderungen hängen kaum oder nur in geringem Maße vom bisher bestehenden Regelwerk des GATT ab. Zweitens haben die großen drei Handelsblöcke USA, Japan und EG ihre Han-



GATT-Domizil in Genf

Foto: Keystone

delsstreitigkeiten untereinander auch bisher schon eher im bilateralen Rahmen, denn unter Rückgriff auf GATT-Bestimmungen geregelt. Dabei folgte den anfänglich martialischen Sanktionsandrohungen letztlich stets eine friedliche Einigung. Als Beispiel ließen sich die Vereinbarungen bei Stahl und Luftfahrtindustrie zwischen EG und USA, die Selbstbeschränkungsabkommen beim Export japanischer Automobile in die EG oder die Marktöffnungsvereinbarungen für amerikanische Produkte in Japan anführen. Das GATT wird von den Starken immer weniger gebraucht.

Es ist auch kein Zufall, daß parallel zu der sich abzeichnenden Krise des GATT das Gewicht regionaler Wirtschaftsräume zugenommen hat. In die Phase der laufenden Uruguay-Runde fallen z. B. innerhalb Europas die Anstrengungen um das Binnenmarktprojekt, den Europäischen Wirtschaftsraum und das Vertragswerk von Maastricht. In Nordamerika wurde die Freihandelszone (NAFTA) zwischen USA, Mexiko und Kanada ausgehandelt. Auch im asiatisch-pazifischen Raum – wenn auch mit deutlich geringerer Dynamik – sind neue Regionalisierungsimpulse, z. B. bei ASEAN und APEC nicht mehr zu übersehen. Selbst bei vielen Entwicklungsländern haben regionale Gruppierungen eine neue

Blüte erlebt. Die Akteure haben damit begonnen, sich auf ein mögliches Scheitern der multilateralen Handelsvereinbarungen einzustellen.

Entwicklung und Streitpunkte im GATT

Was genau war und ist die Rolle des GATT, und was macht gegenwärtig eine Einigung so schwierig? Zunächst einmal sollte die Rolle des GATT bei der Erklärung für die Dynamik und Entwicklung des internationalen Handels seit Ende des Zweiten Weltkrieges nicht überbewertet werden. Das GATT stellt lediglich einen internationalen Rechtsrahmen für die Gestaltung der nationalen Handelspolitik durch die Vertragsparteien dar. Die inzwischen fast 120 Mitglieder des GATT verpflichten sich untereinander zur Gleichbehandlung (Meistbegünstigungsklausel), verzichten auf Importquoten und stimmen darin überein, daß einmal eingeführte Zölle nicht mehr erhöht werden dürfen. Zwar ist es im Rahmen der bisher erfolgreich durchgeführten sieben Zollsenkungenrunden im GATT gelungen, die tarifären Handelshemmnisse auf rund 90 Prozent ihres Ausgangsniveaus des Jahres 1947 zurückzuführen, aber schon die siebte Verhandlungsrunde, die sogenannte Tokio-Runde, hatte am Ende der siebziger

ger Jahre erkennen lassen, daß die Handlungsspielräume einer reinen Zollsenkungsstrategie an Grenzen gestoßen waren. Während die Widerstände gegen eine weitere Liberalisierung im tarifären Bereich im Zuge von Ölkrise und Rezession stärker wurden, entstanden gleichzeitig immer neue Formen nicht-tarifärer Handelshemmnisse. In diesem Bereich ließ die Kreativität die sonstige Innovationsfähigkeit der Wirtschaft rasch hinter sich. Selbstbeschränkungsabkommen, technische und hygienische Normverschärfungen, Exportsubventionierungen einzelner Branchen und Antidumping-Maßnahmen sind nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Katalog des wildwuchernden neuen Protektionismus. Zwar wurden die Regeln des GATT zumindest formal weiter beachtet, die zugrundeliegenden freihändlerischen Prinzipien und Normen aber in immer rasanterem Tempo ignoriert. Obwohl mit entsprechenden Sonderübereinkommen ein Versuch gemacht wurde, gelang es dem GATT im Rahmen der Tokio-Runde nicht, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Die Erwartungen waren daher hoch gesteckt, als 1986 mit dem Beginn der Uruguay-Runde nicht nur ein erneuter Versuch gemacht wurde, den Warenhandel weiter zu liberalisieren, sondern auch Problemsektoren, die sich bisher dem Regelwerk des GATT entzogen hatten und in denen der Protektionismus besonders bizarre Blüten trieb (Agrarhandel und Textilien), sowie neue, weltwirtschaftlich besonders dynamische Bereiche (Dienstleistungen) auf die Tagesordnung multilateraler Verhandlungen zu setzen. War man zunächst noch davon ausgegangen, daß ein derart großes und umfangreiches Verhandlungspaket einen Interessenausgleich und eine Kompromißfindung erleichtern würde, stellte sich am Ende der ursprünglich avisierten Verhandlungsdauer schnell heraus, daß man sich zuviel vorgenommen hatte. Die Komplexität der Materie war unterschätzt worden. Außerdem bedeuteten die revolutionären Veränderungen in Osteuropa und das Ende des Ost-West-Konfliktes, daß die wichtigen Akteure den Problemen der internationalen Handelspolitik nur noch eine untergeordnete Priorität zumessen konnten. Die Verhandlungen mußten mehrfach über vorher vereinbarte Fristen hinaus verlängert werden.

Im Frühjahr 1991 einigten sich die Delegationen in Genf schließlich darauf, die ursprünglich 15 Verhandlungsgruppen auf sieben zu verringern. Ende 1991 legte dann der damalige GATT-Generaldirektor einen umfangreichen Entwurf für ein Abschlusdokument vor, wodurch ein mögliches Verhandlungsergebnis vor-

gezeichnet war. Gegenwärtig ist der genaue Sachstand der noch ausstehenden Detailverhandlungen nicht präzise zu erfassen, da der Grundsatz gilt, daß kein Text verbindlich ist, solange es noch keine Einigung über das Gesamtergebnis der Uruguay-Runde gibt. Es ist jedoch unstrittig, daß in zumindest zwei Bereichen nicht nur technische, sondern im eigentlichen Sinne auch eminent politische Fragen noch offen sind.

Der Agrarbereich hat sich dabei als wichtigster Stolperstein einer Einigung fest etabliert. Im November 1992 hatten sich die USA und die EG zunächst auf ein Abkommen zum Abbau der Agrarsubventionen, den sogenannten *Blair House*-Kompromiß, geeinigt. Diese Vereinbarung blieb zwar weit hinter den ursprünglichen Forderungen vieler agrarexportierender Entwicklungsländer zurück, zwang aber zumindest die EG, die mit ihrer gigantischen Agrarverwaltungswirtschaft für die größten Verzerrungen im Weltagrarhandel verantwortlich ist, zum Abbau von Exportsubventionen. Allerdings weigert sich Frankreich bis heute, den Agrarkompromiß zu akzeptieren. Damit ist eine Einigung zwischen EG und USA in dieser strittigen Frage blockiert.

Daneben wurde in den letzten Wochen auf den Feuilletonseiten eine neue Front gegen das GATT eröffnet. Frankreich und die Lobby des europäischen Films weigern sich beharrlich, den »audiovisuellen Bereich«, also Film und Fernsehen, wie vehement von den USA gefordert, den GATT-Regeln zu unterwerfen. Zwar ist auch hier ein Kompromiß leicht möglich, aber zunächst hat dieses Thema, das sofort mit kulturellen Werten und Bewahrung nationaler Identität belegt wurde, vor allem in Frankreich den breiten Widerstand gegen das GATT noch weiter verstärkt. Wie ist die Interessenlage bei den wichtigen Akteuren einzuschätzen?

Die Akteure und ihre Interessen

Wenn in der innerfranzösischen Diskussion vielfach eine Abschaffung des GATT gefordert wird und sich in allen Umfragen eine große Mehrheit für eine harte Haltung in der Agrarfrage findet, dann reichen rein ökonomistische Erklärungsansätze nicht mehr aus. Zwar ist Frankreich als weltweit viertgrößter Exporteur von Waren und zweitgrößter Exporteur von Dienstleistungen auf eine weitere Expansion und damit auf eine Liberalisierung des Welt Handels in hohem Maße angewiesen, gleichzeitig aber haben der rasante Anstieg der Arbeitslosigkeit und die tiefe Wirtschaftszession die alten nationalistischen und antiamerikanischen Ressentiments wieder an die Oberfläche ge-

Neu. BfG Card & Phone Konto.



Mit BfG Visa Card und Telebanking.

Mit dem neuen BfG Card & Phone Konto schenken wir Ihnen die Freiheit. Frei von Öffnungszeiten, unabhängig von Bargeld. Durch BfG Visa Card und Telebanking. So können Sie Ihre finanziellen Angelegenheiten souverän erledigen.

- ▶ BfG Telebanking - Per Telefon überweisen, Daueraufträge einrichten, ändern oder löschen, Kontostand abfragen, eurocheques bestellen.
- ▶ BfG Visa Card - Bargeldlos bezahlen

bei weltweit mehr als 10 Millionen Geschäften, Hotels, Restaurants, Autovermietungen, Tankstellen.

- ▶ BfG Kontoführung - Alle anfallenden Buchungen, Kontoauszüge am Kontoauszugsdrucker, eurocheque-Karte, eurocheques.

Das alles gibt es für 12 Mark im Monat. Neugierig? Sie möchten jetzt mehr über das neue BfG Card & Phone Konto wissen? Rufen Sie uns kostenlos an.

01 30/62 26

BfG Bank AG

GRUPPE CREDIT LYONNAIS

bracht. Das GATT ist in Frankreich zum Synonym für die Malaise der Gegenwart geworden. Die französische Agrarlobby hat aufgrund besonderer wirtschaftsstruktureller und politischer Bedingungen ein Gewicht bewahrt, das weit über den eigentlichen Anteil dieser Gruppe an Wirtschaft und Arbeitsplätzen hinausreicht. Keine französische Regierung kann es sich leisten, die Agrarinteressen zu ignorieren. In der regionalistischen Option, über 70 Prozent aller Exporte gehen in den EG-Raum, sieht man in Frankreich die Chance, sich erfolgreich gegen Arbeitsplatzabbau und Produktionsauslagerungen zu verteidigen und Ausnahmeregelungen und Subventionen für die eigenen Interessen zu sichern. Frankreich hat daher die Hürden für einen Kompromiß im GATT besonders hoch gehängt. Nur wenn die EG – gemeint ist vor allem Deutschland – zu hohen Kompensationszahlungen bereit ist, erscheint ein Kompromiß überhaupt noch möglich.

In den USA hat man sich zu lange darauf verlassen, daß Deutschlands überdurchschnittliche außenwirtschaftliche Exponiertheit – rund ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts werden über Exporte erwirtschaftet und rund sieben Millionen Arbeitsplätze hängen vom Export ab – letztlich einen deutsch-französischen Interessenausgleich im Rahmen der EG und damit einen GATT-Abschluß ermöglichen würde. Wenn aber diplomatischer Druck auf Frankreich versagt und aufgrund der dramatisch unterschätzten Wirtschaftsprobleme des deutschen Einigungsprozesses die finanziellen Spielräume erschöpft sind, kann Deutschland nur noch wenig zum erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen beitragen. Außerdem mache man sich auch in Deutschland nichts vor. Den Vertretern einiger Wirtschaftsbereiche (Landwirtschaft, Textilien, Bergbau, Stahl, Werften) kommt auch bei uns die Blockadepolitik Frankreichs im GATT nicht ganz ungelegen.

Die gesamte Diskussion über handelspolitische Fragen wird in den USA nicht etwa vom GATT, sondern von der anstehenden Entscheidung über die NAFTA bestimmt. Der einstige Hegemon, der das Zustandekommen einer freihändlerisch motivierten Welthandelsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg überhaupt erst ermöglicht hatte, ist heute verzweifelt darum bemüht, seinen ökonomischen Niedergang zu stoppen. Innenpolitische, allenfalls noch regionale Fragen haben unter der Clinton-Administration oberste Priorität. Sogar in der theoretischen Debatte ist die Freihandelsdoktrin von Überlegungen zur Ausgestaltung von Konzeptionen des *managed* oder *fair trade* abgelöst worden. In diesem Umfeld kommen für die

USA Kompromisse im Handel mit Film- und Fernsehproduktionen oder gar ein Nachverhandeln des Agrarkompromisses nicht in Frage – «take it or leave it» heißt die unmißverständlich formulierte Botschaft an die Europäer.

Japan zeigt in der Debatte um die Zukunft des GATT ein vordergründig erstaunlich geringes Profil. Zwar werden auch hier wie überall sonst die Bekenntnisse zum GATT stets gebetsmühenhaft wiederholt, aber die Freihandelsrhetorik kann die strukturellen Probleme nur bedingt überdecken. Japans gigantische Exportüberschüsse haben andernorts erhebliche Folgeprobleme ausgelöst, während gleichzeitig administrative und kulturelle Hürden den Zugang zum japanischen Markt nach wie vor behindern. Immerhin zeigt Japan in einem Streitpunkt deutliche Kompromißbereitschaft. Mit der inoffiziell erfolgten Ankündigung, endlich das bisher strikte Importverbot für Reis aufzuheben, hat die neue Regierung signalisiert, daß ein Abschluß bei den GATT-Verhandlungen nicht an Japan scheitern wird. Solange aber der Ausgang des Agrarstreits zwischen USA und EG ungewiß ist, hütet man sich davor, angesichts erheblicher innenpolitischer Widerstände gegen die Öffnung des Reismarktes konkrete Schritte einzuleiten. Auch hier legt sich niemand auf ein erfolgreiches Ende der Uruguay-Runde fest.

Die Perspektiven

In der gesamten Diskussion bleiben die Stimmen derjenigen kaum vernehmbar, die auf einen erfolgreichen GATT-Abschluß angewiesen sind. Vor allem die Entwicklungsländer und die Transformationsgesellschaften Osteuropas brauchen verlässliche Regeln für den Warenaustausch und offene Märkte für ihre Produkte, da sie sich ohne Überschaubarkeit und multilaterales Regelwerk im Konfliktfall nicht gegen starke bilaterale Kräfte oder regionale Blöcke durchsetzen können. Nicht vergessen werden darf außerdem, daß eine Einigung in Genf durch gesteigerten Handel und besseren Marktzugang schnell die Wohlfahrtseffekte der gesamten gegenwärtigen Entwicklungs- und Transformationshilfe erreichen könnte. Für die große Mehrheit der Weltbevölkerung heißt »Handel statt Hilfe« die richtige Devise. Das Problem besteht aber darin, daß weder die Entwicklungsländer noch die Gewinner einer Liberalisierung des Welthandels bei uns, also Verbraucher und Steuerzahler, das politische Gewicht organisieren können, sich gegen die kraftvoll vertretenen Interessen derjenigen durchzusetzen, die durch Handelsschranken und Abschottung zu Gewinnern werden.

Natürlich ist es immer noch möglich, daß die Akteure in Genf durch einen beispiellosen Kraftakt endlich Flexibilität beweisen. Multilaterale Verhandlungen schieben schwierige Entscheidungen stets auf die letzte Minute, um dann doch noch den völligen Fehlschlag zu vermeiden und wenigstens die Teilergebnisse in einem Minimalkonsens zu konsolidieren. Angesichts der verfahrenen Lage und der Interessenverschiebungen bei den wichtigen Akteuren wäre es aber auch keine Überraschung, wenn die letzte Chance für das GATT Ende des Jahres endgültig verspielt würde.

UWE THOMAS

Energiepolitik und Kreislaufwirtschaft

Es war einmal, in der guten alten Zeit, in der die Kinder der industriellen Revolution gewiß nicht mehr leben möchten, da wurde überwiegend mit Holz geheizt und gekocht. Produziert wurden mit Holzkohle, Wasserkraft und Wind Produkte, deren Recycling unproblematisch war. Pflanzenöl, Bienenwachs oder Rindertalg gaben ein sparsames Licht und selbst die Energieversorgung war, solange die Wälder nicht abgeholzt wurden und deshalb auf Kohle zurückgegriffen werden mußte, eingebettet in einen natürlichen von der Sonne aufrechterhaltenen Kreislauf. Erst mit der Industrialisierung begann der Raubbau. Über Jahrmillionen gespeicherte Solarenergie in Form fossiler Brennstoffe wurde in immer größeren Mengen benötigt, um vor allem nach dem letzten Weltkrieg einen breiten Wohlstand aufzubauen, von dem sich kaum jemand wieder trennen möchte, der darin aufgewachsen ist und die Früchte genießt, die die Arbeiterbewegung in Verbindung mit unternehmerischem Ideenreichtum und technischem Fortschritt erkämpft hat. 500 000 Jahre gespeicherte Solarenergie verbraucht diese Wohlstandsgesellschaft in einem Jahr und belastet in Deutschland die Umwelt mit von Fachleuten geschätzten Kosten von mehr als 100 Milliarden DM jährlich. Das Energieproblem wird spätestens für unsere Enkel zur Überlebensfrage, wenn die Umwelt noch so lange mitmacht.

Der industrialisierten Welt geht es wie dem Unternehmen, das scheinbar in voller Blüte steht und Gewinne macht, aber nur weil es nicht mehr investiert. Sein Konkurs ist unvermeidlich. Wir schreiben unseren Ressourcenverbrauch nicht ordnungsgemäß ab und investieren nicht in die Zukunft, wenn fossile Energien knapp werden oder ihre Kosten ökologisch explodieren. Wo soll am Ende des Prozesses das Kapital herkommen für neue Formen der Energieversorgung? Denn eines steht fest. Jede Alternative zu den fossilen Energien ist kapitalintensiv und kann nur über Jahrzehnte, wenn nicht, wie im Heizungsbereich, über Jahrhunderte realisiert werden.

Vor diesem Hintergrund debattiert die deutsche Sozialdemokratie den Ausstieg aus der Kernenergie und ihren existentiellen Risiken und die Subventionierung der heimischen Kohle. Angesichts der auf dem Spiel stehenden Interessen ist es natürlich, daß dieser Streit mit harten Bandagen ausgefochten wird. Durch die parteitaktisch motivierte, aber wirtschaftspolitisch nicht unvernünftige Verknüpfung von Kernenergie und Kohle steht für die Kohleländer Brandenburg, Sachsen, Saarland und Nordrhein-Westfalen viel auf dem Spiel und die Besitzer von Salzstöcken in Norddeutschland haben einiges zu befürchten, wenn es bei der Endlagerung radioaktiver Abfälle bleibt. Deshalb war wohl für Gerhard Schröder der wichtigste Satz in seinem Energiekonsenspapier vom 25. 10. 1993 der Satz auf Seite 12: »Die Erkundungsarbeiten am Standort Gorleben werden bis zum Jahr 2005 abgebrochen.«

Die Exportländer in Süddeutschland und die Bundesregierung sorgen sich vor allem um die doppelte Kapitalvernichtung in Höhe von mehr als 200 Milliarden DM durch Abschaltung von Kernkraftwerken und Subventionierung heimischer Kohle und die damit einhergehende Verteuerung von Energie. Industrie und Gewerkschaften sind gespalten, und die Bundesregierung erschwert mit ihrer vordergründigen Erpressungstaktik den sachlichen Dialog.

Das langfristige Ziel der Energiepolitik ist klar. Die Energieversorgung der Zukunft soll sich in eine Kreislaufwirtschaft auf hohem Wohlstandsniveau einbetten. Unbestritten ist auch, daß eine diesem Ziel nahekommende Energieversorgung noch nicht in Sichtweite ist. Wie müßte diese Energieversorgung denn aussehen? Sie müßte hinreichend kostengünstig sein, um das Wohlstandsniveau nicht zu gefährden. Sie müßte sich in natürliche Kreisläufe einpassen und die Umwelt nicht belasten. Sie dürfte bei technischem Versagen keine Risiken für Mensch und Natur heraufbeschwören und

sie sollte schließlich möglichst unempfindlich sein gegenüber regionalen Konflikten in der Welt, die die Versorgungssicherheit in Frage stellen können. Keine Form der Energieversorgung erfüllt heute alle vier Kriterien.

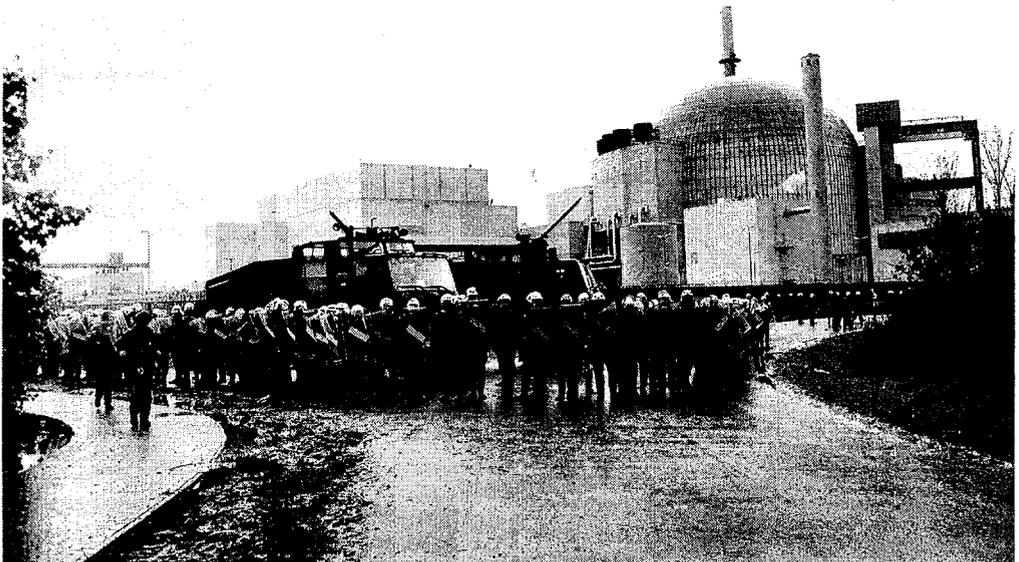
Dem Ingenieur ist nichts zu schwer, dichtete Heinrich Seidel 1871 in der Hymne, die früher auf Verbandstagen des VDI tatsächlich gesungen wurde. Nehmen wir ihn beim Wort, dann hat die Solarenergie in *real time*, wie die Informatiker sagen, in ihren verschiedensten Formen fast alle gewünschten Eigenschaften, ob Wind, Fotovoltaik, Energiepflanzen oder Wasserkraft oder alles zusammen. Von der Sonne kommt immer noch genügend Energie auf der Erde an. Und wenn transportiert und verbrannt werden muß, dann im Zyklus von Wasserstoff und Sauerstoff zu Wasser. Nur für diese Form der Energiegewinnung und Umwandlung gilt: Sie paßt sich in den natürlichen Kreislauf ein, die Risiken für Mensch und Natur bleiben beherrschbar und sie kann dezentral realisiert werden. Leider hat die Sache bekanntlich einen Haken. Solarenergie in *real time* ist mit Ausnahme von Wind und Wasser noch viel zu teuer, und Wind und Wasser reichen nicht aus. Deshalb geht es nicht nur um das Ziel, sondern auch um die Länge und Mühsal des Weges dorthin.

Auf dem Weg dorthin sollten drei Gesichtspunkte Berücksichtigung finden. *Erstens* darf kein verantwortlicher Politiker kurzfristig die Arbeitsplätze in den deutschen Kohlerevierern in Frage stellen, aber allen Beteiligten ist klar, daß langfristig die Subventionen reduziert werden müssen. Ein Konzept, das mit Billigung der Europäischen Gemeinschaften ermöglicht, Subventionen der Kohleförderung gegen Umstrukturierungsmaßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu verrechnen, wäre hilfreich. Wer für Erhaltungssubventionen vorgesehene Mittel dafür verwendet, diese teilweise überflüssig zu machen, sollte dafür eigentlich nicht bestraft werden.

Zweitens kann es in einer Zeit, in der wir jede Mark für den Aufbau in den neuen Ländern brauchen, nicht darum gehen, durch schnelle Abschaltung der existierenden Kernkraftwerke Kapitalvernichtung zu betreiben. Wir sollten vielmehr dafür sorgen, daß besonders sichere Kernkraftwerke länger in Betrieb bleiben als die weniger sicheren. Deshalb brauchen wir Haftpflichtversicherungen oder andere plausible Deckungsformen für den Größten Anzunehmenden Unfall, dessen Folgekosten mit Sicherheit weit über der derzeit von den Betreibern gesicherten halben Milliarde liegen. Wenn Rückversicherungen nicht bereit

Demonstration gegen AKW Brokdorf

Foto: JOKER



sind, die echten Risiken eines GAU abzudecken, dann sollten die Betreiber und Hersteller von Kernkraftwerken wenigstens einen rechtlich klar geregelten Verantwortungspool bilden, der für 50 Milliarden DM notfalls gerade stehen kann. Dies würde bei funktionierender Marktwirtschaft dazu beitragen, daß weniger sichere Reaktoren beizeiten abgeschaltet werden. Vielleicht ist dies auch der Weg, der in 15 bis 20 Jahren einen inhärent sicheren Reaktor genehmigungsfähig macht, denn ob wir heute angesichts der Klimaprobleme die Option Kernkraft schon zu den Akten legen können, muß zumindest hinterfragt werden. Unbestreitbar ist allerdings, daß auch für einen solchen Reaktor das Abfallproblem nicht gelöst ist, aber dies ist dann nicht mehr ein existentielles Problem, sondern ein Negativposten, der gegen Negativposten anderer Formen der Energiegewinnung abzuwägen ist.

Drittens müssen wir ein wahrhaft existentielles Interesse daran haben, daß die GUS wirtschaftlich auf die Beine kommt. Es liegt in unserem Interesse, daß die GUS zur OPEC des 21. Jahrhunderts wird und dabei in friedlicher Entwicklung ordentlich Geld verdient. Und es ist schließlich auch in unserem Interesse, daß unsere Energieversorgung von den ökologischen Vorteilen von Erdgas profitiert. Deshalb sollten wir uns bemühen, die Erdgasvorräte unserer Nachbarn im Osten durch Kredite und deutsche Technik erschließen zu helfen, denn damit helfen wir uns in dreifacher Weise. Erdgas ist erstens eine Annäherung an die Wasserstoffwirtschaft der Zukunft, weil bei seiner Verbrennung ein relativ großer Teil der Energie durch Verbrennung von Wasserstoff zu Wasser erzeugt wird und darüber hinaus eine Infrastruktur gepflegt und ausgebaut wird, die für die Wasserstoffwirtschaft notwendig ist. Zweitens erhalten die GUS-Staaten Devisen, mit denen sie bei uns Transport- und Erschließungstechniken für Erdgas und vor allem Investitionsgüter für ihre Industrie kaufen. Schließlich erhalten wir eine kostengünstige sichere Energiequelle, die uns näher an die Kreislaufwirtschaft auf hohem Wohlstandsniveau heranführt. Das politische Risiko einer solchen Abhängigkeit ist im Grunde erwünscht, weil es auf Gegenseitigkeit beruht und damit zur politischen Stabilität Europas beiträgt.

Der unter Kapital- und Umweltgesichtspunkten entscheidende Schritt in Richtung einer Kreislaufwirtschaft auf hohem Wohlstandsniveau ist die Einsparung von Energie. Solange Einsparungen im spezifischen Energieverbrauch durch den Zuwachs im Gesamtverbrauch kompensiert werden, haben wir auf

Sand gebaut. Was wir brauchen ist eine systematische Politik der Substitution von Energie durch heimische Technik und durch Investitionen, die den Gesamtverbrauch drastisch reduzieren. Allein im Verkehrsbereich sollte der Energieverbrauch halbiert werden können, ohne daß die arbeitsteilige Wirtschaft und die Freizeitgesellschaft zusammenbricht, und im Heizungsbereich müßte ein Drittel, sehr langfristig vermutlich sogar mehr als die Hälfte eingespart werden können, ohne daß die Menschen frieren. Der beste Weg, um marktwirtschaftliche Kräfte in dieser Richtung freizusetzen und zugleich das notwendige Kapital anzusparen, ist eine sozial verträgliche Energiesteuer, die in Stufen realisiert wird und deren Ertrag für Investitionen in rationelle Energieverwendung eingesetzt wird und nicht zur Deckung von Lücken im Staatshaushalt. Dazu brauchen wir die EG-Kommission und unsere Partner in Europa. Daran sollten wir denken, wenn im nächsten Jahr die Kommissare neu berufen werden.

Worauf soll sich schließlich die Forschung konzentrieren? Sie muß sich um Weg und Ziel gleichermaßen kümmern und wird in der Umsetzung ihrer Ergebnisse in den Markt von steigenden Energiepreisen profitieren. Die Wege sind sicher vielfältig, aber das Ziel ist klar.

Es wird Zeit, daß der Löwenanteil der Forschungsmittel im Bereich Energie auf die rationelle Energieverwendung und auf regenerative Energien konzentriert wird. Rationelle Energieverwendung ist eine Querschnittsaufgabe der Forschungsförderung. Bei den regenerativen Energien gibt es eine Fülle von Aufgaben im Bereich neuer Materialien und Systemtechniken. Vor allem die wirtschaftliche Speicherung von Wärme und elektrischer Energie ist noch ungelöst. Die Fotovoltaik und die damit zusammenhängenden Systemkomponenten müssen aus der Labor- und Technikumsphase herausgeführt werden. Der Markt, ohne den es nicht geht, wird sich nur öffnen, wenn die Preise für photovoltaische Systeme heruntergehen, und die Preise werden nur bei echter Massenfertigung ausrechenbar sinken, um den Markt zu öffnen. Dieser verhängnisvolle Zirkel muß aufgebrochen werden, selbst wenn zur Entwicklung der Massenfertigung und zur Erschließung von Pilotmärkten für einige Jahre eine halbe Milliarde DM an Fördermitteln pro Jahr aufgewendet werden müßten. Forschung über regenerative Energien sollte im übrigen breit angelegt werden, um auch neuartige Ansätze einbeziehen zu können. Die institutionelle Forschung hat hier eine wichtige und vielgestaltige Aufgabe. Kohletechnologien haben angesichts der Tatsache, daß die größten fossilen

Vorräte in der Welt in Kohlelagerstätten zu finden sind, ebenso Gewicht wie alle Technologien, die zu einer Reduktion der CO₂-Belastung beitragen können. Schließlich müssen die Chancen der Kernfusion nüchtern bewertet werden, ebenso ihre Risiken. Wahrscheinlich ist wohl am Ende, daß unsere langfristige Energieversorgung zwar auf Kernfusion aufgebaut sein wird, der Reaktor aber nicht auf der Erde gebaut wird, sondern auf der Sonne verbleibt.

EBERHARD MOTHS

Versicherung und Pflege

Die Sorge war voreilig. Entgegen vielen Vorhersagen sterben die Deutschen nun doch nicht aus. Statt dessen werden sie steinalt, lahm und siech. Rund eine Million Menschen benötigen in der Bundesrepublik Deutschland inzwischen ständig fremde Hilfe – mal etwas weniger, meist sehr viel mehr. Im Wipfel des nationalen Lebensbaumes – so wie Statistiker ihn gerne graphisch als Tanne präsentieren – herrscht Unruhe: Der Wipfel wird »hypersenil«. Parallel dazu nehmen die »Vollversorgungsfälle« zu, die fatale Kombination aus körperlicher Gebrechlichkeit und finanzieller Einkommensschwäche auch. Dagegen wird nun allgemein die Parole ausgegeben: Versicherung tut not.

Pflegepolice gegen Altersunglück

Das große deutsche Altersunglück – und einiges mehr – soll jetzt mit einer Pflegepolice bekämpft werden. Die ist voll in der deutschen Sozialversicherungstradition verankert und steht mit beiden Beinen fest auf dem Boden des Wohlfahrtsstaates. Zweifel an seiner Grundordnung und seinem immer wieder ideenreich variierten Beitragssystem waren es jedenfalls nicht, die das peinliche Gezerre um die Einführung der neuen Zusatzversicherung bestimmt haben. Das verbissene Gefeiße galt Prozentsätzen und Personengruppen, die künftig finanziell Extralasten tragen sollen.

Aus versicherungsmathematischem Blickwinkel lassen sich *Pflegefall* und *Versicherungsfall* leicht als Einheit »verstehen« bzw.

»gleichstellen«. Die semantische und politische Heimtücke, die bereits im Wort *Pflegeversicherung* steckt, bleibt da fein außen vor. Es scheint fast so, als ob wieder eine neue Generaltäuschung gelingt. Diesmal geht es nicht um die blühenden Wiesen bei Bitterfeld, sondern um den gepflegten Lebensabend der ganzen Nation. Wir alle sollen der Hoffnung erliegen, daß frisches Geld von der Pflegeversicherung möglich macht, was »für Gottes Lohn« oder die Aussicht auf Erbschaft von freundlichen Verwandten immer seltener zu haben ist. Wir sollen glauben, daß ein weiteres anonymes Abbuchungsverfahren die intergenerative Solidarität vor Ort finanziell besser absichert als Selbsthilfe es kann oder die imageschwache Sozialhilfe, für die die Kommunen dann nicht mehr soviel zu bezahlen hätten. Knapp 30 Milliarden sind für die neue Pflegeversicherung ab 1994 schrittweise und nach 1996 jährlich vorgesehen. – Zum Vergleich: Alle Kfz-Versicherungen brachten es 1992 auf 35 Milliarden DM an Beitragseinnahmen.

Begriffe verlieren an autoritärem Gewicht, wenn sie in ihre ursprünglichen Bestandteile zerlegt, in einer anderen Abfolge aufgereiht oder von Substantiven in Verben verwandelt werden. So wird oft überhaupt nur noch transparent, um was es bei Schlagworten eigentlich geht. Mit dieser Methode läßt sich Pflegeversicherung in Versichern und Pflegen aufsplitten. Pflegen und Versichern sind zwei grundverschiedene Tätigkeiten. Zwischen ihnen liegen in der rauhen Wirklichkeit Welten. Es geht aber zunächst noch gar nicht darum, in welchem speziellen Umfeld Yuppies oder Zivis im Einzelfall leben oder welcher Spezies von »Dienstleistern« sie zugerechnet werden. Für die wirklich zu pflegenden »Fälle« zählt erst einmal, ob nach Jahrzehnten Kleinfamilie und Kinderfeindlichkeit Hilfsfähige in ausreichender Anzahl überhaupt existieren. Sonst wäre die Versicherungsrechnung nämlich ohne die Pfleger gemacht, die immer noch zumeist weiblich sind. Erst danach käme das »Helfersyndrom« an die Reihe, das heißt, eine Charaktermischung aus persönlicher Berufung und anhaltender Bereitschaft zum oft harten Dienst am bedürftigen Nächsten. Und nun entschiede sich erst, ob unter herrschenden bzw. sich verschärfenden Bedingungen aus hilfsfähigen wirklich hilfsbereite Helfer in der Not werden, die beim Fälligkeitsdatum des Versicherungsvertrages auch tatsächlich da sind.

Wenn an der nationalen Statistiktanne die unteren jungen Äste nicht bald wieder kräftig austreiben, fehlt in Zukunft die ausreichende Kopfstärke für eine humane Pflegehilfe, wie

wir sie zur Zeit noch als weitgehend gesichert vermuten. Ohne genügend qualifizierte und motivierte Helfer ist jede Pflegeversicherung konkret nicht mehr als eine unverbindliche Verheißung. Denn, bleibt die Anzahl der tatsächlich Pflegebereiten bei stark steigendem Bedarf an ihnen und ihren Leistungen konstant – und darauf sollte man keineswegs schon optimistisch setzen – werden die »Pflegerkosten« nach allen bekannten Marktgesetzen explodieren. Pflege im Ernstfall würde ein unbezahlbarer Luxus. Wer die heutigen saftigen Preise kennt, kann sich ausmalen, was das dann bedeutet. Weder Beitragserhöhungen noch jahrgangsweise Zwangsverpflichtungen zu einer Art Sozialarbeitsdienst könnten an diesem demografisch bedingten Grunddilemma etwas ändern: Der junge oder hilfsbereite Mensch pflegt nur einmal – ob freiwillig oder unter Druck, ob gut oder schlecht bezahlt. Mehr Versicherungsgeld führt bei ihm zu keiner wundersamen Vermehrung bzw. zur Steigerung seiner »Humanproduktivität«. Statt Hilfe kommt statt dessen die Inflation. Mit anderen Worten: Weniger Leistung für mehr Geld. Und Inflation entwertet auch gleichzeitig das für andere Schicksalsfälle des Lebens Angesparte. – Die zukünftige Pflegefallgeneration wird mit Alzheimer und Parkinson ziemlich allein im kollektiven Anstaltspark herumirren.

Demografische Entwicklungen gehören zu den wenigen Bereichen, die sich auf Jahre im voraus mit großer Genauigkeit vorhersagen lassen: Geburtenstarke Jahrgänge klettern Ast für Ast den nationalen Lebensbaum hinauf. Geburtenschwache Jahrgänge, und das ist jetzt schon viele Jahre der statistische Normalfall, ebenso. Die Verschiebung der Relation zwischen jungen und kräftigen und alten und schwachen Deutschen, die sich daraus in den ersten Jahrzehnten des nächsten Jahrtausends vorhersagen läßt, ist also bekannt und sollte niemanden mehr überraschen: Der Verband der deutschen Rentenversicherungsträger hat errechnet, daß in gut dreißig Jahren einem Beitragszahler etwa ein Rentenempfänger gegenübersteht. Heute liegt die Relation bei noch 2 : 1. Bei dieser Rentnerprognose wird unterstellt, daß weiter viele Ausländer nach Deutschland hereingelassen werden und die einheimische Arbeitnehmerschaft auffrischen können.

Aus der Relationverschiebung von 2 : 1 in Richtung 1 : 1 – 1960 lag dieses Verhältnis noch bei 3 : 1 – läßt sich auf die zukünftige »Altenlastquote« schließen. Sie läge auf mittlere Sicht dann bis zu 100 Prozent über der heutigen. Bei der Rente hieße dies, der Beitragssatz



Krankengymnastik nach Schlaganfall
Foto: JOKER/A.v.d. Osten-Sacken

müßte zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Versorgungsniveaus verdoppelt werden. Das dürfte die Zahlungsmoral – erst recht aber die Helfermoral – auf eine harte Probe stellen. Es ist keineswegs ausgemacht, daß – neue Altenlasten hin, erworbene Ansprüche her – sich die Belastung der schwachen Äste am unteren Teil des deutschen Lebensbaumes gefahrlos weiter erhöhen läßt. Mit der Pflegeversicherung wird gerade wieder versucht, neue Lasten auf den Rücken der arbeitenden »Tragesel« aufzusatteln. Sie begreifen offensichtlich noch nicht, was ihnen da »dynamisch« und gegen Lebenserfahrung und Verstand aufgehalst wird: »Für uns wird es schon noch reichen«. Bei der ebenfalls an die Kasse gebetenen Wirtschaft scheint die pekuniäre Schmerzgrenze dagegen schon erreicht zu sein. – Die »Schwerhörigkeit der Alten« wird allgemeingefährlich.

Das demografische Menetekel vom 1 : 1 läßt sich in der Richtung fehlinterpretieren, als hätte in Zukunft jeder ältere Mensch mit einer zahlungskräftigen zugleich auch eine leibhaftige Bezugsperson sicher. Dem ist keineswegs so. In rund 40 Prozent aller deutschen Haushalte sind schon die ständigen Gesprächspartner oder Lebensgefährten mehr oder weniger ausgegangen. Es sind – freiwillig oder unfreiwillig – »Einpersonenhaushalte«. Die Rückkehr ins »Familiendyll« ist in den meisten Fällen hypothetisch. Die Tür zum genuinen Mehrgenerationenhaushalt ist fest verschlossen. Das kompliziert die Lage der einsamen Alten und anfälligen Alleinstehenden zusätzlich. Wenn die familiäre Nabelschnur endgültig reißt, ist oft überhaupt niemand mehr da, der kostenextensiv kurz »nach dem Rechten« schauen kann, einfach einmal freundlich, ohne Erwerbsabsicht oder als eiliger Essensbote an der Tür klingelt und dem noch ohne ständige Angstphobien geöffnet würde.

Was an Altenfürsorge und Pflegehilfe unter den Bedingungen von 2 : 1 qualitativ wie caritativ noch irgendwie organisierbar ist, wird allerspätestens bei der Relation von 1 : 1 mit Sicherheit nicht mehr funktionieren bzw. überhaupt noch vorhanden sein. 1 : 1 bedeutet eine ständige Überlastung der berufstätigen Gutwilligen, die ja auch noch etwas anderes zu tun haben, als sich nur für die zahlreichen »Gruftis« krummzulegen. Gerade weil unsere heutige Altersversicherung keine Rentencouponschneiderei ist, sondern überwiegend von den laufenden Arbeitseinkommen einbehalten bzw. abgezogen wird, steht der nun über Generationen vorprogrammierten Altengesellschaft ein erbitterter Verteilungskampf bevor. – Dann nur nicht einer zwischen Ost und West, Nord und Süd,

reich oder arm, sondern in erster Linie zwischen jung und alt.

Neuer Generationenvertrag

Anders als heute wird der Verteilungskampf ohne die ideelle und finanzielle Geschäftsgrundlage eines akzeptierten und durchsetzbaren »Generationenvertrages« geführt werden. Unter rein juristischen Gesichtspunkten ist der Generationenvertrag schon lange keine seriöse Abmachung mehr. Welche bzw. wessen Eltern und Kinder stehen sich da in wechselseitigen Lebens- und Leistungsbeziehungen zukünftig gegenüber, die es rechtfertigen könnten, auch bei völlig veränderten Geschäftsbedingungen der einst planvoll limitierten Nachkommenschaft immer noch eins draufzusatteln? Wie lange wird die Illusion von der »leistungsbezogenen« Rente noch tragen, wenn eine radikal altersverkehrte Konstellation die »Aufbringungsseite« zu armen Leuten machen würde. Die klassische Hausfrau und Mutter von mehreren Kindern kann schon gegenwärtig kaum begreifen, daß sie nur einen minimalen »Leistungsanspruch« bei der Rentenkasse hat, ein berufstätiges kinderloses Ehepaar zu Lasten ihrer Kinder aber einen hohen und doppelten. Wen werden die Kinder im Zweifelsfall pflegen? Wenn Not an Geld wäre, müßten die Kinder für ihre rentensystemgeschädigte Mutter sogar noch einmal zahlen. Dem intergenerativen Zusammenhalt, als Solidar- bzw. Solidaritätsgemeinschaft, dienen solche Regelungen sicher nicht.

Unter diesen Umständen muß der Generationenvertrag gekündigt und neu verhandelt werden. Das »Tarifsystem« stimmt einfach nicht mehr. Die Jungen können es nicht mehr lange bezahlen, ob sie wollen oder nicht. Die prinzipielle Notwendigkeit der Neufixierung des Generationenvertrages hat aber nicht nur mit dem drastisch veränderten Mengenverhältnis von jung und alt zu tun oder tendenziell ansteigender struktureller Massenarbeitslosigkeit. Sie hängt mit einer »Neubewertung« von Leistung und Lasten zusammen, die den Kindern und Enkeln das allgemeine Leben und speziell das Pflegen in Zukunft nicht einfacher machen, sondern nachhaltig erschweren werden. Ein nennenswerter Teil der Alten hat in vielen fetten Jahren bekanntlich nicht nur erkläglich Ersparnisse angesammelt oder beiseite geschafft, sondern auch anrühige bzw. schmutzige »Erbgänge« organisiert. Die veröffentlichten wie die vertuschten »Erblasten« stehen jetzt auf der langen Kostenliste der ausgedünnten Nachfahrerschaft oder ins gemeinsame Haus.



Die effektivste Kommunikationstechnik aller Zeiten bleibt unter uns: Das Gespräch.

Die WestLB nimmt die Beratung ihrer Kunden höchst persönlich.

Moderne Kommunikationstechnik ist heute das obligatorische Instrument, Entscheidungen vorzubereiten. Betroffen aber werden sie

persönlich. Darum pflegt die WestLB mit ihren Kunden Beratungsqualität im klassischen Sinne: das Gespräch unter vier Augen. Es muß gerade im Zeitalter wachsender Technisierung wieder an Bedeutung gewinnen. Zum Vorsprung schneller Informationsbe-

schaffung kommen Zeit und Nähe, die der Berater einer kompakten Universalbank wie der WestLB für seine Kunden hat. Da er sich auf seine Gesprächspartner voll konzentrieren kann, kommt für sie etwas Entscheidendes heraus: schnelle Entscheidungen.



WestLB
Die Westdeutsche Landesbank

Der Nachwuchs muß nun versuchen, – wenigstens die dringendsten Fälle – aus der Welt zu schaffen oder sie irgendwie zu »beherrschen«. Das ist kostspielig und verringert intergenerativen Verteilungsspielraum zwangsläufig weiter. Das zehrt an den Kräften oder übersteigt sie schnell. Hier wird verständlich, warum die Wirtschaft weder von hohen Lohnnebenkosten noch von aufgelaufenen Lebensnebenkosten viel hören will. Neben- bzw. Folgekosten des bereits gelebten Lebens sind wenig produktiv und standorterhaltend. Sie waren einmal das »Klimbim« von Produktion und Massenkonsum. In vielen Fällen handelt es sich nun dabei um toxische Dauerbrenner. Deren Pflegekosten unter offenem Himmel oder in freier Natur dürften die Aufwendungen für den Altenboom mit Beginn des nächsten Jahrtausends in Deutschland locker wie langfristig übertreffen. Sie müssen aber auch hier als eine Einheit »verstanden« werden: Täter und Opfer werden im Zeitablauf vereint.

Die Ergebnisse demografischer Vorsorgeuntersuchungen sind keine pessimistischen Schicksalsbotschaften an die vereinte Nation. Sie bieten Grundlagen für Überlegungen, wie man Lebensgewohnheiten umstellt bzw. Gesetze rechtzeitig so ändert, daß man seine Nächsten wie sich selbst nicht ständig überfordert. Vorbauen ist besser als versichern. Sonst ist nicht nur ein sozialer Klimasturz, sondern auch eine massive mentale Wetterverschlechterung zwischen den Generationen angesagt. Generationen können nicht nur ständig im Konflikt miteinander leben, sie können sich auch gegeneinander gefühlsfest abdichten. Keine staatliche Grundversorgung am Siechenbett wird solchen menschlichen Wertverlusten entgegenwirken können. Was bliebe, wäre eine trostlose »Altenentsorgung«. Sie würde auch nicht aufgehoben, wenn junge Frauen aus Elendsländern und nachvollziehbaren wirtschaftlichen Gründen bereit wären, in nennenswerter Zahl in die alten Arme deutscher Pensionäre zu flüchten. Auch zu diesem Altenasyl würden bei gegenwärtiger Stimmungs- und Finanzlage schnell die Türen geschlossen werden.

Im neuen Generationenvertrag muß festgelegt werden, daß die unterhaltsberechtigten Alten nicht einfach so fortfahren dürfen wie bisher. Natürlicher Altersstarrsinn darf nicht unkorrigiert wie unvermeidlich dazu führen, daß die Heiligkeit des Parkplatzes für Oldtimer weiter vor dem Kindergartenplatz rangiert – mit den gesamten Stimmen des Altenblocks immer wieder erneut und demokratisch legitimiert. Wenn der Bevölkerungsnachwuchs ganz »nebenbei« dafür sorgen soll – aus zwischen-

menschlichen mehr als aus finanziellen Gründen übrigens – ihre Vorfahren und sich selbst vor einem teurem »Heim« zu bewahren, das nur satt und sauber macht, haben sie ein originäres und gleichberechtigtes Recht auf »Jugendpflege«. Pflugsamer Umgang bedeutet unter den Umständen von 2 : 1 oder 1 : 1 nicht mehr, beim Kartoffelschälen zu helfen oder freiwillig den täglichen Küchenabwasch zu übernehmen. Im Zeitalter des Geschirrspülautomaten dürfte für das gestreifte »Pflegepersonal« mehr zählen, nicht stundenlang im Stau auf der Autobahn stehen zu müssen, weil zahllose noch recht muntere und mobile Alte auf keinen Fall auf das eigene Auto verzichten konnten und nun alle Wege oder Plätze lange vorbestellt oder besetzt sind. Stau und seine multiblen Flächenschäden haben noch nichts mit dem Ende der freien Ausfahrt für freie Bürger zutun. Die Seniorentickets sind hier ja nicht gemeint, und Autofahren muß und kann keineswegs für die älteren Semester verboten werden. Es muß nur Luft zum Atmen bleiben und da sind die Organe von Kleinkinder besonders pflegebedürftig – prophylaktisch, denn sie haben das ganze Leben noch vor sich.

Hinter solchen unpopulären Überlegungen steht die Notwendigkeit, auf den massiven demografischen Umbruch der nächsten Jahrzehnte adäquat und ganzheitlich zu reagieren, nicht konservativ, sondern innovativ. Nicht weniger bedeutsam für eine *sustainable development* ist der »frühestmögliche« Zeitpunkt. Das freie Zugriffsrecht auf die knapper werdenden Basisressourcen muß dringend neu geregelt werden, wenn nicht alle Hilfe zu spät kommen soll. Wo ständig »überweidet« wird, wächst letztlich überhaupt kein Gras mehr. Das ist ein altes und aktuelles Problem. Für die, die es immer noch nicht begreifen wollen: der Erhalt der Umwelt ist die *conditio sine qua non* eines neuen Generationenvertrages.

Zur Vorbereitung auf die Altengesellschaft stellen sich noch ganz andere Zukunfts- und Sicherheitsfragen: Wer rettet uns vor dem Pharma-Gen-Kapitalismus? Oder: Wie wird es beispielsweise um Kreativität und Lebendigkeit unserer Nation bestellt sein, wenn statt Alte unter Jungen, Alte unter Alten bzw. Junge unter Alten leben und arbeiten? Welche Weltmarktchancen kann sich eine vergreisende Nation gegen die jungen Industrienationen des überfruchtbareren pazifischen Beckens dann noch ausrechnen? Welches Faible wird sie für's neueste *Mini-high-tec* aufbringen, mit dem sie dem Rest der Welt dann demonstrativ imponieren könnten? Was bringt es, weiter in alten Größen und Wahn vor sich her zu brüten?

In Berufs- wie Konsumleben hedonistisch durchtrainierte und im Alter verstärkt zum Egozentrismus neigende Menschen lassen sich aber nicht so einfach »ausbremsen«. Wer oder wie will man sie daran hindern, nach allem zu greifen, worauf sie einen wohlverdienten Rechtsanspruch zu haben glauben, und, wenn es unbedingt sein muß, auch mit viel Geld aus der eigenen Tasche dafür bezahlen würden? Unter medizinisch-pflegerischen Gesichtspunkten ist das Gewährenlassen meist kontraproduktiv. Unter politisch-psychologischen Aspekten ist völlig offen, wie ältere Menschen auf unausweichlich und progressiv zunehmende »Versagungen« bzw. generationenverkehrten Liebesentzug individuell und im Kollektiv reagieren werden. Warum sollen die, die sich gegenwärtig hartnäckig gegenüber allen Forderungen nach Mitbestimmungsregelungen, Beteiligungsquoten oder den Abbau von hierarchischen Autoritätspyramiden taub stellen, plötzlich für die berechtigten Interessen des Pflegepersonals Aufgeschlossenheit zeigen? – Vielleicht überraschen uns die 68er nach einem Zeitsprung von zwei Generationen mit Wiederbelebungsversuchen ihrer alten Kommunen. Es gibt im In- und Ausland viele diskussionswürdige Versuche und Formen, sich rechtzeitig und zum eigenen Nutzen aufs »Altenteil« zurückzuziehen. Probieren wir sie aus.

Die Produkte von Versicherungsgesellschaften haben andere historische Zeitmaße. Moderne Versicherungsverträge sind auf überschaubare Risiken begrenzt und in der Laufzeit bewußt befristet. Sie kommen auch nur zustande, wenn dem Versicherungsnehmer ein konkreter Versicherungsgeber gegenübersteht, der sich – gegen Geld versteht sich – aus der gegenseitigen Geschäftsbeziehung einen Vorteil verspricht. Der Generationenvertrag erfüllt für viele junge Menschen diese versicherungsrechtlichen Grundvoraussetzungen heute schon nicht mehr. Für die Absicherung der wirklichen Pflegefälle ist unter den Bedingungen von 2 : 1 allerdings noch genügend Verteilungsmasse vorhanden. Die knapp 20 Prozent des Bruttoeinkommens, die wir gegenwärtig in die Rentenkasse zahlen, müssen nur anders verwendet werden: Weniger für den gepflegten, mehr für den Pflegelebensabend. Wenn man die Zumutbarkeitsgrenze aus generativer wie ökonomischer Weitsicht bei 20 Prozent beläßt, wird bei der Relation von 1 : 1 der Pflegeanteil an den zur Verfügung stehenden Mitteln weiter kräftig steigen. Auf diesen sozialen Systemwechsel im Altenstaat gilt es sich einzustellen, solange die eigenen Beine noch tragen.

Erich Fried neu lesen



Diese Werkausgabe sammelt zum ersten Mal *sämtliche* Gedichte und erzählende Prosa, darunter viele seit langem *verschollene* Texte. Sie läßt uns nicht nur unsere verstellte Welt, sondern auch Erich Fried neu lesen.

Durch die chronologische Anordnung begreifen wir die erstaunliche Konsequenz seiner Arbeit, und die historische Distanz macht zugleich die große Bedeutung Erich Frieds für unsere Literatur erkennbar:

»Fried hat dem deutschen Gedicht Schönheit, Knappheit, politische Würde und den kritischen Zweifel zurückgewonnen.« (Christian Bourgois)

Angst und Zweifel

Zweifle nicht
an dem
der dir sagt
er hat Angst
aber hab Angst
vor dem
der dir sagt
er kennt keinen Zweifel

*Gesammelte Werke in vier Bänden
Halbleinen, 2752 Seiten in Kasette.
Mit einem umfassenden Register aller Gedichte.
DM 148.– (bis 31. 1. 1994, danach DM 185.–)*

Wagenbach

In Ihrer Buchhandlung

Thema: JAPAN

MICHAEL EHRKE

Die Juli-Revolution oder: Ende eines Systems?

Während sich ausländische Beobachter hinsichtlich der Stärke und Dynamik der japanischen Wirtschaft einig sind, betonen Japaner oft die fundamentalen Schwächen ihres Landes, vor allem die *dualistische Struktur* der Wirtschaft, den Gegensatz zwischen wettbewerbsfähigen Exportindustrien und den Sektoren, deren Erzeugnisse nicht international gehandelt werden (Landwirtschaft, Dienstleistungen, arbeitsintensive Kleinindustrie), und die eine im internationalen Vergleich niedrige Produktivität aufweisen.

Dem wirtschaftlichen Dualismus entspricht eine Zweiteilung des politisch-administrativen Systems, die Polarität zwischen einem »modernen« Segment, das die Großindustrie, die urbane Bevölkerung und die Probleme der modernen Industriegesellschaft verwaltet, und einem »traditionellen« Segment, das für die zurückgebliebenen Wirtschaftssektoren, die Peripherie zuständig ist. Natürlich ist die Grenze zwischen diesen beiden Segmenten nicht immer klar gezogen. Gleichwohl können relativ deutlich zwei Logiken unterschieden werden, die das politische und administrative Handeln in den beiden Segmenten bestimmen: Während das moderne Segment in einem für eine Demokratie unüblich hohen Maße *technokratisch* gesteuert wird, dominiert im traditionellen Segment die »Politik« – in dem sehr kruden Sinne des klientelistischen Austauschs von staatlichen Leistungen gegen Loyalität.

Die hohe *Autonomie der Verwaltung* im modernen Segment der japanischen Gesellschaft hat ihre Wurzeln in der Meiji-Verfassung des 19. Jahrhunderts; ihre Kontinuität bis zum Ende des 20. Jahrhunderts jedoch kann nur mit den Cha-

rakteristika der japanischen Nachkriegsgesellschaft erklärt werden: Die Interessengegensätze zwischen den großen gesellschaftlichen Gruppen zwingen die Verwaltung nur in Ausnahmesituationen, ihre Routine zu unterbrechen und eine *politische* Lösung von Konflikten herbeizuführen. Auch die Politik Japans greift in der Regel nicht – etwa aus wahltaktischen Motiven – in die Routine der Verwaltung ein.

Technokratie und Interessen

Vor allem *drei* Faktoren begründen im modernen Bereich der japanischen Gesellschaft die Autonomie der Verwaltung gegenüber organisierten und nicht-organisierten Interessen:

Erstens das *Wahlssystem*. Das japanische Wahlrecht begünstigt ländliche, periphere Wahlkreise und benachteiligt die städtische Wählerschaft. Die Tokaido-Megalopolis, jene Kette von Städten zwischen Tokio und Osaka, in denen über 80 % der japanischen Wirtschaftsleistung erbracht werden, ist politisch-parlamentarisch nur schwach repräsentiert. Die städtischen Arbeitnehmer und Mittelschichten haben nur geringe Chancen, ihren Interessen mit Hilfe des Wahlzettels Geltung zu verschaffen.

Zweitens die *Betriebszentrierung der Gewerkschaften*. Die japanischen Gewerkschaften vertreten die Stammbeslegschaften großer Betriebe, 25 bis 30 % aller Erwerbstätigen. Es handelt sich um Arbeitnehmer, deren Beschäftigung gesichert ist und die durch das Senioritätsprinzip, die Abhängigkeit der Entlohnung vom Betriebsergebnis und betriebliche Sozialleistungen an ihre Firmen gebunden sind. Die Gewerkschaften sind



Wahlen in Japan: Morihiko Hosokawa (»Neue Japan Partei«) und Tsutomu Hata (»Erneuerungspartei«) vereinbaren enge Zusammenarbeit
Foto: dpa

keine betriebsübergreifende *soziale* Organisation aller abhängig Beschäftigten. Arbeitnehmer in der Kleinindustrie oder im Dienstleistungsbereich sowie die peripheren Arbeitskräfte der Großindustrie haben keine Vertretung. Der Zuschnitt der Gewerkschaften auf eine »Arbeiteraristokratie« nahm dem Grundkonflikt aller Industriegesellschaften von vornherein die Schärfe. Zudem hatte die Betriebszentrierung der Gewerkschaften zur Folge, daß keine große gesellschaftliche Kraft systematisch für überbetriebliche Sozialleistungen *des Staates* an alle Arbeitnehmer eintrat. Die Krisentendenzen des Wohlfahrts- und Sozialstaates, unter denen die westliche Industrieländer leiden, sind in Japan noch wenig ausgeprägt.

Drittens die Selbstorganisation der Wirtschaft. Japanische Unternehmen sind in Gruppen zusammengeschlossen, in Zulieferer-Abnehmer-Gruppen und in multisektoralen Konglomeraten (*kei-*

retsu). Interessendifferenzen zwischen den Branchen sind nicht in der Form mächtiger Verbände organisiert, geschweige daß sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu korporativen politischen Kartellen zusammenschließen. Die *keiretsu*, von denen jeder in jeder wichtigen Branche mit einem – und nur einem – Unternehmen vertreten ist, entwickeln eine branchenübergreifende Orientierung und mildern Interessengegensätze ab. Die Wirtschaftspolitik der Administration ist so nicht mit divergierenden Ansprüchen konfrontiert, zwischen denen sie moderieren müßte, sondern mit einer überschaubaren Zahl repräsentativer Sprecher, die ihre Differenzen bereits ausgetragen haben. Unter diesen Bedingungen gibt es eine vergleichsweise große Chance, Strategien »rational« (d. h. dem jeweiligen Stand der Erkenntnis entsprechend) an den Interessen der Gesamtwirtschaft auszurichten.

Auch die politische Kontinuität, die

seit 1955 ungebrochene Herrschaft der Liberaldemokratischen Partei (LDP), hat zur Konservierung der Technokratie beigetragen. In westlichen Demokratien wird der Primat der Politik gegenüber der Verwaltung zumindest bei jedem Regierungswechsel akut, wenn führende Beamte ausgewechselt werden. Ein solches Auswechseln hat es in Japan zwischen 1955 und vor 1993 nie gegeben.

Die Autonomie der Verwaltung war ein wichtiger Aktivposten der wirtschaftlichen Entwicklung Japans nach dem Zweiten Weltkrieg: Japanische Behörden konnten eher als westliche Regierungen ihre Strategien durchsetzen, ohne auf mächtige Partikularinteressen Rücksicht nehmen zu müssen. Dies gilt für die Industriepolitik des MITI in den 50er und 60er Jahren ebenso wie für die Finanzpolitik des *Ministry of Finance* in den 80er Jahren. Wirtschaftspolitische Strategien konnten in Japan konsistenter umgesetzt werden als im Westen.

Politik und Wahlrecht

Die für eine Demokratie untypische *Selbstbescheidung der Politik*, ihr Verzicht, der Verwaltung im modernen Segment der Gesellschaft Kompetenzen streitig zu machen, geht auch darauf zurück, daß sich die LDP wie die Opposition 38 Jahre lang auf ein großes Thema konzentrierten: Die *Grundsatzentscheidung* über die Position Japans im Kalten Krieg. Die LDP stand seit ihrer Gründung für die Einbindung Japans in das westliche Lager und die Sicherheitspartnerschaft mit den USA. Die wichtigste Oppositionspartei, die sozialdemokratische SDPJ, begnügte sich mit der Kritik dieser Grundsatzentscheidung und den aus ihr sich ergebenden Konsequenzen (Anerkennung Südkoreas, Legalität der Streitkräfte, Teilnahme an UN-Einsätzen). Das scheinbar immer aktuelle Gewicht der Grundsatzentscheidung für oder gegen die »Westbindung« verhinderte, daß unterschiedliche Optionen auf der Grundlage des sicherheitspolitischen Nachkriegsarrangements entwickelt und zur Wahl gestellt wurden. Politik in Japan

erstarrte zur symbolischen und ritualisierten Reproduktion des weltpolitischen Grundkonfliktes – ritualisiert, weil sich jede zur »Westbindung« alternative Option mit den Jahrzehnten zur Fiktion verdünnte, beide große Parteien ihre innenpolitischen Auseinandersetzungen als Systemkonflikt führten.

Unterhalb des Systemkonflikts gab es einen gewissen Pluralismus vor allem in der LDP selbst: Er lag in der seit ihrer Gründung bestehenden Spannung zwischen »Bürokraten«, meist ehemaligen Beamten, die eine zweite Karriere im Parlament durchliefen, und »Politikern«, den Vertretern der lokalen Basis der Partei. Und diese »Politiker« haben in der Tat eine wichtige Funktion: Sie sind das Scharnier, das die rapide Modernisierung mit dem traditionellen Japan, dem Japan des Landes und der kleinen Städte, verbindet. Politik ist in erster Linie *Lokalpolitik*; die Wiederwahl eines Abgeordneten hängt nicht von seinem Profil in den großen nationalen Debatten ab, sondern von den ganz materiellen Vorteilen, die er seiner Basis zu verschaffen weiß: Infrastruktur, Aufträge für die Bauwirtschaft, Hilfe für die Kleinindustrie, Subventionen für die Reisbauern.

Die Politiker sorgen dafür, daß die Peripherie »nicht zu kurz kommt«. Sie sind eng mit ihren »Graswurzeln« verbunden: Sie müssen in ihren Wahlkreisen präsent sein, Geschenke verteilen, Honoratioren nach Tokio einladen und auf gutem Fuß mit den lokalen Multiplikatoren (Bauunternehmer, Postmeister, Bauernvertreter) stehen. Ihre Abhängigkeit von der Basis hat zur Folge, daß der Staat eine ständige Kompensation für Modernisierungsverlierer leisten muß, und zwar nicht in der Form genereller, anonymer Sozialleistungen, sondern in der eines lokalen und persönlichen Tauschs materieller Leistungen (einschließlich des Schutzes gegen Konkurrenz) gegen politische Loyalität.

Das Wahlsystem befördert den Klientelismus der japanischen Politik. Jeder Wahlkreis wählt mehrere Repräsentanten, so daß fast immer Kandidaten der LDP gegeneinander antreten. Mangels

politisch-programmatischer Differenzen versuchen diese, sich gegenseitig mit Wahlgeschenken zu überbieten. Freilich gab es immer wieder Versuche, dieses System zu ändern, keinem jedoch war Erfolg beschieden – bis im Juli 1993 das Scheitern eines Reformansatzes eine dramatischere Wende nach sich zog, als sie jede Wahlrechtsreform bewirkt hätte: Die LDP spaltete sich, die Regierung unter Führung von Premier Miyazawa wurde gestürzt, und nach den folgenden Unterhauswahlen übernahm erstmals seit 1955 eine Anti-LDP-Koalition aus acht Parteien die Regierung.

Die Rebellion der LDP gegen sich selbst

Das LDP-Regime wurde nicht »abgewählt«: In den Wahlen 1993 verlor die LDP nur wenige Prozentpunkte, bei einer Rekord-Wahlenthaltung von 50 % (die SDPJ dagegen verlor die Hälfte ihrer Mandate). Entscheidend und neu war die Tatsache, daß sich wichtige LDP-Politiker von ihrer Partei trennten und sich nach den Wahlen mit der traditionellen Opposition zu einer extrem riskanten Koalition zusammenschlossen.

Der Umbruch ist weitgehend eine Rebellion der LDP gegen sich selbst. Die drei konservativen Parteien, die sich von der LDP abgespalten, haben unterschiedliche Entstehungsgeschichten: *Shinseito* ist die Nachfolgeorganisation der einst mächtigen LDP-Fraktion, die sich im Herbst 1992 in einen rebellischen und einen zentristischen Flügel spaltete. Der Rebellen-Flügel stimmte im Juli im Parlament mit der Opposition gegen Premier Miyazawa und machte dessen Sturz möglich. Kurz darauf konstituierte er sich als eigene Partei. *Sakigake*, eine Gruppe von LDP-Parlamentariern verschiedener Fraktionen, bildete sich nach dem Mißtrauensvotum. Die *Japan New Party* schließlich war schon 1992 vom ehemaligen Gouverneur der Provinz Kumamoto, Morihoro Hosokawa, gegründet worden. Sie scharte einige ehemalige LDP-Politiker, vor allem aber *newcomer* um sich.

Die neugebildeten Parteien weisen

auch Gemeinsamkeiten auf: Sie repräsentieren zu einem überdurchschnittlichen Anteil jüngere Politiker, in vielen Fällen Abgeordnete, die ihren Wahlkreis von ihrem Vater oder Großvater »geerbt« haben. In ihrer Programmatik steht die Dezentralisierung der Administration zugunsten der Gemeinden an prominenter Stelle. Sie kritisieren das in der LDP herrschende Senioritätsprinzip und die Proporzregeln, die die Auseinandersetzungen zwischen den LDP-Fraktionen bestimmen, und die Entscheidungen blockieren oder verzögern. Und sie kritisieren die Übermacht der Verwaltung, die vielfältige und übermächtige Regulierung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Der Umbruch war ein Aufstand der Politiker gegen die Bürokraten, der Peripherie gegen das Zentrum, des politischen Voluntarismus gegen die Routine.

Zum Umbruch in der LDP mußte freilich der Wandel der sozialdemokratischen Opposition kommen, um die neue Regierung mehrheitsfähig zu machen. De facto hatte sich die SDPJ mit ihrer Rolle als Oppositionspartei abgefunden – bis das Ende des Kalten Krieges die innenpolitische Konfrontation ad absurdum führte. Die späte Wandlung der SDPJ zur Regierungspartei war aber zögerlich, und es ist nicht ausgemacht, daß die Mehrheit der Parteimitglieder den neuen Kurs lange mitträgt. Es ist eine offene Frage, ob der SDPJ und den beiden kleineren sozialdemokratischen Parteien Japans die Transformation in eine moderne Partei europäischen Zuschnitts gelingt oder ob sie zwischen den konservativen Kräften aufgerieben werden.

Aufgaben der Koalitionsregierung

Die Koalitionsregierung hat sich zwei große Reformen vorgenommen. Die *Reform des Wahlrechts* soll bis Ende dieses Jahres angeschlossen sein. An ihr sind die Regierungen Kaifu und Miyazawa gescheitert, und es gibt keine Garantie, daß die neue Regierung diese erste Hürde nimmt. Nicht nur gibt es erstmals in Japan eine starke Opposition (die LDP), auch ist der Wahlrechts-Vorschlag der

Koalition (eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht) in den eigenen Reihen umstritten.

Die zweite, nur langfristig realisierbare Aufgabe der Koalitionsregierung ist die Reform der Administration und – damit im Zusammenhang – die Deregulierung der Wirtschaft. Die Auseinandersetzung hierzu hat gerade erst begonnen: Die Regierung hat angekündigt, 94 von 12 000 Verwaltungsvorschriften zu revidieren, und Koalitionspolitiker beginnen mit dem Test so symbolträchtiger Regelungen wie der Abschottung des Reismarktes.

Die zweite, nur langfristig realisierbare Aufgabe der Koalitionsregierung ist die Reform der Administration und – damit im Zusammenhang – die Deregulierung der Wirtschaft. Die Auseinandersetzung hierzu hat gerade erst begonnen: Die Regierung hat angekündigt, 94 von 12 000 Verwaltungsvorschriften zu revidieren, und Koalitionspolitiker beginnen mit dem Test so symbolträchtiger Regelungen wie der Abschottung des Reismarktes.

Warum konzentriert sich die neue Regierung auf die Reform der Verwaltung und die Deregulierung der Wirtschaft? Mit einer konsequenten wirtschaftlichen Deregulierung würden Politiker, die eher noch als die Rest-LDP die lokale Peripherie vertreten, ihrer eigenen Basis den wirtschaftlichen Schutz entziehen. Auf diesen Widerspruch gibt es zwei Antworten, eine objektiv-wirtschaftliche und eine politische.

Das objektiv-wirtschaftliche Argument lautet: Das etablierte, in der Vergangenheit so erfolgreiche System droht an den eigenen Erfolgen zu ersticken. Ein System, das auf wirtschaftliches Aufholen gegenüber den westlichen Industrieländern programmiert ist, die exportfähigen Industrien systematisch fördert und die schwachen Kettenglieder der Wirtschaft schützt, hat eine pathologische Dynamik hervorgebracht. Auf der einen Seite vertieft sich die duale Struktur der Wirtschaft, der Gegensatz zwischen exportfähigen und schutzbedürftigen Sektoren. Auf der anderen Seite ak-

kumuliert die japanische Wirtschaft Leistungsbilanzüberschüsse, die sich auch durch Wechselkursveränderungen kaum noch korrigieren lassen. Japanische Großunternehmen nehmen aufgrund der lebenslangen Beschäftigung ihrer Arbeitskräfte keine Entlassungen vor, wenn die inländische Nachfrage zurückgeht und sich Überkapazitäten aufbauen. Sie weichen gerade in Krisensituationen aggressiv auf die internationalen Märkte aus – solange zumindest, wie der Wechselkurs des Yen so niedrig ist, daß die variablen Produktionskosten (ohne Arbeitskosten) durch die Exporteinnahmen gedeckt sind. Gleichzeitig verhindert der Schutz der inländischen Märkte,¹ auf denen Importe wettbewerbsfähig wären, daß die Exportüberschüsse ausgeglichen werden. Die japanische Wirtschaft steht also vor einem Dilemma: Entweder erreicht der Wechselkurs ein Niveau, auf dem auch die Exportindustrie preislich nicht mehr wettbewerbsfähig ist, oder das traditionelle Segment der japanischen Wirtschaft muß der Konkurrenz durch Importe ausgesetzt werden. Es ist nicht verwunderlich, daß gerade die Vertreter der Exportindustrie die zweite Lösung bevorzugen.

Doch die neuen Konservativen sind nicht bloße Sprachrohre der Unternehmer. Für sie gibt es auch ein politisches Motiv: Die Deregulierung der Wirtschaft und die Begrenzung der Macht der Administration würden die Macht der Politiker erweitern. Die Politiker werden sich nicht damit zufriedengeben, Regulierungen im geschützten Segment der Wirtschaft abzubauen, sondern betreiben auch die Erweiterung ihrer Kompetenzen insgesamt. Ob dieser Machtgewinn mit dem demokratischen Primat der Politik über die Bürokratie, den Erfordernissen eines neuen handlungsfähigen Nationalismus oder einem speziellen Wirtschaftsprogramm gerechtfertigt wird, ist demgegenüber zweitrangig. Ganz offensichtlich sehen heute gerade machtbehaftete Politiker die Chance, die komplexen Spielregeln des Senioritätsprinzips und des Fraktionenproporz in der LDP

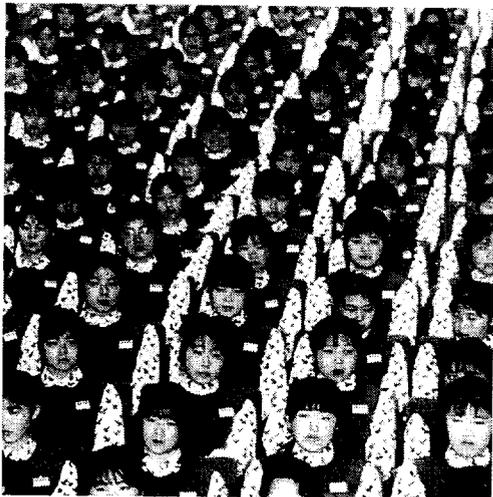
zu umgehen, um dann die Selbstbescheidung der Politik auf das Nachspielen eines nicht mehr virulenten weltpolitischen Konflikts und die Vertretung lokaler Interessen zur Disposition zu stellen.

Kurzfristig sind die Chancen, die Verwaltung zu reformieren und die Wirtschaft zu deregulieren, gering. Die derzeitige Achtparteienkoalition deckt ein sehr breites politisches Spektrum ab. Der Bestand der Koalition hängt davon ab, daß sich Differenzen zwischen diesen Parteien nicht zuspitzen. Auf kurze Sicht werden die Koalitionsparteien auf Profilierung und die Politisierung wichtiger Themen verzichten – was bedeutet, daß man im Zweifelsfall die Routine der LDP-Regierung und der Administration fortsetzen wird. Auf mittlere Sicht jedoch ist die entscheidende Weiche bereits gestellt: *Die japanische Politik ist kompetitiv geworden*, sie hat ihren rituellen Charakter abgelegt. Parteien konkurrieren nun ernsthaft um die Regierungsmacht und damit um die Wählerstimmen. Selbst wenn der Koalition nur eine kurze Lebensdauer beschieden sein sollte, gehört das Einparteiensregime bereits heute der Vergangenheit an.

Anmerkung:

Es handelt sich nicht nur um einfache Marktbarrieren, sondern um ein Gesamtsystem von Regulierungen und Praktiken, das Konsum und Importe behindert und Investitionen, Produktion und Exporte begünstigt.

Foto: Keystone



UWE SCHMITT

Der China-Komplex

Ein Versuch über das sino-japanische Sonderverhältnis

China und Japan gleichermaßen respektieren zu wollen, so ist gerade im Westen immer wieder behauptet worden, sei ein Widerspuch in sich. Schon dem Versuch haften die frivole Verwerflichkeit eines Freiens an, der die Tochter samt der Mutter umwerbe: die beiden großen Kulturen Ostasiens seien einander in ihrem Antagonismus zu verwandt, um sich nicht entscheiden zu müssen. Wer die chinesische Intellektualität und Moralität bewundere, so fordert das Klischee, werde die japanische Intuition und Sinnlichkeit geringschätzen; wer im konfuzianischen Ethos des strikten Entweder-oder eine aristotelische Geistesverwandtschaft entdeckte, werde sich von der scheinbaren Prinzipienlosigkeit des toleranten Sowohl-als-auch abgestoßen fühlen. Und umgekehrt, versteht sich.

Verhältnis Zeit und Raum

Selbst ein so feinsinniger Beobachter wie der deutsch-jüdische Gelehrte Kurt Singer, der in den dreißiger Jahren in Japan lebte und seine Einsichten in der bis heute kaum übertroffenen Studie »Spiegel, Schwert und Edelstein« zusammenfaßte, konnte seine Parteilichkeit nicht verbergen, als er in China das »Reich des Raums« erkannte, in Japan aber das »Reich der Zeit«. Ihm hatte es »die Kontinuität der Bewegung« und die »Kunst des Zudeckens von Wahrheiten« in Japan spürbar mehr angetan als die »symmetrische Struktur der offenen Räume«, in denen »Körper und Geist eins« sind. Über das poetische Völkerprogramm Singers, der sich mit dem Verhältnis zwischen ZEIT und RAUM nicht weiter befaßte, kann man ebenso streiten wie über die Behauptung von Japan- oder Chinaliebhabern, Bewunderung für das eine führe zwangsläufig zur Verachtung des anderen. Um so bemerkenswerter ist es, daß

die hart kalkulierende Industriemacht Japan, die sich so oft vom Westen unverstanden fühlt, selbst zum tiefen Psychologisieren neigt, wenn es um China geht, und sogar zu ähnlichen Selbstinterpretationen gelangt.

Das Umgehen mit keiner anderen Nation – die mit Haßliebe bedachten Vereinigten Staaten eingeschlossen – löst in Japan eine vergleichbare Gefühlsverwirrung aus: es mischen sich uralte Dankesschuld und kulturelle Minderwertigkeit, Kriegsschuld und neue Wirtschaftsarroganz; dazu wirken und widerstreiten Gier auf den Markt der Menschenmilliarde und Einschüchterung durch Aufrüstung und Nuklearhegemonie, einiges Unbehagen mit den kommunistischen Autokraten und noch mehr die Angst vor ihrem Sturz. Das Szenario, hundertausende *boat-people* könnten vor einem Bürgerkrieg fliehend sich an die Küsten des Archipels ergießen, gehört zu den beklemmendsten Alpträumen japanischer Politiker. Nur aus dem diffizilen Zusammenspiel von emotionaler Nähe und Furcht, kühler Marktstrategie und schlechtem Gewissen dem ehemaligen Kolonialopfer des *Fünfzehnjährigen Kriegs* gegenüber läßt sich die zaudernd nachsichtige Politik japanischer Regierungen verstehen. Jeder ranghohe Funktionär der KPCH kann in Tokio auf eine ehrerbietige Behandlung zählen, die selbst Ministern anderer Länder versagt bleibt. Was Dritten, vor allem Westlern, die sich zyklisch über chinesische Menschenrechtsverletzungen empören, als peinliche Demutsgeste erscheinen mag, berührt den Nationalstolz Japans wenig und fördert dazu die Geschäfte. Die Geschichte der Koraus eines stets lernbegierigen, lange tributpflichtigen Japan reicht über ein Jahrtausend zurück. Die düstere Zeit des japanischen Imperialismus begann erst im späten 19. Jahrhundert und währte nur ein paar vergleichsweise lächerliche Jahrzehnte. Sie hat zwar schwere Hypotheken hinterlassen, mit denen Peking heute virtuos zu spielen versteht. Japans China-Komplex aber ist viel älter als seine nationale Identität.

»Im Meer vor Lolang leben die Menschen des Reiches Wo in mehr als 100 Ländern zusammen.« So steht es geschrieben in den *Han-Shu-Annalen*, die im letzten Jahrhundert vor der Zeitenwende entstanden. Gemeint waren die japanischen Inseln vor der chinesischen Kolonie Lolang in Korea. Die begründete Ahnung, daß ein Gutteil der »mehr als 100« recht primitiven Landesfürsten der Yayoi-Kultur aus China und anderen Teilen Nordasiens stammte, gilt heute all denen als plausibel, die nicht der mythischen Schöpfungsgeschichte des Schintoismus folgen. Unstrittig ist immerhin, daß der Wasser-Reisanbau, Bronze und Eisen zu den ersten Wohltaten zählte, welche die Insulaner vom Festland erbten. Es folgte, vermittelt durch chinesische und koreanische Immigranten und entgolten mit Tributen und Verehrung, über die Jahrhunderte fast alles, was die japanische Kultur ausmacht. Buddhismus und die Schriftzeichen (die allerdings vom 9. Jahrhundert an mit zwei eigenen Silbensystemen angereichert wurden), Konfuzianismus und Verwaltungslehre, Astronomie und Poesie, Steuereintreibung und Teezeremonie, Kriegskunst und Philosophie gelangten in einem beispiellosen kulturellen Technologietransfer nach Japan. Wenig wurde auf Dauer unverändert übernommen. Daß Staatsämter etwa nicht nach dem meritokratischen chinesischen Modell an den Ausgezeichnetsten vergeben, sondern vererbt wurden, ist nur ein Beispiel für die ungezählten japanischen Variationen des Vorbilds. Die Beziehungen blieben meist einseitig und freundlich, sieht man von zwei mißglückten Invasionsversuchen im späten 13. Jahrhundert durch mongolische Flotten des Kublai Khan ab. In beiden Fällen, 1274 und 1281, wurden Japan und das Kamakura-Shogunat durch »kamikaze«, göttliche Sturmwinde, wundersam errettet. Zwei Betriebsunfälle, kaum der Rede wert.

Ex okzidente lux – das Licht des Wissens strahlte vom Westen her auf Japan. Die Dominanz klassischer chinesischer Kunst, Wissenschaft und Moralität wurden erst im 18. Jahrhundert herausge-

fordert, als japanische Gelehrte »koku-gaka« (Nationales Lernen), propagierten und die Emotionalität der eigenen Mythenwelt der Rationalität des Konfuzianismus für überlegen und der menschlichen Natur gemäß erklärten. Aber erst als Chinas verheerende politische Schwäche, die es Mitte des 19. Jahrhunderts zum Objekt europäischer Kolonialfeldzüge und zum Opfer des Opiums werden ließ, auch für Japan offenkundig wurde, wick die Bewunderung erstmals der Begehrlichkeit. Nicht ohne symbolischen Hintersinn galt eine der ersten außenpolitischen Aktionen der Regierung Kaiser Meijis nach seinem Sieg über das Tokugawa-Shogunat dem siechen Reich der Mitte. In dem Freundschaftsvertrag von 1871 behandelte Japan China zum ersten Mal als gleichberechtigt. Es war nur der Anfang des aggressiven japanischen Expansionismus, der sich durch westliche Vorbilder glänzend gerechtfertigt fühlen durfte. China sah sich bald um wichtige Tributquellen gebracht: die Ryukyu-Inseln (Okinawa) und Taiwan gingen verloren sowie der direkte Krieg gegen Japan 1894–95. Selbst nach dem siegreichen Feldzug gegen das zaristische Rußland (1904–05) und der Kolonialisierung Koreas 1910 gab sich das weltmachtsüchtige japanische Kaiserreich nicht zufrieden. Es fand sich auf

der Siegerseite des Versailler Vertrags ein, der von China nie unterzeichnet wurde, und stieß in das von den Europäern nach 1914 hinterlassene Vakuum.

Invasion der Mandschurei

Ex oriente bellum. Japan wurde Chinas Kreuz. Nationalismus, Militarismus und der unstillbare Rohstoffhunger der Wirtschaft verbanden sich zu einer verhängnisvollen Allianz. Boykotte und Streiks japanischer Fabriken in Shanghai und Tsingtao verschärften schließlich den Konflikt, der im September 1931 im sogenannten »Zwischenfall von Mukden« gipfelte. So geschmacksneutral umschreiben japanische Schulbücher, was man die Invasion der Mandschurei nennen muß. Ein von der japanischen Kuwantung-Armee vorgetäuschter Sabotageakt gegen eine Bahnlinie diente als Vorwand, sich der Bodenschätze des hilflosen China zu bemächtigen. Der totale Krieg begann erst im Sommer 1937 nach der Vereinigung der verfeindeten nationalchinesischen und kommunistischen Armeen. Die japanische Besetzung von Nanking im Dezember desselben Jahres endete in einem der widerwärtigsten Massaker an Zivilisten in der Menschheitsgeschichte. Über 150 000 Menschen wurden innerhalb von wenigen Wochen

Chinesisch-japanischer Krieg 1894–95

Foto: AKG



bestialisch ermordet, 20 000 Frauen wurden vergewaltigt von japanischen Soldaten, die sich an ihrer Übermacht und der rassischen Überlegenheit der »Yamato-Rasse« berauschten. Der Massenmord von Nanking (auch er als »Zwischenfall« zur Kleinigkeit heruntergeredet) ist nur der berühmteste in einem Krieg, der nach unabhängigen Schätzungen bis 1945 in China mindestens zehn Millionen Opfer forderte und die Abspaltung Taiwans einleitete. 1,3 Millionen Japaner wurden in China getötet oder verwundet. Die gewaltsame Befreiung des Kontinents von weißer Kolonialherrschaft und der Wahn der Unterjochung Asiens durch den »Yamato-Geist« verging in der Katastrophe der Atombomben. Der tausendjährige Aufstieg des Lehrlings und der vergebliche Versuch, sich den Meister untertan zu machen, führten für kurze Zeit in eine ruinöse Gleichheit: Japan und China, der Täter der Besatzungsmacht, das Opfer dem Bürgerkrieg ausgeliefert, fanden sich dem Erdboden gleichgemacht. Sie blieben lange eng verfeindet. Noch immer gibt es Mißtrauen, Bitterkeit, Verachtung. Was fehlt, ist der gleichgültige Haß, den viele Japaner für Rußland empfinden können.

Ohne historische Einsicht, und sei sie noch so willkürlich und vage, ist die Gegenwart des Sonderverhältnisses nicht annähernd zu überschauen. Alle Vergleiche mit dem Abendland gehen fehl oder versteigen sich ins Abstruse. Es müßten die Pharaonen bis ins 20. Jahrhundert geherrscht haben, es müßte mindestens die Weltmacht Rom, oder sagen wir, ihre kommunistische Konkursmasse mit ungebrochenem bürokratischen Zentralismus zusammengehalten werden, um als Europäer das spezifische Gewicht Chinas für Japan errahnen zu können. Es ist nicht zu verwechseln mit jener anfallartigen blinden Begeisterung für China, die alle paar Jahrzehnte im Westen aufflammt und regelmäßig, nachdem die Schwärmerei enttäuscht wird, in blindes Entsetzen umschlägt. Japan hat den *Ti-ananmen-Zwischenfall* vom Juni 1989 wahrscheinlich deshalb weniger trauma-

tisch erlebt als der Westen, weil es sich kaum Illusionen über das Reformverständnis von Männern wie Deng Xiaoping macht, einem ehemaligen Guerillaführer gegen das kaiserliche Japan, und ihnen zugleich mehr politischen Weitblick zutraut. Der chinesische Dissident und Astrophysiker Fang Lizhi, der seit Jahren im amerikanischen Exil lehrt, warnt eindringlich vor der »gefährlichen Theorie«, das dramatische Wachstum in Chinas »sozialistischer Marktwirtschaft« werde automatisch in demokratischen Verhältnissen münden. Zum vierten Jahrestag des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens wies Fang in einem Aufsatz sarkastisch darauf hin, daß der Begriff *Demokratie* seit Sun Yatsens nationalistischer Revolution 1911 bei allen Führern, von Mao bis Deng, stets in Mode war und nie etwas anderes bedeutete als Diktatur. An Japan, das sich nach dem Massaker als geduldiger Vermittler Pekings mit dem schockierten Westen andiente und einen Kredit in Höhe von fast acht Milliarden Dollar fast ohne Verzögerung fließen ließ, bräuchte Fang Lizhi seine Mahnung gewiß nicht zu verschwenden.

Angst vor der »Pax Nipponica«

Sie kommen aus derselben alten Schule. Man versteht einander zu gut, um sich Idealisierung zu leisten. Dabei ist es wahr: Die Beziehungen sind entspannter als zu irgendeinem Zeitpunkt in den vergangenen einhundert Jahren. Von Eintritt aber, von einer beginnenden Kumpanei der asiatischen Riesen gar, die sich gegen Amerika und Europa verschwören, kann keine Rede sein. Nicht einmal, zur steten Kränkung Tokios, von Gleichrangigkeit. Der Widerstand der Volksrepublik gegen eine japanische Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat ist kategorisch, die Proteste gegen eine Entsendung japanischer Blauhelm-Soldaten nach Kambodscha klangen im vergangenen Jahr, ungeachtet des bevorstehenden ersten Besuchs eines japanischen Kaisers in China, nicht weniger schrill als im kältesten Kalten Krieg. Nordko-

Neu im Winter '93 bei Leske + Budrich



Frankreich Jahrbuch 1993
Politik, Wirtschaft, Gesellschaft,
Geschichte, Kultur.
316 S. 33,— DM



**Hans-Uwe Otto /
Roland Merten (Hrsg.):
Rechtsradikale Gewalt im
vereinigten Deutschland**
Jugendprobleme in gesellschaft-
lichen und biographischen
Umbruchsituationen.
472 S. 29,80 DM



**Hartmut Wasser (Hrsg.)
in Zusammenarbeit mit
W. Kremp und J. Schissler
USA**
Grundwissen Länderkunden 5.
2. völlig neubearbeitete Auflage.
420 S. 26,80 DM



**Gerd Grözinger (Hrsg.):
Das Single**
Gesellschaftliche Folgen
eines Trends.
Ca. 200 S. Kt. Ca. 25,— DM



**Nadine Hauer: Die Mitläufer
oder Die Unfähigkeit zu fra-
gen.** Auswirkungen des
Nationalsozialismus
für die Demokratie von heute.
Ca. 200 S. Ca. 24,80 DM



**G. Radde/W. Korthaase/
R. Rogler/U. Gößwald (Hrsg.)
Schulreform — Kontinuitäten
und Brüche** Das Versuchsfeld
Berlin-Neukölln, 1945 — 1972
Ca. 360 S. Ca. 36,— DM

rea, dessen mußmaßlichen nuklearen Ambitionen Tokio und die ganze Region alarmieren, wird von Peking als letztes wenigstens ideologisch tributpflichtiges Bruderland in Schutz genommen. Darüber hinaus weisen der Territorialstreit um die Senkaku-Inseln, die Aufrüstung der chinesischen Flotte, die Stationierung neuer SU-27 Kampfflugzeuge in Shanghai und die geplante Beschaffung russischer Mittelstreckenraketen eher auf Großmachtrivalität als auf freundschaftliche Allianzen hin. Die staatlichen chinesischen Medien sind umgekehrt offenbar gehalten, beim geringsten Anlaß hysterisch das Gespenst eines wiedererstarkenden japanischen Militarismus zu beschwören. Die Warnungen vor einer *Pax Nipponica*, der Vision eines nach Abzug der Amerikaner zur militärischpolitischen Großmacht in Ostasien aufsteigenden Japan, kommen verlässlicher aus Peking als aus anderen asiatischen Hauptstädten. Sieht man von den artigen Komplimenten ab, die chinesische Ökonomen bei Besuchen derzeit aus durchsichtigen Motiven verteilen, wenn sie die amerikanische Spielart des Kapitalismus für überholt und tot erklären, das gewissermaßen seelenverwandte japanische Management aber preisen und zur Emanzipierung vom Westen ermutigen, bekommt Japan für seine ergebene Mühe ernüchternd wenig Lob aus China zu hören.

Wie tief der China-Komplex noch immer wirkt, zeigt schon die Genugtuung, mit der japanische Kabinettsmitglieder jeden Kooperationswunsch aus der Volksrepublik verkünden: »Sie wollen die japanische Art lernen, mit Kapital- und Devisenmärkten, Steuergesetzgebung und Haushaltsplanung umzugehen«, erläuterte im Herbst Finanzminister Fujii dem geschmeichelten Publikum. Es schwingt mehr Stolz in solchen Aussagen, als bei der sonst nicht zu übertriebener Bescheidenheit neigenden zweitgrößten Industrienation der Erde erwartet werden darf. Aber es bedeutet eben nichts, daß alle Welt von Japan profitieren will. Es zählt allein, nach all den Jahrhunderten, daß die Übermutter von

ihrem neureichen Zögling zu lernen bereit ist: China, geographisch 26 Mal so groß, psychologisch noch viel größer, läßt sich herab und saugt Wissen aus Japan. Manche japanische Wirtschaftsfachleute meinen freilich, eine Kombination aus nationalstolzem Sentiment und traditionellem Herdentrieb verblende auch das Risikobewußtsein vieler Investoren in China. Wie die Lemminge, so bewertet es ein Tokioter Broker, stürzten sich seine Landsleute in den Abgrund. Die Zahlen deuten in der Tat darauf hin. Es ist nicht der erste Goldrausch in China.

Während die japanischen Auslandsinvestitionen seit 1990 drastisch zurückgingen, schnellte der gemeinsame Handel mit China im ersten Halbjahr dieses Jahres um 30 Prozent auf 16,6 Milliarden Dollar. Zum ersten Mal seit Kriegsende ist China (nach den Vereinigten Staaten) Japans zweitgrößter Handelspartner. Das Geschäft beschränkt sich nicht allein auf Textilien gegen Maschinen und, wie Mitte der achtziger Jahre, japanischen Investitionen in Dienstleistungen wie Hotels und Restaurants: Japan träumt, wie andere auch, von den unersättlichen Nachholbedürfnissen in 270 Millionen Haushalten. Hätte man nicht auf Jahrzehnte hinaus ausgesorgt? Im selbstgewissen Jubel über die Rekordsummen gehen skeptische Stimmen leicht unter. Japanische Firmen hätten Probleme mit dem chinesischen Qualitätsbegriff, mit der laxen Arbeits- und Zahlungsmoral der Chinesen, heißt es; das Verständnis eines fairen Gebens und Nehmens wie von Privateigentum entspreche nicht japanischen Sitten. Gerade in Südchina suchten zu viele chinesische Manager im Boom den schnellen Profit, statt langfristige Strategien. Die Personalkosten stiegen viel zu schnell, es komme leicht zu Streiks über Kleinigkeiten. Oft mache sich das unangenehme Gefühl breit, daß die Auslandschinesen den Markt schon untereinander aufgeteilt hätten und die Japaner nur als Startkapitalisten ausnutzten. Wenn man säumige Kunden in China an Zahlungen erinnere, so klagte ein japanischer

Banker jüngst in einem Interview: »Dann sagen sie: ›Habt ihr je dafür gezahlt, daß wir euch Eßstäbchen gaben? Habt ihr je für die Benutzung unserer Schriftzeichen bezahlt?«

Mißtrauen und Respekt

Auch ein reicher Barbar bleibt barbarisch. Der aus Minderwertigkeitsgefühlen und Kriegsschuld gespeiste China-Komplex der japanischen Kollektivpsyche, der gegenüber Koreanern – auch sie eine ältere Zivilisation und seit dem Mittelalter Opfer von Japans Hegemoniestreben – auffällig fehlt, erweist sich als resistent gegen die eigene Erfolgserfahrung und zugleich als rezeptiv für jede Andeutung chinesischer Kulturhoheit. Das gilt nicht nur in der Wirtschaft, es gilt erst recht in der Diplomatie. Die Peking-Führung hat es immer wieder vorzüglich verstanden, sich Tokio zu verpflichten, indem es Hochmütigkeit mit Großmut verbrämte. Das chinesisch-japanische Kommuniqué vom 29. September 1972, das den sechs Jahre später unterzeichneten Friedensvertrag vorbereitete, kann als ein Glanzstück dieser Doppelstrategie gelten. Im Tausch gegen Japans Anerkennung Pekings als »einzige rechtmäßige Regierung Chinas«, ließ man Tokio in der Präambel scheinbar glimpflich aus der Kriegsschuld entkommen. Es ist die Rede von »Verantwortung für den ernsthaften Schaden«, den Japan in der Vergangenheit angerichtet habe und für den es sich »schwere Vorwürfe« mache. Kein Wort aber von Angriffskrieg, Nanking, Reue.

Noch entscheidender war, wie sich später zeigte, der Artikel 5 der Übereinkunft, in dem China auf jegliche Reparationen verzichtet. Der japanische Premierminister Kakuei Tanaka kehrte glücklich aus Peking zurück, in der Überzeugung, das Gesicht der Nation gewahrt und ihr eine Menge Geld gespart zu haben. Die Einfalt des zu Macht gekommenen ehemaligen Bauindustriellen muß dem distinguierten Intellektuellen Tschou En-lai ein Genuß gewesen sein. Chinas Verzicht auf Reparationen

hat sich bis heute nicht nur in Milliarden-Krediten und unermeßlichem Gewinn durch Japans Wohlwollen und Vermittlerdienste bezahlt gemacht: Der China-Komplex selbst kam zu neuer Blüte, weil Japan zu kleinmütig und zu kurzsichtig war, um auf eine ehrenvolle Abrechnung mit seiner Vergangenheit zu bestehen und sich endlich zu emanzipieren. Erst im Sommer dieses Jahres hat der neue japanische Ministerpräsident Morihiro Hosokawa gewagt, was schon 1972 klüger und längst überfällig gewesen wäre. Er entschuldigte sich für einen »Angriffskrieg, der ein Fehler war«. Von den eigenen Nationalisten als Vaterlandsverräter diffamiert, von den asiatischen Nachbarländern mit mildem Lob bedacht, machte sich Hosokawa um Japans Zukunft verdienter als alle seine Amtsvorgänger. Die bemerkenswert herablassende Reaktion aus Peking war Beweis genug.

Die Großmacht Konkurrenten China und Japan werden einander weiter belauern, mißtrauen und respektieren. Japan wird die wirtschaftlichen Konflikte fürchten, die nach Deng Xiaopings Tod zwischen dem reichen Süden und dem zurückgebliebenen Norden, zwischen prosperierenden Provinzen und sklerotischer Zentralgewalt ausbrechen könnten. Es wird um seine Sicherheit, Investitionen und Marktanteile bangen und im Notfall vergeblich hoffen, daß göttliche Winde seine Küsten vor einer Flüchtlingsinvasion schützen. Und doch wird es sich niemandem näher fühlen als China. Seit neuestem weiß man, daß ein göttlicher Ratschluß, die Natur selbst, es so will. Rechtzeitig zum zwanzigsten Jahrestag der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen veröffentlichten Geologen beider Länder eine hochsymbolische Entdeckung: Die nordamerikanische Platte mit dem japanischen Archipel driftete westwärts, der eurasische Kontinent nach Osten, ihr Abstand verringerte sich im Jahr um 2,9 Zentimeter. Für den, der warten kann, ist es nur eine Frage der Zeit, bis China und Japan vereint sein werden.

Der allmähliche Aufbruch der japanischen Frauen

Die neue Bildungsministerin Ryoko Akamatsu kann bereits ihren ersten Erfolg in Sachen Frauenförderung verbuchen. Kurz nach ihrer Amtsübernahme als parteiloses Mitglied der neuen japanischen Regierungskoalition hatte sie gefordert, die erkonservative Vereinigung der Sumo-Ringer solle endlich auch Frauen in ihre Jury aufnehmen. Jetzt ist es soweit: Zwei Frauen werden demnächst der Riege angehören, die darüber bestimmt, welcher Ringer die höheren Würden des japanischen Nationalsports erklimmen darf. Von Ringerinnen ist übrigens nicht die Rede. Der »dohyo«, das heilige Rund, in dem die Kämpfe ausgefochten werden, darf nach wie vor von Frauen nicht betreten werden.

Die Emanzipation ist eine Schnecke – auch in Japan. Immerhin sitzen seit dem Regierungswechsel im August drei Ministerinnen am Kabinetttisch. Bislang hatten sich die japanischen Ministerpräsidenten meist mit einer einzigen Vorzeigefrau begnügt. Die drei Neuen haben keine üblichen Politiker-Karrieren hinter sich: Die ehemalige Journalistin Ryoko Akamatsu war bis 1989 Botschafterin in Uruguay und gilt als selbstbewußte Frauenpolitikerin. Bereits an ihrem ersten Arbeitstag weckte die Ministerin das Medien-Interesse, denn sie spazierte zu Fuß zum Amt des Regierungschefs. Minister wurden in Japan bisher immer nur in schwarzen Dienstlimousinen gesichtet. Ryoko Akamatsu steht als Erziehungsministerin vor der Aufgabe, das autoritäre japanische Schulsystem zu reformieren. Wie sie das im einzelnen anstellen will, hat sie noch nicht verraten.

Auch die Sozialdemokratin Manae Kubota hat als Chefin des Wirtschaftsplanungsamtes den Rang einer Ministerin. Sie arbeitete früher in der Zentrale der Vereinten Nationen in New York. Gleich nach ihrer Amtsübernahme erklärte sie, niemand solle zum Hissen des

Sonnenbanners gezwungen werden. Viele Sozialdemokraten lehnen die inoffizielle Nationalflagge ab, weil die japanische Armee mit dieser Fahne in ihre Aggressionskriege zog. Dritte Frau im Kabinett ist die Direktorin des Umweltamtes, Wakako Hironaka. Sie gehört zur Komeito-Partei, die einer obskuren buddhistischen Sekte nahesteht, sich aber sehr für den Umweltschutz einsetzt.

Takako Doi

Die berühmteste Politikerin, die mit dem Regierungswechsel zu einem neuen Amt kam, ist die sozialdemokratische Parlamentspräsidentin Takako Doi. 1986 wurde die selbstbewußte Parteilinke zur Vorsitzenden der Sozialdemokraten gewählt und löste damit den sogenannten *Madonna-Boom* aus. Als erste Frau an der Spitze einer Partei verhalf sie der Opposition 1989 zur Mehrheit im Oberhaus – mit ihr wurden so viele Frauen ins Parlament gewählt wie nie zuvor. Vor zwei Jahren mußte Takako Doi als Vorsitzende zurücktreten. Sie war mit ihren linken Positionen in die Minderheit geraten. Die Verfassungsrechtlerin hält die japanischen »Selbstverteidigungskräfte« für verfassungswidrig und wehrt sich heftig gegen die Teilnahme japanischer Soldaten an UN-Missionen. Mit dieser Position ist Takako Doi ihren konservativen Parteifreunden und den meisten Mitgliedern der neuen Regierungskoalition ein Dorn im Auge – sie wurde mit dem ehrenvollen, aber wenig einflußreichen Amt der Parlamentspräsidentin ruhiggestellt.

Im Oberhaus des japanischen Parlaments sitzen zur Zeit 38 Frauen. Im einflußreicheren Unterhaus sind es 14 (zwei mehr als in der vergangenen Legislaturperiode) – das entspricht einem Frauenanteil von gerade mal 2,7 %. Yuriko Koike von der *Neuen Japan Partei* vertritt

denselben Wahlkreis wie die Präsidentin Takako Doi. Als die beiden Frauen im Wahlkampf gegeneinander antraten, stürzten sich sofort die Medien auf sie. Auf die Frage, wie sie sich im Zweikampf mit einer anderen Frau fühle, reagierte Takako Doi unwirsch: »Das ist doch etwas völlig Normales – den Männern stellen sie doch auch nicht solche Fragen.« Die Kandidatin der *Neuen Japan Partei* ist zwanzig Jahre jünger als die 64jährige Feministin Takako Doi und hat mit Frauenpolitik nicht viel am Hut. Sie ist eine typische Vertreterin einer jüngeren, konservativeren Generation von Politikerinnen. Bezeichnenderweise unterstützte die Metallarbeiter-Gewerkschaft bei den Wahlen nicht wie bisher die Sozialdemokratin, sondern ihre Konkurrentin von der *Neuen Japan Partei*. Die konservativ-liberale Partei der Yuriko Koike des Ministerpräsidenten Hosokawa hat immerhin als einzige in Japan die Quotierung beschlossen: Zwanzig Prozent der Ämter und Mandate sollen mit Frauen besetzt werden. Da es der *Neuen Japan Partei* bis heute nicht gelungen ist, genügend Kandidatinnen zu finden, hat sie »Trainingsseminare für zukünftige Politikerinnen« eingerichtet. Etwa 70 Frauen bereiten sich dort zur Zeit auf den Einsatz in der Männerwelt vor.

Die Verfassungsrechtlerin Takako Doi gehört zur Riege der feministisch engagierten Professorinnen in Japan. Die meisten dieser Akademikerinnen zählen zur 68er Generation oder sind noch etwas älter. Viele von ihnen unterrichten an sogenannten »Frauenuniversitäten«. Dort absolvieren japanische Studentinnen ein zweijähriges Kurzstudium, das ihnen keinerlei Karrierechancen in ihrem Beruf eröffnet. Obwohl mehr Mädchen als Jungen die Oberschule absolvieren (96 % aller Schülerinnen und 93 % der Schüler machen einen High-School-Abschluß), studieren an den angesehenen Universitäten deutlich mehr Männer als Frauen. Üblicherweise arbeiten die jungen Frauen nach einem Kurzstudium an einer Frauenuni einige Jahre als Sekretärin. Sie bleiben während dieser Zeit meist



Die Sozialdemokratin Takako Doi wird erste Parlamentspräsidentin
Foto: dpa

bei ihren Eltern wohnen und haben daher relativ viel Geld zur Verfügung. Längst hat die Konsumgüterindustrie die sogenannten »Office Ladies« als Zielgruppe entdeckt, denn sie können sich teure Markenartikel, Reisen und Mitgliedschaften in Sportklubs leisten. Doch nach der Heirat, spätestens wenn das erste Kind da ist, kündigen die meisten.

Nicht wenige Studentinnen verzichten von vornherein aufs Arbeiten und werden gleich Hausfrau. Dies mag eine Erklärung dafür sein, warum es in Japan relativ viele politisch interessierte und auch engagierte Hausfrauen gibt. Sie schließen sich Verbraucherverbänden an, gründen Umweltinitiativen und unterstützen Bio-Bauernhöfe, von denen sie ihre Lebensmittel beziehen. Die meisten Hausfrauen verwalten das Familiengeld, die Männer bekommen oft nur eine Art Taschengeld ausbezahlt. Wenn ihre Kinder größer sind, engagieren sich einige dieser Hausfrauen in der Kommunalpolitik. Auf der untersten politischen Ebene sind in Japan viele Frauen aktiv, aber bereits in den Gemeinderäten sitzen fast nur noch Männer.

Hoffnung auf neues Gleichstellungsgesetz

Mitsuyo Sawa hat es immerhin bis zur Bürgermeisterin gebracht. Die ehemalige Hausfrau ist in ihrer Heimatstadt Zushi in einer Bürgerinitiative aktiv, die sich gegen den Bau neuer Wohnungen für us-Soldaten wendet. Sie setzt sich dafür ein, daß der Wald von Zushi nicht für die Soldaten-Behausungen abgeholzt wird. Im vergangenen Jahr wählten die Bürgerinnen und Bürger von Zushi die Aktivistin zur Bürgermeisterin. »Rettet die Natur für unsere Kinder« lautete der Slogan, mit dem Mitsuyo Sawa und ihre Mitstreiterinnen die Wahl gewannen. »Politik sollte unser tägliches Leben verbessern«, sagt die Mutter von drei Kindern: »Ich denke, die Politik wird weniger korrupt sein, wenn sich mehr Frauen beteiligen. Ich hoffe, daß viele Frauen meinem Beispiel folgen werden.«



Höflichkeitstraining auf der Verneigungsgradwaage
Foto: Keystone

Mariko Mitsui saß sechs Jahre lang in dem Tokioter Stadtrat. Die bekannte Feministin trat vor einigen Monaten aus der Sozialdemokratischen Partei aus. Bei den Neuwahlen in diesem Sommer kandidierte sie als Unabhängige für einen Sitz im Unterhaus. Ohne finanzielle Unterstützung durch die Gewerkschaften hatten sie jedoch keine Chance. Ihr Vorwurf: Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften seien gleichgültig gegenüber Frauenfragen und ließen sie mit ihrer Kampagne gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz alleine. Das Thema »seku hara« (die japanische Abkürzung für den englischen Begriff »sexual harassment«) beschäftigt zur Zeit viele berufstätige Frauen. Erst vor kurzer Zeit haben es die ersten gewagt, gegen Chefs oder Kollegen, die sie belästigt haben, vor Gericht zu gehen. Ein Gericht in Fukuoka, im Süden Japans verurteilte den Herausgeber einer Zeitschrift dazu, seiner Angestellten etwa 20 000 Mark an Entschädigung zu zahlen. Mariko Mitsui berichtet, sie sei selbst schon von männlichen Kollegen begrabscht worden. Wenn sie das Thema im Stadtrat angesprochen habe, seien ihre männlichen Kollegen in grölendes Gelächter ausge-

brochen. Die Politikerin konnte dennoch durchsetzen, daß die Tokioter Stadtregierung ein Beratungstelefon für sexuell belästigte Frauen einrichtete. Gemeinsam mit einigen anderen Abgeordneten organisierte sie Aktionen »gegen die Pflicht der Frauen im Büro Tee zu servieren.« Denn auch diese Dienstleistung, die von Lehrerinnen genauso erwartet wird, wie von Sekretärinnen, bringe die Mißachtung der Männer gegenüber ihren Kolleginnen zum Ausdruck.

Ein weiteres Ziel, für das sich vor allem die weiblichen Abgeordneten einsetzen, ist die Neufassung des Namensrechtes. In Japan ist es – im Gegensatz zu Deutschland – nicht möglich, daß beide Ehepartner nach der Heirat ihren Geburtsnamen behalten. In der Regel nimmt die Frau den Namen des Mannes an, obwohl es rein rechtlich auch andersherum möglich wäre. Seit Jahren bastelt das Justizministerium an einer Neufassung des Namensrechtes. Viele Japanerinnen hoffen, daß die neue Regierung das Gesetz endlich verabschiedet. Inzwischen schaffen sie einfach Fakten: Unter Akademikerinnen ist es inzwischen üblich, daß die Frauen – Gesetz hin oder her – nach der Heirat einfach ihren Geburtsnamen weiter verwenden.

Viele Japanerinnen erwarten von der neuen Regierung, daß sie das »Gleichstellungsgesetz« aus dem Jahr 1986 neu faßt. Darin steht zwar, daß Frauen bei der Einstellung, der Entlohnung und der Beförderung nicht benachteiligt werden dürfen. Da das Gesetz jedoch keine Sanktionen beinhaltet, ist es ein Papiertiger geblieben. Nach wie vor gibt es viele Firmen, die für eine qualifizierte Laufbahn nur Männer einstellen. Und in den Firmen, die gleiche Einstiegsbedingungen für Männer und Frauen bieten, werden die männlichen Angestellten schneller befördert und deshalb nach wenigen Jahren auch besser bezahlt. Frauen verdienen in Japan im Durchschnitt nur etwa 60 % dessen, was die Männer verdienen. (Zum Vergleich: in Deutschland sind es 70 %.) Von den Frauen, die in der »einfachen Laufbahn« eingestellt wurden (sie verrichten Büro-

Aufgaben) erwarten die Firmen, daß sie spätestens mit 26 Jahren heiraten und dann die Firma verlassen. Frauen, die sich für den »Karriereweg« entschieden haben, müssen oft eine extreme Dreifachbelastung aushalten: Auf der einen Seite haben sie viele Überstunden, trotzdem sind sie zu Hause für die Kindererziehung und den Haushalt zuständig, denn die japanischen Männer beteiligen sich daran noch weniger als die deutschen. Viele japanische Männer gehören immer noch zum Typ »Meshi! Furo! Neru!«. Frei übersetzt soviel wie: »Essen her! Mach das Bad fertig! Laß mich schlafen!«

Immer mehr erfolgsorientierte Frauen heiraten deshalb erst, wenn sie älter sind, oder sie verzichten ganz auf die Ehe und aufs Kinderkriegen. Sie sehen einfach keine Möglichkeit, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Die Regierung macht sich seit Jahren Sorgen wegen des Geburtenrückgangs. 1990 schlug der damalige Finanzminister vor: »Weniger Frauen sollen eine gute Ausbildung haben, dafür mehr Frauen mehr Kinder.« Zahlreiche Frauenorganisationen protestierten gegen den Chauvismus. Der Minister nahm alles zurück und fühlte sich mißverstanden.

Trotz der Schwierigkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren, sind 51 Prozent der japanischen Frauen berufstätig. Die meisten von ihnen haben auch gar keine andere Wahl, denn die Familien sind auf zwei Einkommen angewiesen. 70 % aller Teilzeitkräfte sind Frauen. Sie verdienen weniger und sind schlechter versichert, als die Angehörigen der Stammebelegschaften. Das Heer der Teilzeit arbeitenden Frauen in der Produktion hat den japanischen Wirtschaftsaufschwung ermöglicht. Jetzt, da auch in Japan Rezession herrscht, sind diese Frauen die ersten, die entlassen werden. Vor allem in der Elektronikindustrie wurden bereits Tausende von Teilzeitarbeiterinnen entlassen.

Für Abgängerinnen von der Universität ist es in diesem Jahr schwierig geworden, eine Anstellung zu finden. Bis vor kurzem herrschte in Japan ein großer Arbeitskräftemangel. Auch für Frauen

war es kein Problem, eine Arbeit zu finden. Doch inzwischen haben die meisten Firmen ihre Stellen in der Verwaltung gekürzt. Auch für die »qualifizierte Laufbahn« werden weniger Leute gebraucht. Die meisten offenen Stellen schnappen sich die Männer. Deshalb wird sich wohl in absehbarer Zeit nichts daran ändern, daß nur etwa ein Prozent der leitenden Posten in Japan mit Frauen besetzt sind. Auch der Trend, daß sich erfolgsorientierte Frauen selbständig machen, wurde durch die Rezession gestoppt. Die sozialdemokratische Parlamentspräsidentin Takako Doi versucht den Japanerinnen Mut zu machen: Es sei »bedeutsam, daß die Frauen auch in Krisenzeiten am Arbeitsmarkt beteiligt bleiben«. Nicht nur der eigenen Zukunft wegen, sondern weil sie damit erst ermöglichen, »daß Frauen und Männer in der Familie zusammenarbeiten und der Vater in der Erziehung der Kinder seine Rolle übernimmt«. Die Präsidentin rät: »Frauen sollten nicht aufgeben und weiterarbeiten.«

Doch auch in Japan ist dies leichter gesagt als getan. Auch wenn sie nicht gefeuert werden, geben viele Frauen ihren Beruf auf. Zwar gibt es in Japan Ganztagschulen, mehr Ganztagsbetreuungsplätze für die Kleinsten und mehr Kindergärten als in Deutschland; trotzdem kapitulieren viele Mütter vor der Dreifachbelastung durch Beruf, Kinder und Haushalt. Zumal auch in Japan die Versorgung pflegebedürftiger älterer oder kranker Familienmitglieder allein als Aufgabe der Frauen gesehen wird. Die neue Erziehungsministerin Ryoko Akamatsu will nun die Väter in die Pflicht nehmen. Überall im Lande sollen die Männer in Zukunft Vaterschaftskurse belegen. Die Themen der Schulungen lauten: »Jetzt ist der Vater dran.« »Die veränderte Familie« und »Wie man dem Firmentrott entrinnt.«

Die Zukunft der Gleichberechtigung hängt in Japan – wie überall – nicht nur von neuen Gesetzen ab. Es kommt darauf an, ob die Männer wirklich bereit sind, weniger zu arbeiten und sich mehr um ihre Familien zu kümmern. Es gibt

bereits einige »neue Väter«, die früher nach Hause kommen, weil sie mit ihren Kindern zusammen sein wollen. Von einer gerechten Arbeitsteilung kann jedoch auch in diesen Familien keine Rede sein, denn die Väter spielen zwar mit ihren Kindern, Haushalt und Hausaufgabenbetreuung bleiben trotzdem an den Frauen hängen. Berufstätige Japanerinnen bringen pro Tag dreieinhalb Stunden mit Haushalt und Kindererziehung zu; berufstätige Männer gerade mal acht Minuten. Die Emanzipation ist eine Schnecke – auch in Japan.

GEORG BLUME/SIEGMAR MOSDORF

Unternehmenskultur des 21. Jahrhunderts

Das Jahr 1993 hat für den Austausch zwischen Japan und Deutschland eine Jahrhundertchance eröffnet. Zum ersten Mal in ihrer Nachkriegsgeschichte haben sich die Japaner in diesem Jahr in freier Wahl für eine neue Regierung entschieden. Der erste demokratische Machtwechsel in Japan unterstreicht nicht nur die von Kritikern immer wieder angefochtene gemeinsame Grundüberzeugung zwischen Japanern, Deutschen und ihren westlichen Partnern, daß Offenheit, Pluralismus und Demokratie zu den Wesensmerkmalen unserer Gesellschaften gehören müssen. Mit Premierminister Morihiro Hosokawa und seiner Regierungsmannschaft aus Sozialdemokraten, Liberalen und konservativen Reformern verfügt Japan über ein neues Führungsteam, das von der Vision getragen wird, noch weiter als bisher, gegenüber dem Westen und der übrigen Welt zu öffnen und nach innen zu reformieren.

Der japanische Reformersieg von 1993 – durchaus vergleichbar mit dem demokratischen Aufbruch der Deutschen unter Willy Brandt und dem gesellschaftlichen Paradigmenwechsel in Frankreich

unter François Mitterrand – begegnet den Deutschen in einer Zeit der Selbstzweifel und der politischen Orientierungslosigkeit. Zudem wurden 1993 in Deutschland die schwelenden Problemherde der Repräsentationskrise in der Politik, der Identitätskrise nach der Wiedervereinigung und der Selbstverständniskrise über die Rolle Deutschlands in der Welt, zunehmend von der Wirtschaftskrise überlagert. Das deutsche Bruttosozialprodukt wird im Jahr 1993 um fast 2 % schrumpfen, obwohl es in Ostdeutschland steigt. Die Krise im Wirtschaftswunderland Deutschland spitzt sich dramatisch zu. Noch in diesem Winter werden 4 Mio. registrierte Arbeitslose erwartet. Auch Japan steckt in einer konjunkturellen, aber eben nicht in einer so dramatischen strukturellen Krise wie Deutschland. Japan hat nach wie vor die im Gesamtvergleich wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft der Welt. Der Le-

bensstandard ist in Japan nach den Kriterien der UNO, die Bildung und Lebenserwartungen miteingeschlossen, der höchste in der Welt. Zwar sind die Arbeitszeiten in Japan immer noch länger als in Deutschland; die Löhne aber liegen bereits auf deutschem Niveau. Die beiden Länder des legendären Wirtschaftswunders nach dem Krieg stehen in Wirklichkeit vor ganz ähnlichen neuen wirtschaftlichen Herausforderungen. Das bisher Selbstverständliche der jährlichen Wohlstandsmehrung gilt auf einmal nicht mehr. Die *spillovereconomies*, deren enorme Wohlfahrtsmehrung vor allem auf ein durch den Export gestütztes Wachstum beruhte, sind jetzt durch eine fundamentale Veränderung der Weltwirtschaft mit einem neuen Wettbewerbs-Modell konfrontiert. Heute sehen sich die Deutschen und die Japaner vor die Frage gestellt, wie wettbewerbsfähig ihre Volkswirtschaften im Vergleich zu

Foto: Keystone



den neuen Konkurrenten aus Südostasien und Ost- und Mitteleuropa noch sind.

Globale Lokalisierung

»Made in Germany« und »Made in Japan« waren über Jahrzehnte Gütesiegel mit weltweiter Ausstrahlung. Deutsche und Japaner erleben nun zeitgleich, wie ihre Schicksale durch die Veränderung der Weltwirtschaft mehr betroffen sind, als alle anderen Volkswirtschaften. Die modernen Informations- und Kommunikationstechniken machen das möglich, was der Sony-Chef Morita einmal die »globale Lokalisierung« genannt hat. Er meinte damit eine dezentrale Produktion bei zentraler Steuerung in quasi transnationalen Unternehmen. In Zukunft ist nicht mehr das Label »Made in Germany« ausschlaggebend, sondern das Label „Made by BMW, by Bosch oder by Siemens“ – egal wo die Produkte dieser Unternehmen auf der Welt hergestellt werden. Aus dem Kampf um Absatzmärkte wird mehr und mehr ein Kampf um Standorte. Weil die Deutschen dies im Vergleich zu den Japanern sehr spät erkannt haben, sind sie heute zu den größeren Umstellungen, vor allem in der Außenwirtschaftspolitik gezwungen. Wenn die Exporte des Exportweltmeisters Deutschland immer noch zu 71 % nach Europa gehen, aber nur zu 4 % nach Asien, und wenn man weiß, daß im Jahr 2000 in Asien nicht nur 50 % der Menschen leben, sondern dort auch 36 % des Welt-Sozialprodukts hergestellt werden, dann muß das Konsequenzen für die deutsche Außenwirtschaftspolitik haben. Ähnlich wie sich Japan in den achtziger Jahren mit massiven Investitionen rechtzeitig auf die Herausforderung des europäischen Binnenmarktes einstellte und zum Beispiel große Investitionen in England aber auch auf dem Festland vorgenommen hat, muß Deutschland heute eine neue Ost-, Asien- und Pazifikpolitik entwickeln. Dafür ist es nicht zu spät. Auch Japan sucht immer noch nach einer neuen Asien- und Westpolitik jenseits des bekannten Merkantilismus.

Ganz unterschiedlich auf diese neuen Herausforderungen reagieren aber Wirtschaft und Politik in beiden Ländern. Dem politischen Neubeginn in Japan haben die Deutschen derzeit kaum vergleichbare Hoffnungen und Perspektiven entgegenzusetzen. Seit dem Sommer regiert in Tokio die im Volk populärste Regierung der Nachkriegszeit. Indessen ist in Deutschland mehr denn je von Politikverdrossenheit die Rede. Auf den ersten Blick mögen die politischen Verhältnisse in Deutschland und Japan ohne jeden Zusammenhang erscheinen. Doch je mehr sich der bereits angelaufene Wahlkampf für die Bundestagswahl im Herbst 1994 – nach dem erkennbaren Willen sowohl von Helmut Kohl als auch von Rudolf Scharping – zu einer Auseinandersetzung um die wirtschafts- und sozialpolitische Kompetenz zuspitzt, desto mehr rückt Japan – ausgesprochen oder auch nicht – unter einem bestimmten Aspekt ins Blickfeld der deutschen Debatte. Der Erfolg der deutschen Wirtschaft will in den kommenden Jahren vor allem an der Entwicklung des japanischen Modells gemessen werden. In der letzten Dekade haben sich die Japaner in der Unterhaltungselektronik, in der Automobil- und der Stahlindustrie, beim Maschinenbau und in der Mikroelektronik enorme ökonomische und technologische Vorsprünge gegenüber Deutschland erkämpft. Japan empfiehlt sich aber auch deshalb als Ideenspender für die deutsche Diskussion, weil es im Aufbau seines Wirtschaftssystems und in der Organisation seiner Unternehmen das erfolgreichste, von der herkömmlichen westlichen Wirtschaftsweise abweichende Modell anbietet. Entscheidungsstrukturen innerhalb der Unternehmen funktionieren in Japan anders. Löhne und Gehälter werden nach anderen Kriterien verteilt. Das Bildungswesen unterliegt anderen Funktionen. Nichts davon ist für uns so fremd oder unverständlich, daß es sich nicht lohnen würde, die deutsche Entwicklung anhand der japanischen zu hinterfragen.

Tatsächlich sind Modell und Gegenmodell für die wirtschaftspolitische Dis-

Eine Regierung kommt ins Gerede

Was sagt das Volk? Wenn die Herrschenden darauf keine Antwort mehr finden, sind ihre Tage gezählt. Arlette Farges Buch ist ein glänzendes Lehrstück über die befreiende Macht des Wortes.



336 Seiten, Linson mit Schutzumschlag,
DM 48,- / öS 374,- / sFr 49,40

Eine anschwellende Redeflut ergießt sich seit den Anfängen des achtzehnten Jahrhunderts über Paris. Das Volk, nach seiner Meinung nicht gefragt, redet über alles, was es angeht: über die ungerechte Verfolgung der Jansenisten; über Naturgewalten, Geheimrezepte und Magie; über das allgemeine Elend und die Hungersnöte; und natürlich über seinen König Ludwig XV., der sein Volk bitter enttäuscht. Das Volk will sich informieren, die Geheimnisse der Monarchie erkunden, denn die Staatsgeschäfte werden unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt.

Offiziell wird erklärt, das Volk sei stumm, doch gleichzeitig wird die Stimme des Volkes ernstgenommen und eben dadurch politisch wirksam. Ein ganzer Polizeiapparat dient der Überwachung und Kontrolle dessen, was die Leute sagen. Lauschende Spitzel sind in Paris allgegenwärtig. Der Generalleutnant der Polizei erstattet dem König wöchentlich Bericht und organisiert die Repression: das Wort wird verdreht und verfolgt, gezielte Falschmeldungen werden ausgestreut, Gerüchte von offizieller Seite in die Welt gesetzt. Arlette Farge zeigt, daß es vor der großen Wende keine oppositionelle Meinung im Volk gegeben hat, die logisch zur Revolution hinführte. Eines aber hatte sich damals gefestigt: das Bewußtsein des Volkes vom Recht auf Information und Meinungsäußerung wie auch sein Wille, dieses Recht in Anspruch zu nehmen.

Klett-Cotta 



Generalsekretär Hiroataka Akamatsu (SDPJ) Foto: dpa

kussion in Deutschland sogar notwendig. Denn wenn es nicht nur um Zukunftstheorien und Forschermeinungen gehen soll und breite Schichten an der Auseinandersetzung teilnehmen sollen, wird der Vergleich mit der wichtigsten Konkurrenznation und ihrer Wirtschaftsform jetzt zwingender denn je. Ganz natürlich und für das politische Selbstverständnis in Deutschland prägend war es bislang, den Erfolg unserer Wirtschaft am Mißerfolg der Planwirtschaft in Osteuropa zu messen. Das galt übrigens auch für das Bewußtsein von Japanern und Südkoreanern, die sich das Beispiel Rotchinas oder Nordkoreas vor Augen führten. Inzwischen hat unter Deng Xiaoping die Volksrepublik China marktwirtschaftliche Wirtschaftsformen übernommen, und im Westen werden Stimmen laut, die im chinesischen Drachen den wirtschaftlichen Angstgegner von übermorgen erkennen. Die japanische Konkurrenz ist heute jedem Deutschen ein Begriff. Jeder deutsche Stahl-, Auto- oder Elektronikarbeiter ahnt, wie untrennbar sein Schicksal mit der Wirtschaftsentwicklung im pazifischen Raum, mit Japan und im weiteren Sinne Südkorea, Taiwan und Singapur verknüpft ist. Mehr gefühlsmäßig als bewußt wird in der deut-

schen Wirtschaft heute erkannt, daß die alte Konkurrenz zwischen Kapitalismus und Kommunismus einer neuen Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen, privatwirtschaftlichen Systemen im Westen und in Asien gewichen ist. In der öffentlichen Debatte aber wird dieser Konflikt bisher nicht gründlich genug aufgearbeitet. Nach der demokratischen Öffnung Japans im Jahre 1993 kann der Westen die fernöstliche Vision fürs 21. Jahrhundert nicht mehr ignorieren.

Den japanischen Weg ins 21. Jahrhundert vor auszudenken und dabei nach den für die Deutschen relevanten Orientierungsmustern Ausschau zu halten, bedeutet jedoch zunächst, alle kulturellen Vorbehalte abzulegen. Die internationale Verflechtung unserer Volkswirtschaften ist nicht mehr aufzuhalten. Deutsche und Japaner leben längst in einem »globalen Dorf«. Es hat wenig Zweck, darüber zu streiten, ob der Nachbar in diesem Dorf aufgrund der konfuzionistischen Erziehung seiner Großväter über eine andere Arbeitseinteilung als man selbst verfügt, wenn es darum geht, wer heute und morgen das bessere Auto effizienter produziert. Immer wieder haben sich in den letzten Jahren deutsche Spitzenmanager aus der Verantwortung geredet, indem sie behaupteten: »Das ist in Japan alles anders. Wir Deutschen können nicht wie die Japaner sein.« Doch Manager sind keine Museumsdirektoren, die Kulturgut bewahren.

Lean Production

Hätten sich japanische Manager und Firmenangestellte in den letzten hundert Jahren so gegenüber dem westlichen Vorbild verhalten, gliche ihr Land heute noch einer unterentwickelten Reisfarm. Tatsächlich aber hat sich ein Strukturkonservatismus breit gemacht, der vielleicht auf die bisherigen Erfolge zurückzuführen ist, der aber auf jeden Fall eine entscheidende Ursache für die stationäre wirtschaftliche Entwicklung darstellt.

Das Stichwort *lean production*, mit dem die Japan-Diskussion in Deutsch-

land heute verkürzt geführt wird, liefert den falschen Zugang zum Erfolgs-Modell Japan. In Deutschland wird unter *lean production* die weitere Rationalisierung, Kosteneinsparung und die einfache Verschlankeung der Produktion verstanden. Daß *lean production* im eigentlichen Sinne aber eine Kulturrevolution in der Produktion ist, das wird zu wenig beachtet: Mit der *lean production*-Philosophie werden mindestens vier Dogmen gebrochen: Das Dogma der formalen Hierarchien, das Dogma der *top-down*-Entscheidungen, das Dogma der horizontalen Zersplitterung und das Dogma des Taylorismus. Wie erfolgreich heute Unternehmen in Deutschland Anleihen an das japanische Produktions-Modell machen, zeigen einige Beispiele: Hierarchien werden abgeflacht, auf ganze Leitungsebenen wird verzichtet, Entscheidungen werden nicht mehr nur einfach von oben nach unten durchgesetzt, sondern vorher auf allen Ebenen beraten, es wird die teilweise hermetische Trennung von Fachabteilungen gegeneinander oder z. B. von Fertigung und Forschung und Entwicklung aufgelöst.

Die Zusammenarbeit in Arbeitsgruppen, statt die Zerstückelung der Arbeitsprozesse in einzelne Handgriffe und Fließbandarbeit versprechen Erfolg. Das Erfolgsgeheimnis der japanischen Unternehmen liegt nicht an irgendwelchen raffinierten robotisierten Produktionsmethoden, sondern in der Einbindung des Menschen im Betrieb. Nichts kann im Unternehmen wie in der ganzen Gesellschaft den partizipativen Entscheidungsmechanismus ersetzen. Die wichtigste Erkenntnis über japanische Unternehmen lautet deshalb für die Deutschen:

Bei *Toyota* und *Sony* gab es bisher mehr Beteiligung der Mitarbeiter, bei für das Unternehmen relevanten Entscheidungen, als bei Daimler-Benz oder Siemens. Ähnliches gilt für die Beschäftigungspolitik der japanischen Unternehmen. Vielleicht war es kein Zufall, daß der Vorstandsvorsitzende des VW-Konzerns, Ferdinand Piech, die Diskussion um die Vier-Tage-Woche von Tokio aus begann, wo sich der VW-Chef auf einer

Informationsreise durch das Land der »schärfsten Konkurrenz« aufhielt. Ebenso wie in Deutschland, gewinnt in Japan das Problem der Arbeitslosigkeit immer mehr an Bedeutung. Jedoch sind japanische Unternehmen grundsätzlich vorsichtiger, wenn es um die Entlassung von Beschäftigten geht. Vielmehr wird dort versucht, mittels interner Umsetzungen und Sonderregelungen, die Beschäftigung an die mittelfristige Auslastung der Kapazitäten anzupassen.

Die Einführung der Vier-Tage-Woche in der Bundesrepublik läßt sich deshalb unter zwei Gesichtspunkten von neuer Seite betrachten. Zum einen als konjunkturelle Maßnahme, die es den Betrieben ermöglicht, weitere Entlassungen von Facharbeitern zu vermeiden und damit die Qualifikation der Belegschaften zu erhalten, zum anderen als Instrument, den Strukturwandel der deutschen Wirtschaft arbeitsmarktpolitisch abzufedern. Die Unternehmen wären damit in der Lage, flexibler auf die Anforderungen einer zukünftigen Globalisierung der Wirtschaft und den damit verbundenen Schwankungen des Bedarfs an Beschäftigten zu reagieren, ohne daß die Arbeitnehmer im Regen stehen gelassen würden.

Wahrscheinlich ist bei uns wenig bekannt, daß die heutige Form des japanischen Unternehmens erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist, nachdem alle Produktionsanlagen zerstört waren und erst langsam wieder Wertschöpfung organisiert werden konnte. Vor dem Krieg waren die japanischen Unternehmen nach dem gleichen preußischen Befehlsmodell wie in Deutschland organisiert. Alle wichtigen Unternehmensentscheidungen werden heute in Japan von unten nach oben diskutiert. Der Chef entscheidet aufgrund der Vorlagen seiner Mitarbeiter, nicht ohne sich vorher deren Einverständnis sicher zu sein. In den meisten japanischen Betrieben fehlen klare Befehlsstrukturen, selbst wenn die Funktionen-Verteilung eine solche Hierarchie vorsieht. Westliche Kritiker haben diesem Betriebs-Modell entgegengehalten, daß die für Japan angeblich ty-

pische Gruppendisziplin und der Anpassungszwang im Unternehmen eine effektive Mitbestimmung im Sinne der unteren Arbeiterschichten verhindern. Das Argument beruht einmal mehr auf kulturellen Vergleichsmustern, die eine Objektivierung des japanischen Systems ausschließen. Die Kritik will im Grund von vornherein ausschließen, daß die Deutschen von den Japanern etwas zu lernen haben. Tatsächlich aber wäre die Kreativität für viele neue Produktschöpfungen innerhalb von Japans riesigen Konzernstrukturen ohne die Verwirklichung des *Bottom-up* Prinzips unvorstellbar.

Leistung und Gerechtigkeit

Auch auf die Balance von Leistungen und Gerechtigkeit wird in Japan mehr geachtet. Zum ersten Mal hat im Frühjahr 1993 die amerikanische Beratungsfirma *Towers Perrin* in Tokio die Gehälter japanischer Spitzenmanager berechnet. Das Ergebnis zeigte, daß die Chefmanager der 50 größten japanischen Unternehmen 1991 im Durchschnitt 32mal so viel wie ein Arbeiter und 26mal so viel wie ein japanischer Lehrer verdienen – nicht eingeschlossen die Bonus-Systeme für Arbeiter und Lehrer, die in Japan ein Drittel der Jahresgehälter ausmachen. In den USA, so ergänzt die Studie, verdienen die Manager im Durchschnitt 157mal so viel wie der Arbeiter und 113mal so viel wie der Lehrer.

Noch bezeichnender für eine andere Lohn- und Gehaltspolitik ist die Reaktion des japanischen Firmenmanagements im Krisenjahr 1993. Nach Berechnungen des britischen Wertpapierhauses *Warburg Securities* in Tokio kürzten japanische Manager ihre Gehälter 1993 durchschnittlich um 20 %. Da der Anteil der Manager-Gehälter an der jährlichen Lohnsumme in Japan bei ca. 10 % liegt, konnten durch das Kürzertreten der Chefs 2 % am gesamten Einkommensvolumen eingespart werden. In Deutschland gibt es mitten in der Krise bis jetzt noch kein Solidaritäts-Signal von oben. Deshalb wird die Notwendigkeit des »Gürtel enger schnallen« bisher nicht

glaubwürdig vertreten. Die Unternehmensberatung *Kienbaum* wirft deshalb auch in Deutschland die Frage auf, »ob für Top-Gehälter auch Top-Leistungen gebracht werden«. Wenn bei Henkel der Gewinn 1992 um 16,2 % sinkt, aber die Vorstandsbezüge im selben Jahr um 16,2 % steigen, dann mutet das wie »verkehrte Welt« an, man stößt auf Unverständnis und zerstört Leistungsmotivation. Das gilt auch z. B. für die *VEBA*, wo der Gewinn 1992 um 28,2 % fiel, aber die Vorstandsbezüge um 13,5 % stiegen, oder für *Thyssen* mit einem Minus von 32,6 % beim Gewinn und einem Plus von 9,8 % bei den Vorstandsvorzügen. Ein Chefmanager von *Hitachi* sagt dazu: »Wenn die Ergebnisse der Firma schlecht sind, müssen die Manager die Verantwortung tragen und entsprechende Kürzungen ihrer Bezüge akzeptieren.«

Mehr Partizipation und eine bessere Balance zwischen Leistung und Gerechtigkeit im Betrieb und nicht etwa preußische Disziplin und Ameisenmentalität sind verantwortlich für die hohe Motivation und Identifikation der Japaner im Unternehmen. Grundlage dafür aber bildet auch ein anderes als im Westen ausgerichtetes Bildungssystem. Zum ersten Mal zeigen zwei über 10 Jahre geführte amerikanische Vergleichsstudien, daß japanische Schüler nicht nur in ihrer Konzentration, Leistungsbereitschaft und Kooperationsfähigkeit den amerikanischen und vermutlich den deutschen Schülern überlegen sind, sondern ebenso in ihrem Problemlösungsverhalten und im Lerninteresse. Anders als im Westen vermutet, wird an japanischen Schulen bis zum 6. Schuljahr nicht gepaukt. Noten und Sitzenbleiben gibt es nicht. Dafür werden von klein auf soziale Verhaltensweisen geübt. Statt auf den Inhalt legt der Unterricht Wert auf Methodik. »Lernen, um zu lernen«, lautet die kurze Erfolgsformel des japanischen Bildungswesens. Die Studien aus Amerika empfehlen denn auch, im Westen mehr für die frühen Stufen des Schulsystems zu tun. Geld, an japanischen Schulen durchweg knapp, könne allein keines der westlichen Schulprobleme lösen.

Wer also nach einem japanischen Beitrag für eine Vision für das 21. Jahrhundert sucht, muß nicht bei Chips, Computern und Robotern beginnen. Die Deutschen können von Japan lernen: Mehr Entscheidungsverantwortung für Arbeiter und Angestellte, mehr Verantwortungsethik im Management, ein besseres Verhältnis von Leistung und Gerechtigkeit und mehr Methodik an den Schulen und Hochschulen gilt es einzufordern. Der Kampf gegen die fortschreitende Entfremdung in der modernen Industrie- und Informationsgesellschaft ist längst das Kernanliegen zukunftsorientierter Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die schnelle Umsetzung der Ziele dieses »Magischen Vierecks der Unternehmenskultur« des 21. Jahrhunderts wird über den Erfolg von morgen entscheiden. Hierbei das japanische Modell zu beachten lohnt sich. Das demokratischere Japan von 1993 macht diese Einsicht leichter denn je.

HANS JOACHIM QUEISSER

Reiskörner der Industrie

Die Herausforderung der japanischen Mikroelektronik

Die Japaner wohnen in Kaninchenställen, dann will ich auch keine Mikroelektronik!« Diese bündige Feststellung von Friedhelm Farthmann beendete 1986 die Podiumsdiskussion einer sozialdemokratischen Technikveranstaltung¹ in Düsseldorf. Natürlich wußte er um die mangelnde logische Verknüpfung dieses Spruchs, um so genauer aber schätzte er die trotzige Sorge seiner Wähler im Kohleland ein. Auf dieser Podiumsdiskussion nannte Etienne Davignon, Brüsseler Kommissar, aufrüttelnde Zahlen: Mehrere Millionen Arbeitsplätze gäbe es in der westeuropäischen Gemeinschaft zusätzlich, könnte man nur die gleiche

Elektronikfertigung pro Kopf der Bevölkerung erreichen wie die USA und Japan!²

Solche Warnungen verhallten wirkungslos. Im Gegenteil, die Front der Elektronik-Ablehner festigte sich. Ordoliberaler fürchteten – vielleicht zu Recht – neue Subventionen in lebensuntüchtige Industrien; Nutznießer der gut eingespielten Zuschußsymbiosen witterten Konkurrenz. Der Wirtschaftsminister argwöhnte, daß mit Förderung dieser wissenschaftsbasierten Industrie gar der Forschungsminister weitere Pfade zum gefürchteten Industrieministerium, zur Industriepolitik hin beschreiten könnte. Intellektuelle sahen skeptisch in dieser Technik der Unterstützung geistiger menschlicher Tätigkeit eine dräuende Versklavung; ZEIT-Herausgeber Helmut Schmidt definierte die Mikroelektronik als »Bedrohung der Lesekultur«. Natürlich opponierten die Gewerkschaften, hatten sie doch – in Deutschland auf englisch – das Wort vom »jobkiller« des Mikroprozessors geprägt. Das Odium der Geburt der Mikroelektronik aus dem Schoß der USA-Rüstungsindustrie, nur teilweise richtig, belastete. Wichtigste Reaktion aber kam aus dem Unternehmerlager, das die sehr hohen Investitionen und harte Wettrennen scheute, statt dessen Chips für die eigenen Systeme billig importieren konnte.²

Ein halbes Dutzend Jahre nach dieser Podiumsdiskussion verschlechtert sich Europas Lage weiter. Trotz großer Anstrengungen, vor allem in Frankreich, aber auch in der Bundesrepublik, ist Japan weiter davongezogen. Die USA haben eine geballte, national getragene Aufholjagd gestartet und bieten nun Paroli bei den integrierten Schaltkreisen; sie führen sogar mit ihren Spezialitäten schneller Prozessoren. Korea ist längst dabei, Europa zu überholen, denn der alte Kontinent deckt nur mühsam knappe 30 % seines ohnehin gefährlich geringen Chipbedarfs. Von Exporten in die beiden anderen Regionen der Triade ist bei Europas Mikroelektronik überhaupt keine Rede, während die USA den Chipkrieg zur Präsidentensache steigerten und mit allerhöchstem Druck einen Lieferanteil von



Professor Queisser während einer Podiumsdiskussion 1986 in Düsseldorf Foto: W. Weitzel

20 % des Schaltkreismarktes in Nippon erzwingen konnten. Europas Industrien der Informationstechnik schließen ihre Pforten oder müssen, oft verzweifelt, sogenannte strategische Allianzen eingehen.

Bestürzt befragten mich meine japanischen Partner des vom japanischen Premier und deutschen Kanzler einberufenen »Japan-Deutschland-Dialogs«, wie denn solcher Niedergang gerade in Deutschland geschehen konnte, man habe doch so viel parallele Nachkriegsgeschichte miteinander durchlebt. Aber Japan hatte kein vergleichbares Wirtschaftswunder mit riesigen Exporten modernisierter konventioneller Produkte, hatte eine ungleich schwierigere Aufgabe, kam ein wenig zu spät auf die Weltmärkte, mußte neu aufbauen, ein Wiederaufbau reichte nicht.

Douglas MacArthur, strenger Präzeptor, erzwang viel mehr Neues, als es seine Generalkollegen im Nachkriegsdeutschland konnten und wollten. Die Japaner aber wünschten diese notwendigen harten, vor allem auf dem Gebiet der Organisation neuer, aus Wissenschaft entstandener Industrien. Lehren wurden gezogen aus dem Chaos der letzten

Kriegsjahre, als die Logistik versagte und die Eifersüchte zwischen Heer und Marine die Aktionen lähmte. Diese Lehren beeinflussten die heutige Struktur des Industrieministeriums MITI. Japans Niederlage 1945 entstammte einer völlig überraschenden Wirkung allerneuester wissenschaftlicher Erkenntnis um Bau und Spaltung des Atomkerns, also mußte in Zukunft unter allen Umständen gesorgt werden, daß selbst die rein akademisch erscheinenden Grundlagen viel frühzeitiger zu beobachten waren. Atombomben, Raketen und Flugzeuge waren Japan natürlich untersagt, nicht aber die in den 60er Jahren allmählich aufdämmernde ganz neue Technik der Silizium-Mikroelektronik.

Deutschlands Verhältnisse sind unterschiedlich; Reue über Otto Hahns Entdeckung überwog gegen den Drang zur Mitwirkung an neuer Forschung. Deutschlands doch damals viel modernere Industrie konnte – besonders während Amerikas Markt-Rückzügen in der Koreakrise – viel effektvoller mit modernisierten alten Produkten aus Wolfsburg, Wetzlar und Solingen Exportoffensiven starten. Für Japan war die Niederlage darum eher mit der deutschen von 1918 vergleichbar, als Reich, Aristokratie, Kolonien und Selbstwert zerbrachen und nur noch Wissenschaft und Technik nationale Armut und Schmach überwinden konnten. Die enormen Anstrengungen der deutschen zwanziger Jahre führten zu Nobelpreisen in Chemie und Physik als Hintergrund zum Aufbau der IG FARBEN, zu einer führenden Elektro- und Elektronikindustrie und zu großen Erfolgen in Medizin, Pharmazie und Mathematik – gemeinsam mit Theater, blühendem Leben in Literatur und Musik. Die deutsche Niederlage von 1945 aber leitete zu bewußter Abkehr von Forschung an der Spitze, hin zu handwerklichem Fleiß in föderativer politischer Aufteilung. Japan aber behielt eine zentrale Reichsregierung mit Planungskompetenz und der von Sieger und Besiegten gleichermaßen erwählten Priorität einer grundlegenden Erneuerung. Die Folgen erkennt man heute, trotz des verdrän-

genden Klischees der Kaninchenställe. Eine Phalanx moderner Weltfirmen der neuen Techniken steht in Japan. Die Demokratie der Bundesrepublik aber hat keinerlei neue Industrie mit Weltgeltung aufzubauen vermocht und gewollt; uns fehlen so wertschöpfende Arbeitsplätze wie bei Sony, Nintendo oder bei Microsoft, Intel, Xerox, Hewlett-Packard, Genentech. Die Firmen aus der Zeit Wilhelminischen Größenwahns oder Görings Vierjahresplandiktatur aber blieben am Leben, vielleicht auch ein Erfolg, doch melancholisch erinnert man sich der Namen von Borgward, Grundig, Telefunken, Nixdorf als einstige Hoffnungsträger des Neuen nach 1945.

Die frühen 60er Jahre erlebte ich unmittelbar als beginnende »Siliziumzeit« in Kalifornien, heute »silicon valley« genannt. Japanische Besucher, noch ärmlich, bescheiden, unsicher, kamen in immer größerer Zahl in unsere Laboratorien der alten Aprikosenscheune in Mountain View. Deutsche Industrielle blieben fern; ihre traditionellen Lizenzpartner waren im Osten der USA die alten Firmen, wie Westinghouse, General Electric, RCA – die dann allesamt den Sprung in die Siliziumzeit auch verpaßten. Deutschlands Industrie wurde damals so erfolgreich, daß kaum neue Produkte, wohl aber Gastarbeiter gebraucht wurden, um den Bedarf daheim und im Export zu decken. Die Prioritäten der Investitionen lagen in neuen Fertigungsstraßen konventioneller Produkte, nicht bei unsicherer Forschung an Halbleitern. Anders sah es in Japan aus, aus bitterer Armut und unter Verzicht und Opfern mußte Neues gesucht werden.

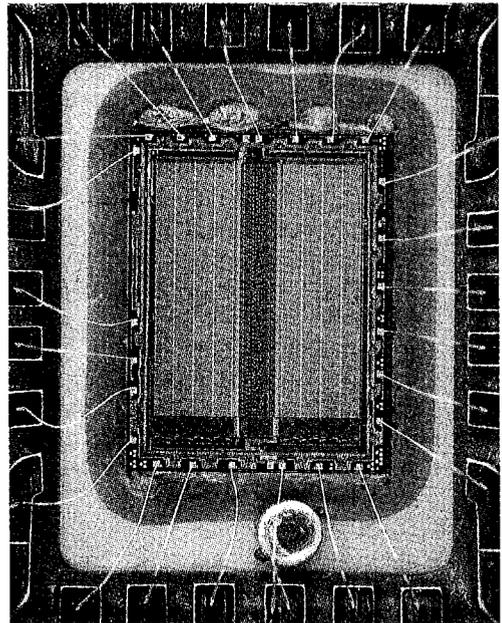
Die Regierung steuerte in Japan, nicht nur durch ihr MITI, den Aufbau des Neuen und den Abbau des Alten, der »Sonnenuntergangsindustrien«. Den Makel schäbiger Qualität mußte Japan in den 60er Jahren loswerden. Zu dieser Aufgabe eignete sich besonders die extreme Anforderung an Qualität, Sauberkeit, Wissenschaftlichkeit der Halbleitertechnik als Paradigma. Empirie und Schlampigkeit können keine Mikroelektronik aufbauen. Man brauchte Silizium,

das allenfalls ein fremdes Atom auf eine Milliarde Siliziumatome zuläßt, so sauber hat der Rohstoff zu sein! Ohne Fehler muß ein Kristall sein, mit strengster räumlicher Ordnung. Die Funktion der modernen Elektronik entsteht nicht wie bislang durch Zusammenfügen vorgefertigter Einzelteile – wie im Eisenzeitalter –, sondern durch gezielte, mikroskopische Veränderung einzelner Atome im regelmäßigen räumlichen Raster des idealen Kristalls, Symbol des neuen Siliziumzeitalters. Härte, Geduld, Hingabe, peinliche und körperlich belastende Präzision werden in den Labors und Fabriken gebraucht, Tugenden, die den Japanern noch mehr liegen als den Deutschen.

Unbeirrt und spartanisch-streng wurde überall dieser Aufbruch in die Mikroelektronik geplant. Man beobachtete etwa die Schulkinder, schaute sich ihre Zeichnungen in Klassenzimmern und Kindergärten an. Der heißgeliebte Roboter, Sieger und Helfer im Kampf der Menschen gegen das Böse und die Armut, ist überall zu erblicken; viele solcher kleiner Zeichnungen erhielten wir von den Kindern unserer Freunde als Gruß,

Mikrochip

Foto: Keystone



als wir 1993 einige Monate in Yokohama wohnten. Schulen gehen geschlossen in neue Museen der Technik, wo man mit den als Helfer dargestellten Robotern spielt und das Ziel der Erschaffung menschenfreundlicher Maschinen mit immer besseren Sinnesorganen, Gedächtnisspeichern, mechanischen Gliedern eingepflegt wird. Hier entstehen fundamentale Unterschiede zwischen Europa und Fernost. Die Spielzeuge der modernen Video-Games sind ernst zu nehmen. Sie belasten uns Westler durch brutale Primitivität und zeitverschwendende Sucht. Gleichzeitig aber sind sie enormer Wirtschaftsfaktor zugunsten Japans mit Milliardenumsätzen in den USA und nun auch in Europa – man prüfe dies nur in unseren Kaufhäusern! Einst lag hier technisch das eher Minderwertige, Billige. Heute sagen mir meine Kollegen von der Tokioter Universität, daß – eigentlich bedauerlicherweise – dieser große Markterfolg nun beste Technik fordert und damit ihre Entwicklung fördert: Nur die schärfsten Videoschirme, die schnellsten Chips, die raffiniertesten Mechaniksysteme, die ideenreichsten Software-Programme werden genutzt.

Aus den unglaublichen Konzerngewinnen bei Nintendo, Sega und Konkurrenten zieht Japans Industrie Deckungsbeiträge zur Informatik. Der spielende Teenager stützt Japans Modernisierung! Bevor man dieses Spiel verächtlich abtut, halte man inne: Immerhin liegt hier keine militärische, sondern marktwirtschaftliche Schubkraft im Wachstum der Mikroelektronik. Europas Erzieher wären zu mehr aufgerufen als zu Protesten gegen Kriegsforschung, zu eigener, intelligenter Nutzung der neuen Technik. Solches Anliegen wird schwieriger, wenn man die Grundlagen der Technik nicht beherrscht, sondern importiert. Verlust technischer Normen gefährdet soziale Normen. Und einen Blick zurück in die vielleicht ebenso schwierige Umbruchzeit des Eisenbahnbaus: Das Spielzeug der Märklin'schen Modelle war wichtiger Teil einer akzeptierten Industriekultur! Japan hat systematisch und auch mit Opfern breiter Gesellschaftskreise zwei

große Anstrengungen definiert und erfüllt. Erstens den Verzicht auf Gastarbeiter, was in den USA und Nachbarländern Vorwürfe des Rassismus erzeugte. Nippons Antwort auf den früh erkennbaren Arbeitskräftemangel lag in forcierter Automatisierung, mit riesigen Investitionen und billigen Zinsen erkaufte. Darum gab es den Konsumverzicht, hinab zu den »Kaninchenställen« und hinauf zu den FANUC-Maschinen, die heute dem deutschen Maschinenbau so große Mühe machen. Die harten Arbeitsbedingungen mit Maske und steriler Kleidung in den Chipfabriken werden mit Robotern erleichtert, die zudem die sture Arbeit sorgfältiger leisten. Hohe Ausbeuten, schlanke Produktion und Produktivität wurden mit diesen Opfern ertrózt.

Die zweite erfolgreiche Anstrengung können wir Deutsche noch besser ermesen, wo beispielsweise allein die Steinkohlensubvention das Doppelte des Bundesforschungssetats übersteigt: allmählicher, stetiger Abbau der Sonnenuntergangsindustrien.

Die Personalpolitik der Unternehmen in der Forschung unterscheidet sich deshalb auch so wesentlich von den USA und von Europa. Hier sind es Spezialisten, nach langem Studium, dort junge Absolventen, meist nur mit vier Jahren Grundstudium. Spezialisierung erhält japanischer Nachwuchs in den Firmen nach strammer Einführung in die Unternehmenskultur, Praktika im Vertrieb und in den Fabriken. Dieser ganz erhebliche Unterschied weckt aber unter anderem das Interesse an deutschen Spezialisten.

Japan forciert nun auch die Grundlagenforschung, um Vorsprünge zu halten, aber auch amerikanische Vorwürfe des Trittbrettfahrens zu widerlegen. Wichtiger noch muß die Hochtechnik gegen die billigen Nachrücker Koreas und Taiwans verteidigt werden, der teure Yen, die hohen Löhne mit exklusivem Wissen abgesichert werden, ohne den Schlüssel Mikrochip unmöglich. Der Chip ist »das Reiskorn der Industrie«, eine tief verwurzelte These. Ohne diese Reiskörner würde man hungern oder in den Umweltlasten der Altindustrien ersticken.

Und Europa? Großbritannien siedelt gezielt japanische Labors und Fabriken an, die Queen eröffnet sie selbst. Frankreich sucht Autarkie und Weltrang zu wahren, notfalls mit Subvention und Zollmauer. Deutsche sind unschlüssig: Der Bund ist europatreu, die Länder nutzen ihre reichlichen Regionalsubventionen, um Koreaner, Japaner, Inder anzulocken. Unsere Gesellschaft hat aber unwiderruflich diese Schlüsselindustrie schon in den Zeiten des Wohlstands abgewählt. Heute lodern Zorn und Unmut in Bischofferode, Bergkamen, Saarlouis so massenhaft, daß politische Zuwendung dorthin unaufschiebbar wird – selbst auf Kosten neuer Technik, die ja prinzipiell keine Befürworter und Protestmarschierer aufstellen kann.

Anmerkungen:

- 1 Technologiekongreß der SPD, Düsseldorf, 18./19. 2. 1986; Podiumsdiskussion mit F. Farthmann (Moderator), H. Rappe, H. Wiczorek-Zeul, E. Davignon (EG), H. Weinerth (Philips/Valvo), H. J. Queisser
- 2 So Helmut Lohr, damals Vorstand der Fa. SEL bei der Nachrichtentechnischen Gesellschaft 1987, Baden-Baden: »Chips sind wie Granulat des Kunststoffs, nur zur Weiterverarbeitung«

HANS-JOACHIM SCHABEDOTH

»Japan AG« unter Anpassungsdruck

Das Japan Institute of Labour (JIL), eine regierungsunabhängige, staatlich finanzierte Stiftung zur Förderung und Erforschung industrieller Beziehungen, ermöglicht jährlich deutschen Gewerkschaftern, durch Firmenbesichtigungsprogramme und Fachgespräche mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, Regierungsstellen und Wissenschaftlern Grundlagen und Probleme des japanischen Systems industrieller Beziehungen kennenzulernen. Der Au-

tor, Mitarbeiter für Grundsatzfragen beim IG Metall-Vorstand, hatte vor kurzem die Gelegenheit, vor dem Hintergrund der neuen politischen Umbrüche und der Auswirkungen der wirtschaftlichen Rezession nach Kontinuitäten, aktuellen Problemwahrnehmungen und ihren Verarbeitungsmustern zu fragen.

Politische Umbrüche

Wenn die japanische Gesellschaft eine »Japan AG« mit dem Auftrag weltweiter Markterschließung ist, wie dies im Tagesjournalismus salopp formuliert wird, dann haben sich ihre Geschäftsbedingungen in diesem Jahr gründlich verändert. Der Vorstand, d. h. die Regierung, ist im Juli komplett ausgewechselt worden. Die seit 38 Jahren allein herrschende Liberal-Demokratische Partei (LDP) hat ihre absolute Mehrheit verloren. Die neue Regierung wird von einem labilen Zweckbündnis aus acht Parteien getragen. Kleinster gemeinsamer Nenner ist der Wille, die immer noch übermächtige einstige Staatspartei LDP möglichst lange von den Schaltstellen der »Japan AG« fernzuhalten. Bei der jahrzehntelangen Verflechtung zwischen konservativer Politik, Wirtschaft und Bürokratie und den nur sehr dünnen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen gleicht das den Versuchen des Zauberehrings, den Besen des Meisters in den Dienst zu zwingen. Doch gibt es nicht nur in der Literatur genügend Beispiele dafür, daß ein mutiger und listiger Außenseiter den vermeintlichen Profis die Show stehlen kann. Während die LDP sich wegen des vom Wähler überraschend gekündigten Regierungs-Abonnements allmählich die Sorge einer Spinne ohne Netz machen muß, hat es Morihiro Hosokawa, der neue Ministerpräsident und Vorsitzende der LDP-Abspaltung Nihonshintu (*Neue Partei Japans*), in nur wenigen Wochen geschafft, mehr als nur die eigenen Wähler an eine längere Amtsperiode der neuen »Geschäftsführung« zu gewöhnen. Freilich verspricht die Festlegung der Koalition auf die überfällige Wahlrechtsreformen eine Gratwanderung. Alle Be-

teiligten sind darauf bedacht, der LDP ihre strukturellen Vorteile bei nationalen Wahlen zu nehmen, ohne jedoch selbst die eigenen Wiederwahlaussichten zu schmälern. Das neue Regierungsbündnis steht auch ökonomisch vor großen Herausforderungen.

Die erhebliche Yen-Aufwertung hat den konjunkturstützenden Export gelähmt. Die Inlandsnachfrage stagniert und soll durch staatliche Konjunkturpolitik Wiederbelebungsimpulse erhalten. Zudem gilt es, den Ärger zu managen, der sich in Europa und vor allem in den USA über Japans chronisches Ungleichgewicht im Außenhandel aufgebaut hat. Der »Japan AG« wird der Vorwurf gemacht, den Welthandel zum Nachteil der USA und Westeuropas dominieren zu wollen. Zum anderen gibt es den Vorwurf, die eigene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht angemessen zum Ausgleich

der weltweiten sozialen Ungleichheiten und politischen Spannungen einzusetzen. So bleibt es eine Zukunftsherausforderung, die national bestimmte Politik der »Japan AG« in international verträgliche Bahnen zu lenken. Es hängt offenbar ganz wesentlich von der sozialdemokratischen Koalitionspartei ab, ob es gelingt, die Differenzen und Konflikte über Japans Rolle in der Weltpolitik im Interesse der Priorität für innenpolitische Kursänderungen zurückzustellen.

Unter dem Druck der Wirtschaftskrise

Zu den ungewohnten Rahmenbedingungen der »Japan AG« gehört die neue Erfahrung mit stark rückläufigen Wachstumsraten. Die Großunternehmen, auf die stets geschaut wird, wenn verallgemeinernd vom *Modell Japan* die Rede ist, sehen sich nach Zeiten stetigen

Tokio

Foto: Keystone



Wachstums mit der Notwendigkeit konfrontiert, sich auf eine Phase ökonomischer Rezession einzustellen. Auch dies verheißt eine Gratwanderung zwischen traditionellen Gepflogenheiten und aktuellen Anpassungszwängen. Noch gilt die in Großunternehmen (arbeits-)lebenslang garantierte Beschäftigung und das Entlohnungsprinzip nach Seniorität. Die enge Arbeitnehmerbindung an das Unternehmen und die damit verbundene soziale Platzanweisung sind die Traditionssäulen im japanischen Arbeitsleben. Doch zeigt sich jetzt deutlicher, wie sehr der innerbetriebliche Generationenvertrag auf die Rahmenbedingung stetigen Wachstums angewiesen ist. Gerade das Senioritätsprinzip entpuppt sich unter Krisenbedingungen als Hemmnis für eine an modernen Kriterien orientierte Personalentwicklung. Es gibt Tendenzen, die qualifikationsbezogene Bezahlung stärker zu betonen als die Bezahlung nach dem Prinzip der Firmenzugehörigkeitsdauer. Die lebenslange Beschäftigungszusage gilt ja ohnehin nur für die Stammebelegschaften der Großunternehmen. Hier ist es allerdings üblich, auch Arbeitskräfte im Unternehmen weiterzubeschäftigen, für die kein Arbeitsvolumen mehr vorhanden ist. Diese sogenannte *In-house-Arbeitslosigkeit* wird schon auf eine Größenordnung von 1,9 Millionen geschätzt. Sie liegt damit höher als die vergleichsweise noch als gering geltende offizielle Zahl von 1,7 Mio. Arbeitslosen. Das ist eine Arbeitslosenquote von 2,5 %. Derzeit ist die Beschäftigungsgarantie auf den Zeitraum bis zum 55. Lebensjahr beschränkt. Die gesetzliche Rente wird de facto ab dem 60. Lebensjahr ausgezahlt. Es bleibt somit noch eine Notwendigkeit, durch familiäre Unterstützung oder durch in der Regel erheblich schlechter bezahlte andere Arbeit die Zeit bis zur Rentenauszahlung zu überbrücken.

Die ungünstige demographische Entwicklung forciert Regierungspläne, den Renteneintritt tatsächlich erst ab dem 65. Lebensjahr zu ermöglichen. Es ist noch nicht zu sehen, wie die dann aktivierten Probleme der Beschäftigungs-

cherheit für ältere Arbeitnehmer und ihre spätere soziale Absicherung bewältigt werden können. Als ein weiteres Handicap für die Anpassung der Beschäftigungsstrukturen an die Bedürfnisse einer Wirtschaft im Wandel wird der Umstand empfunden, daß Karrierewege in der Regel nur im Unternehmen des Berufseintritts offenstehen und die Karrierechance durch Wechsel in Berufspositionen außerhalb des eigenen Unternehmens nicht entwickelt sind. Die verfügbaren Qualifikationen, erworben *on-the-job*, sind in der Regel nur unternehmensbezogen nutzbar. Basis des Bildungssystems ist der höhere Schulabschluß, der durch das universitäre Studium nicht wesentlich verbessert wird. Die Karrierechancen orientieren sich primär an der Reputation der Universität und richten sich weniger nach der im Studium erworbenen Fachqualifikation. Bei aller vereinzelt Kritik an diesem doch aus europäischer Sicht vormoderne Qualifikationssystem wird eine rasche Transformation für wenig wahrscheinlich gehalten.

Japan vom Feinsten: Arbeitgeber-Arbeitnehmer- Beziehungen

Was aus deutscher Sicht ins Auge sticht, ist das völlig andere Krisenverhalten japanischer Unternehmen. Es ist nicht üblich, ja es gilt sogar als kontraproduktiv, in der Krise die Geschäftsaussichten ausschließlich zu Lasten der eigenen Beschäftigten verbessern zu wollen. Es ist ein bislang weitgehend beachteter Konsens in der industriellen Beziehung, auf plötzliche Kündigungen oder gar Massenentlassungen zu verzichten. Dieser Konsens ist zwar wie die Beschäftigungsgarantie und das Senioritätsprinzip nicht einklagbar, doch gesellschaftlich so anerkannt, daß Verstöße gegen diese Tradition nur selten gewagt werden. Der Eintritt in ein Beschäftigungsverhältnis oder die Übernahme in ein Dauerarbeitsverhältnis war bislang nahezu gleichbedeutend mit dem Eintritt in eine arbeitslebenslängliche Verbindung.

Wer aus einer solchen Bindung austritt, trägt das Risiko, auf einem anderen Arbeitsplatz wieder auf der untersten Stufe der Senioritätspyramide anfangen zu müssen. Die für deutsche Verhältnisse relativ kurzen offiziellen Kündigungsfristen von einem Monat wurden unter dem bisherigen Rahmen der Vollbeschäftigungsgesellschaft nicht als Problem empfunden. Bezogen auf ihre Stammbesellschaft gilt für die japanischen Unternehmen, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten keine hinreichende Begründung liefern, um Arbeitnehmer zu entlassen. Dies schließt die vereinzelt Fälle des subtilen Drucks mit dem Abstellgleis nicht aus. Auch gehört es ja bekanntlich zu den Schattenseiten des japanischen Personalmanagements, Kapazitätsprobleme über die Strategie des »Atmens mit der Randbelegschaft« auszugleichen.

Doch wird Wert darauf gelegt, so weit wie möglich Personalanpassungspolitik durch Umbesetzung und über staatlich bezuschusste Weiterbildungsprogramme zu regeln. Es entspricht im übrigen den Gepflogenheiten, Einschnitte zu Lasten der Beschäftigten erst dann zu verantworten, wenn vorab Dividenden-Kürzungsprogramme und Gehaltskürzungen beim Management ausgeschöpft worden sind. Dabei geht es zum Teil um drastische Gehaltskürzungen von 20 % und nicht nur um die in Deutschland freilich sehr selten praktizierte symbolische Geste des Einfrierens von Managementgehältern auf einem für japanische Verhältnisse ohnehin exorbitanten Niveau. Für die aktuelle deutsche Diskussion um Personalabbaumaßnahmen dürfte es sich lohnen, in den Verbandszeitschriften der Arbeitgeberverbände auch einmal in diesem Zusammenhang Japan als Vorbild zu empfehlen. Überhaupt scheinen Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Konflikte schon dadurch entspannter, daß sich das Management nicht als Repräsentant der Kapitaleigner versteht, sondern als Vermittler bei der Realisierung der Unternehmenszwecke. Für deutsche Ohren etwas ungewöhnlich, wurde immer wieder auf das Gleichheitspostulat verwiesen, das in Japan

Vorrang vor der in Europa üblichen Orientierung an der individuellen Freiheit genieße. Gleichheit sei schon daran erkennbar, daß Direktoren und Arbeitnehmer nicht in unterschiedlichen Kantinen Mittagessen einnehmen. Nach ihrer Hochschulausbildung müßten die neuen Unternehmensmitarbeiter zudem erst auf den untersten Stufen der Hierarchie Erfahrungen sammeln.

Zwischen Managementaufgaben und der betriebsgewerkschaftlichen Interessenvertretung gibt es personelle Durchlässigkeit. Viele Unternehmensverantwortliche sind ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre. Wer den Produktionsprozeß selbst kennengelernt und Erfahrungen bei der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen gesammelt hat, gilt auch befähigt für unternehmerische Leitungsaufgaben.

Japans Gesellschaft wird im Vergleich mit Europa oder den USA als eher egalitär charakterisiert. Es fehlen die krassen Einkommensdifferenzen. Die Spitze verdient erheblich weniger und ist um Gemeinschaftsdienlichkeit bemüht. Der Genuß von Reichtum wird mehr auf Firmenkosten denn aus der eigenen Tasche finanziert, zumal die Unternehmen über die Möglichkeit verfügen, ein luxuriöses Spesenreitertum steuermindernd zu verrechnen. Wie die Skandale der letzten Zeit beweisen, ist der Trennstrich zwischen Privilegierung auf Unternehmenskosten und Korruption nicht immer sauber zu erkennen.

Die japanische Selbststilisierung als »Gesellschaft der Gleichheit« besitzt nicht zuletzt deshalb den Schein der Berechtigung, weil die wesentliche Voraussetzung, wirtschaftliches Wachstum, bisher die Verteilung von stetigen Zuwächsen erlaubt. Die Konsensorientierung hat eine gesellschaftsstabilisierende Funktion. Sie verträgt sich nicht mit den offiziell verpönten *Top-down*-Entscheidungen. Gesetzt wird auf das *Bottom-up*-Prinzip. Diese Orientierung, so wurde auf Nachfrage durch einen Arbeitgeberverbandssprecher erläutert, sei mehr philosophisch als ökonomisch begründet. Ein quasi absolutistisches oder ein *hire-*



Computerkurse für Kinder

Foto: dpa

and-fire-System nach dem us-Muster sei für Japan völlig ausgeschlossen, weil die Arbeitgeber selbst ein massives Interesse an Vollbeschäftigung hätten. Sie sehen darin eine »Garantie für die Sicherheit in der Gesellschaft«. Man will vermeiden, daß Menschen ohne Arbeitsperspektive sozial auffällig oder kriminell werden. Mit dieser prinzipiell gesellschaftlichen Übereinstimmung wird erklärt, warum sich Kapitaleigner und Aktionär in Krisenzeiten nicht über die Kürzung ihrer Renditen und Dividenden beklagen. Nicht zu verkennen ist der verschärfte Zwang zur ständigen Produktivitätssteigerung, der bei Begrenzung von Marktanteilen noch zunimmt. So ist es jetzt wahrscheinlich, daß sich auch bewährte Gewohnheiten neu legitimieren müssen. Alle Beteiligten sind auf Änderungen in den Arbeitnehmerbeziehungen eingestellt, können aber nicht auf konsistente Strategien verweisen.

Für den beruflichen Aufstieg gibt es weithin keine festgelegten und damit vergleichbaren Kriterien. Herkömmli-

cherweise wird er in Beratungen des Managements entschieden. Die individuelle Spitzenleistung zählt dabei nicht schon automatisch als Platzanweiser. Da es keine schriftlichen Kriterien für Aufstiegsbedingungen gibt, bemüht sich der japanische Arbeitnehmer, durch Arbeitsfleiß und bekundete Bereitschaft zur längeren betrieblichen Anwesenheit seine eigenen Aufstiegsbedingungen zu verbessern. Es ist eigentlich einsichtig, daß sich eine derart motivierte längere Anwesenheitszeit am Büroarbeitsplatz nicht automatisch als Produktivitätszuwinn messen läßt. Fraglich ist dagegen, ob deutsche Unternehmer ihre Angestellten wirklich mit den unter japanischen Arbeitsbedingungen sozialisierten tauschen wollen. Andererseits läßt sich nicht vorstellen, daß japanische Manager begeistert wären, den Formenwandel der industriellen Beziehungen mit einer mehr auf Recht denn auf Tradition pochenden deutschen Belegschaft verabreden zu müssen. Schlichtungsinstanz bei Konflikten am Arbeitsplatz sind so-

genannte Arbeitsausschüsse, die drittelparitätlich mit Staatsvertretern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besetzt sind. Sie vermitteln z. B. bei Arbeitskonflikten und sanktionieren unerlaubte Arbeitspraktiken sowie illegale Arbeit.

Die Übernahme deutscher Mitbestimmungsregeln wird von den Arbeitgeberverbänden abgelehnt. Sie berufen sich dabei auf die Beratung ihrer Standskollegen aus Deutschland. (Es stellt sich schon die Frage, welches Horrorbild von den industriellen Beziehungen die deutschen Arbeitgeberverbände ihren japanischen Gesprächspartnern vermitteln.) Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beratungsausschüsse wirken auch bei der staatlichen Gesetzgebung mit. In deutscher Terminologie würde man wohl von einer Art konzertierten Aktion sprechen. Die Gewerkschaften bringen dabei ihre Bereitschaft zu geringeren Tarifabschlüssen in einen Austausch gegen staatliche Antiinflationpolitik. Die Regierung verlangt dafür von den Unternehmen Entlassungsverzicht und bietet staatliche Mittel für Umqualifizierung. Dieser industriepolitische Dialog entspannt die kontroverse Diskussion im Parlament. Blockaden bei Interessengegensätzen werden im Vorfeld der eigentlichen Gesetzgebung ausgeräumt. Offenbar ist dies eine Praxis, die zur Zufriedenheit aller Beteiligten funktioniert. Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen, so bemerkte es ein Referent mit Erfahrung aus der politischen Administration, seien »wie ein Glas zerbrechlich«. In unserem Land, in dem Bundeskanzler und Wirtschaftsminister mitunter wie Elefanten durch den Porzellanladen der Tarifautonomie taumeln, wird man nach einer allseitigen Bereitschaft zum Ausloten von Konsenschancen wohl noch lange suchen müssen.

In Japan gibt es ca. 72 000 Gewerkschaften, die als Betriebsgewerkschaften organisiert sind. Sie stützen sich auf 12,5 Mio. Mitglieder. Der Organisationsgrad liegt bei 24,5 %. Im Trend sinkt dieser Grad, da jedes Jahr ca. 150 000 Menschen neu in den Arbeitsmarkt eintreten,

die nicht mehr durch die etablierten Strukturen der Betriebsgewerkschaften erreicht werden. Im verarbeitenden Sektor hat die Zahl der Mitglieder zugenommen, im Dienstleistungsbereich sinkt sie.

Einblick in die Gewerkschaftsszene

Der allgemein verbesserte Lebensstandard und eine damit einhergehende Abneigung, im Bereich der Arbeiterbewegung Mitgliedschaftsbindung einzugehen, werden dafür als Ursachen genannt. Tatsächlich erweist sich das starre Gerüst der Betriebsgewerkschaften, die nur lose über Branchengewerkschaften miteinander verbunden sind, als wenig flexibel, die Großzahl der Teilzeit- oder nur befristet Beschäftigten in das System einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung einzubinden. Selbst die starken Betriebsgewerkschaften im Automobilbau verzichten auf die Organisation der unter dem gleichen Firmendach befristet tätigen Randbelegschaften. Die Branchengewerkschaften selbst besitzen Zugang zu den Mitgliedern nur vermittelt über die Betriebsgewerkschaften. Insofern fallen sie als Ansprechpartner für unorganisierte Beschäftigte aus.

Größter Dachverband für die Metallgewerkschaften ist *Japan Council of Metalworkers Union* (IMF-JC). Er vertritt 2,6 Mio. Mitglieder und stützt sich auf acht Branchengewerkschaften, die jeweils Unternehmensgewerkschaften zusammenfassen. IMF-JC ist Beratungs- und Koordinierungsorgan für seine Mitgliedsgewerkschaften. RENGU (*Japanese Trade Union Confederation*) hat sich seit seiner Gründung 1989 als größter nationaler Gewerkschaftsdachverband etabliert. Er vertritt 7,8 Mio. Mitglieder, die in 78 Branchengewerkschaften organisiert sind. Vor der Einigung gab es vier zentrale Gewerkschaftsbünde. Grund für die Spaltung waren politische Unterschiede. Jedes nationale Zentrum unterstützte eine andere Oppositionspartei. Auch aktuell hat RENGU die Belastungen durch unterschiedliche parteipolitische Bindungen zu den diversen Oppositionsparteien, die inzwischen ja Regierungs-

parteien sind, noch nicht überwunden. Streit entzündet sich sogar an der für einen gewerkschaftlichen Dachverband nicht gerade sehr wichtigen Frage, ob es Flugzeugen der nationalen Streitkräfte ermöglicht werden dürfte, z. B. japanische Unfallopfer aus dem Ausland heimzuführen.

Die jährlichen Tarifrunden laufen von März bis Mai unter dem Namen »Frühlingsoffensive« in allen Gewerkschaften gleichzeitig. Man verspricht sich von dieser erst in den letzten Jahren gesicherten Koordinierung eine größere Durchsetzungskraft. Bis zum Beginn der 70er Jahre kam es noch vor, daß Tarifkonflikte durch Streik gelöst wurden. Bis heute hält die beidseitige Orientierung auf Konsenslösungen ohne Streikmaßnahmen an. Die jährliche Frühlingsoffensive regelt nur die Einkommenserhöhung. Darüber hinausgehende Fragen werden gebündelt in größeren Jahresgesprächen verhandelt. Betriebsbezogene Einkommensdifferenzen entstehen durch Gratifikationen. Diese Gratifikationen sind fester Einkommensbestandteil. Die Spannweite liegt je nach Branche zwischen 4 und 11 Monatslohn. Ausgezahlt werden diese Beträge einmal im Sommer und einmal im Winter. Die betriebliche Leistungsfähigkeit drückt sich in der unterschiedlichen Höhe der Sonderzahlungen aus. Konjunkturelle Einbrüche werden durch Abschläge ausgeglichen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erhalten eine Durchschnittsgratifikation, die in diesem Jahr 4,9 Monatsgehälter betrug.

Die Arbeitszeitverkürzung ist seit Jahren Standardthema der Tarifpolitik. RENGOS Zielsetzung ist es, die Jahresarbeitszeitmarke von 1900 Stunden zu untertreffen. Im März 1993 betrug die reale Arbeitszeit noch 1996 Stunden. In Großbetrieben des privaten Sektors ist das gewerkschaftliche Mittelfristziel allerdings schon jetzt realisiert. Da Tarifpolitik nur die Unternehmen mit Gewerkschaften erreicht, müßten Programme der Arbeitszeitverkürzung, die auch für die zahlreichen Mittel- und Kleinbetriebe Bedeutung haben, gesetz-

lich geregelt werden. Der Wille dazu ist vorhanden. Die Taten fehlen. Das Erreichen der proklamierten Arbeitszeitverkürzungsziele scheint inzwischen eher realistisch, weil der Konjunkturrückgang die Nachfrage nach Überstunden drastisch einschränkt. Die Regierung hat eine jährliche Arbeitszeithöchstgrenze von 1 800 Stunden im Visier. Sie soll auf drei Wegen erreicht werden: durch den Abbau von Überstunden, durch die 5-Tage-Arbeitswoche sowie durch die Ausweitung der Urlaubsinanspruchnahme. Die mangelnde Bereitschaft, den verfügbaren Urlaub voll auszuschöpfen, wird als Problem eingeräumt. Der oft zu hörende Verweis auf die Notwendigkeit, für den Krankheitsfall Urlaubstage ansparen zu wollen, kann das Desinteresse an längeren Urlaubszeiten wohl nicht allein erklären. In der Automobilbranche hat sich die Bereitschaft zur Urlaubsinanspruchnahme positiv verändert. Man sieht den Urlaub – wie ein Firmengewerkschafter erklärte – als Recht, will aber keine Pflicht daraus gemacht sehen. Der Verdacht liegt nahe, daß auch der Grad der Urlaubsinanspruchnahme ein konjunkturabhängiges Element ist.

Auf einheitliche Ablehnung bei Gesprächspartnern mit Verantwortung im Unternehmensmanagement und aus der betrieblichen Gewerkschaftsführung stieß der aktuelle Vorschlag des Arbeitgeberverbandes, in der nächsten Tarifrunde den Beschäftigten eine Nullrunde aufzuerlegen. Dies sei schlecht für die Konjunktur. In der Rezession seien Lohn- und Gehaltserhöhungen notwendig. Zudem verlören die Beschäftigten bei einer Nullrunde »den Willen zur Arbeit«, wie z. B. ein Vertreter des Unternehmensmanagements von *Mitsubishi* ausführte. Unter deutschen Bedingungen müßte es wohl erst zu Arbeitsniederlegungen kommen, bevor sich in der zwischenzeitlich angelaufenen Tarifausschließung eine ähnliche Einsicht durchsetzt. Es bleibt abzuwarten, wie lange den Arbeitnehmern der »Japan AG« die Erfahrungen erspart bleiben, daß Konsensbereitschaft auch Konfliktfähigkeit voraussetzt.

Kontrovers

ALAIN FINKIELKRAUT

Wer will denn schon Kroatie sein?

Auszüge aus einer Rede
vor dem PEN-Kongreß in Dubrovnik
im Mai 1993

Am 15. Juni 1992 appellierte das »Comité Vel-d'Hiv 42« mit den Unterschriften der hervorragendsten Vertreter der französischen Intelligenz an Staatspräsident François Mitterrand, er solle anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der Razzia im Vélodrome d'Hiver am 16. Juli desselben Jahres als Staatsoberhaupt von Amtswegen mit einer symbolischen Geste anerkennen, daß der französische Vichy-Staat für die Verfolgung der Juden in Frankreich und die an ihnen begangenen Verbrechen verantwortlich sei.

Auf die Frage im obligaten Fernsehinterview vom 14. Juli, wie er auf diesen Aufruf zu reagieren gedenke, erklärte der Präsident der Republik, der französische Staat brauche die Verbrechen Vichys nicht auf sich zu nehmen, denn »den französischen Staat, wenn ich so sagen darf, den gibt es nicht.« Es gebe die Republik, und die habe den Juden volle Freiheit eingeräumt; sodann habe Vichy die Republik abgeschafft und ein Ausschlußregime errichtet: »Verlangen Sie also von dieser Republik keine Rechenschaft; sie hat immer nur das ihr Gebotene getan.«

Gegen Ende desselben Interviews kamen die Journalisten auf die Jugoslawienfrage zu sprechen und fragten den Präsidenten, ob angesichts des offenkundigen Versagens der Völkergemeinschaft, Serbien mit wirtschaftlichen Maßnahmen zur Vernunft zu bringen, nicht militärische Mittel ins Auge zu fassen seien: »Muß man zum Krieg schreiten wie im Golf, Herr Staatsoberhaupt?« – »Das sind nichts als Worte«, antwortete der Staatsoberhaupt, zählte die seit Beginn der Feindseligkeiten unternommenen diplomatischen Initiativen Frankreichs auf und gab dann seine Analyse des Konflikts zum besten: »Die dort unten terrorisierten Minderheiten sind schutzlos, besitzen keinerlei Garantien, keinerlei internationalen Status.« Die Europäische Gemeinschaft habe fälschlicherweise die Prioritäten vertauscht und die Souveränität von Republiken anerkannt, die sich aus dem jugoslawischen Staatsverband lösen wollten, anstatt sich zuerst um den Schutz der Minderheiten zu kümmern und ihnen einen internationa-

len Status zu garantieren. »Sodann«, fügte der Staatsoberhaupt hinzu, »wollen die Serben serbisch bevölkerte Gebiete anneklieren«. Die Verwirklichung dieses Willens ist in seinen Augen jedoch weniger eine Aggression als vielmehr ein Problem, und zwar ein »beinahe unlösbares Problem«, denn zwischen den einen und den anderen gebe es keine klaren Grenzen und die schon bestehenden seien nicht von der Völkergemeinschaft anerkannt. »Der präzise Verlauf einer derartigen Binnengrenze – die im übrigen ohnehin dem Völkerrecht widerspricht – läßt sich äußerst schwer feststellen.« Drittes Argument des Staatsoberhaupten: »Die Kroaten machen es keinen Deut anders, auch sie in dem armen Bosnien-Herzegowina.« Kurzum: Krieg stehe nicht auf der Tagesordnung. Was man aufrechterhalten und notfalls verschärfen müsse, sei der Embargodruck auf *alle*, damit sie sich möglichst schnell zur friedlichen Diskussion an einen Tisch setzen, anstatt Kanonen und Maschinengewehre sprechen zu lassen: »Darum habe ich eine internationale Konferenz gefordert. Sie wird zwangsläufig zustandekommen. Eines Tages wird sich die Auffassung Frankreichs durchsetzen. Freilich sollte man sich lieber beeilen...«

Die Ablehnung einer Geste durch den Staatsoberhaupten anlässlich des Jahrestages der Razzia vom Vélodrome d'Hiver wurde in der Presse heiß debattiert.

Die Äußerungen François Mitterrands zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien hingegen blieben ohne Echo und Kommentar. Sieht man einmal von einem scharfen Leitartikel in LE MONDE ab, hat sich die gesamte, vom Sarajewo-Flug des Staatsoberhaupten und seines Staatsministers für humanitäre Maßnahmen völlig hingerissene französische Presse damit begnügt, die französische Haltung zur Kenntnis zu nehmen und wiederzugeben. Diese Haltung war indes, gelinde gesagt, alles andere als selbstverständlich. Zunächst einmal ging sie mit der faktischen Wahrheit erstaunlich ungewollt um. Es stimmt einfach nicht, daß die Anerkennung der Souveränität der Anerkennung der Minderheiten vorausging. Nach der



Sarajevo: Leben ohne Trinkwasser

Foto: dpa

Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens hat Europa sieben Monate lang gewartet, bis es ihnen die Eigenschaft als wirklich unabhängige Völker zuerkannte. So lange dauerte es, bis die Schiedskommission unter Vorsitz des französischen Juristen Robert Badinter herausfand, ob in den Verfassungs- und Gesetzestexten der nach Anerkennung durch die EG-Staaten strebenden Republiken von Minderheitenschutz die Rede war. Und Bosnien-Herzegowina erhielt seine Eintrittskarte in die Völkergemeinschaft erst, nachdem auf Verlangen der Schiedskommission die Mehrheit der Wähler in einem Referendum die Frage bejaht hatte: »Sind Sie für ein souveränes und unabhängiges Bosnien, in dem alle Bürger und Mitglieder der in diesem Staat lebenden Völker – Moslems, Serben, Kroaten und andere – gleichberechtigt sind?« Und wer behauptet, die Kroaten täten es den Serben gleich »in dem armen Bosnien-Herzegowina«, der vergift, daß sich das Großserbien-Projekt ursprünglich auf ganz Bosnien erstreckte. Hätten sich also die Kroaten nicht auf den Krieg vorbereitet, hätten sie den serbischen Streitkräften nicht Widerstand geleistet, hätten sie ihre Häuser und Dörfer nicht verteidigt, so wären auch sie in ebenso

großer Zahl verjagt worden wie die Moslems, die übrigens zum größten Teil in Kroatien Zuflucht fanden...

Vichy und seine Würdelosigkeit aufzugreifen, dazu wurde der Staatspräsident noch aufgefordert; über seine aktive und aktuelle Komplizenschaft mit der Verwirklichung des völkermordenden Großserbien-Projekts braucht er hingegen keinerlei Rechenschaft abzugeben. Nicht einmal zu äußern braucht er sich. Trotz der Ungeheuerlichkeiten, die er als Fakten ausgab, entging er der Pflicht, wenigstens seine Gründe zu nennen. Nur Vichy im Kopf, war die Scheußlichkeit einer Politik, die sich nicht damit begnügt, sich wie alle Welt der Gewalt zu beugen, sondern ihr auch noch alle Rechte zubilligt, keiner Erregung wert. Es focht niemanden an, wenn man bei jeder sich bietenden Gelegenheit Deutschland ein Bein stellt, nicht ohne im selben Atemzug die Vorzüge der europäischen Union zu preisen. Und niemand erregt die Angst vor dem Neuen, die automatische Treue zu alten Bündnissen und die himmelschreiende Unfähigkeit, die Wirklichkeit an ihren Taten zu messen. Über der vergangenen Schuld wird die heutige vergessen.

Weshalb sind die Hüter des Gedächtnisses

mit Blindheit geschlagen? Wie ist zu erklären, daß selbst jene, die immer und überall das Gras wachsen hören, die in jeder Asylrechtsänderung gleich die Vorboten der Apokalypse wittern, rein gar nichts bemerkten? Liegt es vielleicht am Gedächtnis und an der noch lebhaften Erinnerung an die Scheußlichkeiten der Schergen im »unabhängigen« [Vichy-]Staat von Mussolini und Hitlers Gnaden?

Vielleicht hilft uns ein am 21. Juli 1992 im Fernsehen gezeigtes Pressefoto bei der Lösung des Rätsels. Es zeigt den Dissidenten-Präsidenten Vaclav Havel am Tag nach seinem Rücktritt. Er streift durch die Straßen von Prag, hat den protokollarischen Anzug und die Krawatte gegen Nietenhose, T-Shirt und eine lässig über die Schulter geworfene Joppe eingetauscht. Der Mann, der wieder zum Durchschnittsbürger geworden ist, weil er die Teilung seines Landes nicht hatte besiegeln wollen, ist auf dem ersten Bild seines neuen Lebensabschnitts weder Tscheche noch Slowake, sondern ganz einfach »cool«, und für den Sprecher der Tagesschau, der die Aufnahme mit emotionsgeschwelter Stimme kommentiert, ist alles klar: Eben diesen Eigenschaften will das nachkommunistische Europa jetzt abschwören.

Mit dem Verschwinden der breschnewesken Mumien sollte sich der Vorhang für eine neue Ära heben – eine Ära der Entkrampfung und der wenn schon nicht welt-, so doch wenigstens europaweiten Abkehr von unwandelbaren Etikettierungen, bedingungslosen Hörigkeiten, hehren Formeln und verordneten Rollen. Doch die Hoffnung trog: Die Demokratie war nicht zum Stelldichein erschienen. Nicht die Nietenhosen obsiegt über die Mumien, sondern Hymnen und Fahnen. Nicht die Identitäten schmolzen mit dem Tauwetter dahin, sondern einzig die sie überdeckende ideologische und polizeistaatliche Eisschicht. Kurzum: Ohne Wissen und vermutlich zum Nachteil des Beteiligten erblickte man in diesem Foto von Vaclav Havel das Symbol eines Epochenwechsels oder eines nicht eingehaltenen Versprechens: Die Vorliebe für Krawatten und Gebietsansprüche gibt dem Geist der Freiheit den Laufpaß, die Zerstückelungskünstler und Grenzfanatiker verjagen den Weltbürger-Präsidenten, der Politiker in Tretlatschen, der sanftfüßige Held, tritt ab, und an seine Stelle treten Slowaken, Tschechen, Kroaten, Slowenen, Serben, Mazedonier, Moldawier, Osseten, Georgier, Aserbeidschaner und wie sie alle heißen mögen, alle vom selben partikularistischen Fieber geschüttelt, auf ihren Bauchnabel stierend, in ihr Anderssein vernagelt und pausenlos damit beschäftigt, ihren Claim einzuzäunen. Dereinst gab es *eine*

Mauer; jetzt gibt es deren tausend, und natürlich ist es der Balkan, wo diese generelle *Balkanisierung* blindwütigsten Niederschlag findet.

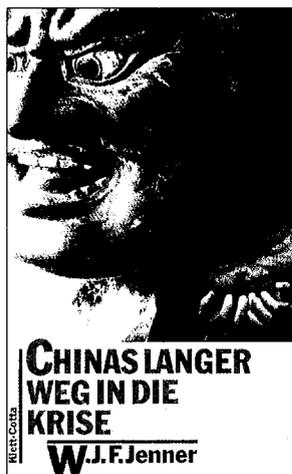
»Wer will denn schon Ausländer sein?« fragten sich unsere Altvorderen naiv. Unsere vermeintlich in der Erfahrung der Barbarei geläuterten Zeitgenossen fragen sich, »wer will denn schon Eingeborener sein?«, und so fanden sich unter den Unterzeichnern des Appells an den Staatspräsidenten, er möge die Verfolgungen und die von Vichy an den Juden verübten Untaten offiziell eingestehen, nicht wenige, die während der Belagerung von Vukovar allen Verantwortlichen für das, was sie »den Haßausbruch in Jugoslawien« nannten, nichts anderes entgegenzusetzen hatten als »die neue Idee vom Andern«¹.

Doch nur scheinbar liegt ein Fortschritt zwischen der ersten und der zweiten Fragestellung. Wer sich fragt, wie man Ausländer sein wollen könne, identifiziert sich so sehr mit sich selbst, ist derart auf seine Eigenart versessen, ist so hemmungslos Gefangener seiner Partikularität, daß für Menschheit oder Zivilisation kein Raum bleibt. In seinen Augen gibt es einzig eine Menschheit: die seinige. Die Menschen, die eine ihm unverständliche Sprache sprechen oder seine Sitten und Gewohnheiten nicht teilen, unterscheiden sich vom Menschen, weil sie anders sind als er. Gefangener seiner Zugehörigkeit, eingesperrt in seinem Daseinsort, erscheint ihm jeder Unterschied wesenhaft, sogar, ja vor allem, der (winzige), der ihn von seinem unmittelbaren Nachbarn trennt. Und wer nicht versteht, wie man Eingeborener sein wollen kann, klopft sich auf die Schulter, denn er haßt doch den Haß auf den Anderen und geißelt die Ablehnung des Fremden. Aber er bezeugt eine identische Xenophobie. Ob er sich nun Rimbaud – »Je est un Autre« [»Ich ist ein Anderer«] - oder Hölderlin – »Nur auf Schwingen magst den Nächsten du zu kennen« – vorsagt: Er verwechselt die Welt mit der seinigen und die Menschheit mit der ausschließlich seinen. Nur daß seine Welt nicht mehr sein Seinsort ist, sondern das Gadget, das ihn unmittelbar mit allen denkbaren Seinsorten verbindet. Noch ehe er den Seinigen präsent ist, gefällt er sich in seiner »Telepräsenz«² zur ganzen Welt: »Aus seiner Bruchbude oder seinem Herrschaftssitz kann ein jeder sofort mit jeglichem Punkt des Erdballs zu kommunizieren und seine Geisteswelt auf die ganze Welt auszudehnen vorgeben, während zugleich jede Information und die Verkündigung jedes Vorfalles in alle Winkel des Planeten zu dringen vermögen.«³

Der moderne Mensch ist also zwar ein Welt-Mensch – aber vorurteilslos ist er deswegen

Der Koloß China wankt

Jenners brillante historische Analyse zeigt, daß die Welt gut daran täte, sich allmählich Gedanken darüber zu machen, wie sie mit dem Ende einer weiteren scheinbar unumstößlichen Gewißheit umzugehen gedenkt.



380 Seiten,
Linson mit Schutzumschlag,
DM 48,- / öS 374,- / sFr 49,40
ISBN 3-608-93667-X

Mit dem zentralistisch regierten sowjetischen Imperium zerfiel die beschränkte Hoffnung des Westens, einer stabilen Friedensordnung einen Schritt näher gekommen zu sein. Die blutigen Nationalitätenkonflikte führen täglich eine Sicht der Welt ad absurdum, die von der Geschichte der Staaten nichts wissen will und sich allein am politischen Status quo orientiert. Ein gefährlicher Fehler dieses Ausmaßes droht dem Westen in Hinblick auf China zu unterlaufen.

China-Experte Jenner macht klar, daß dieses Land sich mit Mao nicht aus seiner Geschichte gelöst hat. Der rote Monolith ist in Wahrheit ein tausend Jahre alter Riese, der über die Gegenwart gleich einem unerbittlichen Tyrannen regiert.

Die zwölf Kapitel, die ein umfassendes Bild

von China vermitteln, widmen sich jeweils einem zentralen Problem (wie der Bedeutung der Mauern, der Familie, der Rechtsprechung, Kaiser und Beamten, Göttern und Kultur, Bevölkerung und Partei u. a.); sie gleichen Bohrungen, die durch alle geschichtlichen Ablagerungen vorstoßen.

Jenners Buch ist ein dringlicher Appell, das heutige China in historischer Perspektive zu sehen. Chinas Probleme sind größer als die offensichtlichen Schwierigkeiten einer kommunistischen Diktatur. Wenn die westliche Welt an dieser engen politischen Sicht weiter festhält, wird sie sich erneut in fataler Weise verkalkulieren.

Klett-Cotta



noch lange nicht. Das Weltdorf ist sein Dorf, die Videosphäre ist sein Vaterland. Von allem Anfang an seiner natürlichen Umwelt entzogen, tendiert er zur Naturalisierung der grenzenlosen Umwelt, die ihm der Fortschritt vermacht hat. Seine Schwingen öffnen seinen Geist nicht – sie benebeln ihn. Heute ist er *verkabelt* (wie man einst *verwurzelt* war) und unfähig sich vorzustellen, daß man außerhalb der Kommunikations- und Konsumnetze, in denen er sich bewegt, menschenwürdig leben könnte. Deswegen sieht er den Eingeborenen gewissermaßen als »paganus«, als den beunruhigenden und bizarren Vertreter einer vormenschlichen Spezies. Anders gesagt: Der Eingeborene ist sein Fremder. Da in seiner Optik alles hier und jetzt ist, alle Identitäten mit Namen »Unterschiede« austauschbar, verfügbar, zum Konsum bereitgestellt sind, gelten ihm jene als Leute von anderswo, als Fremdlinge, die im Bäumchenwechsel-dich nicht mitspielen, sondern sich einer Geschichte, einem Boden, einer Gemeinschaft verbunden fühlen. Da er der Entfernung Herr geworden ist und die Wirklichkeit fernlenkt, wähnt er sich vom Aberglauben des Orts erlöst, seiner Wiege und Traditionen entledigt. Da er auf der Erde wie im Weltraum lebt, wähnt er sich in sicherer Entfernung von den Zuckungen, die die Erde mit Blut tränken. Seine Jeans und seine Bastschuhe bezeugen, daß er sich für mobil, tolerant und offen hält. In Wahrheit aber ist er nur denen gegenüber tolerant, die dieselbe Einheitstracht tragen, absorbiert ihn seine planetare Telecity so sehr, daß ihm jede andere Form der Verwurzelung als Barbarentum erscheint. Das »Wer will denn schon Kroatie sein?« von heute ist mithin nichts anderes als das gestrige »Wer will denn schon Perser sein?«, in einer Welt, in der nicht mehr die Tradition, sondern die Technik ihre Offenkundigkeiten aufzwingt.

Daß zwischen diesen beiden Betätigungszuständen Kontinuität herrscht, beweist das Wort, mit dem seit jeher alle Eliten – in Politik, Medien oder Intellektuellenkreisen – die Akteure des jugoslawischen Konflikts bedenken. Diesem Wort sind wir schon begegnet; es heißt »Stamm«.

Dabei hatte uns seit Boas und Lévi-Strauss die Anthropologie abgewöhnt, den Stämmen verächtlich zu begegnen und ihnen den nationalen Gesellschaftstypus als das Zivilisiertere oder Entwickeltere vorzuhalten. Doch die Lektion ist in Vergessenheit geraten; die Dünkelhaftigkeit herrscht wieder. Im modernen Antifaschismus und Antirassismus hat sie paradoxerweise neuen Auftrieb erhalten, allerdings um den Preis einer kleinen Verschiebung. Einst

urteilte man über den Stamm aus der hehren Sicht der Nation; heutzutage sind Stamm und Nation ein und dasselbe, und die Einwohner der großen, der legitimen, der unangefochtenen Nationen, derer, die dieses Etiketts gar nicht mehr bedürfen, bewerten die Identitätsausbrüche der Nationen, die dieses Etiketts im nachkommunistischen Europa sehr wohl noch bedürfen, nach den Normen und Kriterien des Werbespruchs für Levis-Jeans: »One day Liberty will go everywhere«. Zivilisiert nennt sich neuerdings *postnational*. Und in solchem Rahmen bedeutet es herzlich wenig, daß sich die Mitglieder dieser Nationen selbst geäußert, in einer Abstimmung dafür ausgesprochen haben, aus dem jugoslawischen »Bund« auszutreten. Diese Wahl hat keinen Anspruch auf Respekt mehr. Es ist noch gar nicht so lange her, da wogte der Streit zwischen einer ethnischen Theorie, die »Nation« als eine Gesamtheit unfreiwilliger und unbewußter Merkmale definierte und also Völker wider deren Willen einzufordern erlaubte, und einer Wahlverwandtschaftstheorie, die Gegebenheiten wie Geschichte, Kultur und Sprache zwar einbezog, ihnen aber keine ausschlaggebende Bedeutung zumaß, vielmehr mit Mazzini behauptete: »Vaterland ist vor allem anderen Vaterlandsbewußtsein«, oder mit Fustel de Coulanges: »Vaterland ist, was man liebt«, und die mit Renan dem klar geäußerten Wunsch nach Zusammenleben absoluten Vorrang einräumte. Heute wird eben dieser Wunsch als »ethnisch« oder »stämmisch« qualifiziert, wenn er Menschen dazu veranlaßt, sich ihres Erhalts willen in eine singuläre Geschichte einzuschreiben. Im Lichte der neuen Evolutionstheorie gerinnt der Unterschied zwischen Wollen und Zwangszugehörigkeit aller Schattierungen zur Bedeutungslosigkeit. Die Demokratie als solche sitzt dabei natürlich nicht auf der Anklagebank oder wird gar bestritten. Nie seit Menschengedenken sind die demokratischen Werte einhelliger gepriesen und anerkannt worden als seitdem der totalitäre Wahrheitskern des Kommunismus zum Vorschein kam. Aber was man unter diesem Namen feiert, das ist nicht mehr die souveräne Nation, nicht mehr jene Nation, die einst die transzendenten Rechte des Beratens und Entscheidens besaß, ist nicht mehr das von jeglicher despotischer, dynastischer oder fremder Kuratel befreite Volk, sondern Demokratie, das sind für ihre heutigen Partiegänger die Individuen, die sich Schritt um Schritt der nationalen Kuratel entledigen.

So nützt es den Kroaten nichts, sich aufs Selbstbestimmungsrecht der Völker zu berufen. Indem sie den Weg der Selbstbestimmung beschritten, wählten sie nicht etwa die Freiheit.

sondern entschieden sich fürs Gefängnis des Volkes, zogen sich auf ihre Identität zurück, anstatt sich der Unterschiedsverzehrung zu öffnen.⁴

Einzig Bosnien-Herzegowina entrinnt diesem Nationsabscheu. Warum? Eben weil es keine Nation ist, sondern ein Nationen-Gewirr, weil es nicht Ort, sondern Kreuzweg ist, weil es nicht als Schicksalsgemeinschaft, sondern als Geschichten-Verschachtelung begriffen wird, weil man in ihm keine Welt sieht, sondern einen Mikrokosmos des Planetenumlaufs. Vermutlich gibt es tatsächlich so etwas wie eine bosnische Identität. Aber in eben dem Maße, als sie diese Identität für inexistent wähen, lieben die Neodemokraten des technischen Zeitalters Bosnien und unterstützen es zu Lasten seiner im eigenen Identitätsmagma oder -plasma verfangenen Mitbrüder. Mit dem Nationalitätenprinzip rechtfertigten die Demokraten einst das Recht der Nationen, sich als »polis« zu organisieren, und im Umkehrschluß das Recht der »polis« auf Infragestellung und Modifikation des Nationalerbes. In der heutigen Demokratie-Vorstellung ist Homogenität eine Todsünde, haben nur die kleinen oder großen Jugoslawiens Stadtrecht.

Man wird im Westen eines Tages die Geschichte des jugoslawischen Traums schreiben müssen – des Traums von Selbstverwaltung im Gegensatz zum zentralisierenden Plankommunismus, des Traums von der Ungebundenheit im Gegensatz zur Blockpolitik, des Traums schließlich von einer Art habsburgischen Kosmopolitismus im Gegensatz zur in Nationen gespaltenen Welt: »Ganz wie dem Wort ‚österreichisch‘ haftet auch dem Wort ‚jugoslawisch‘ etwas musilsches an«, schreibt beispielsweise Claudio Magris in *Danube*. »Es verweist viel stärker auf die abstrakte Macht einer Idee als auf deren konkrete Zufallsverwirklichung, ist das Ergebnis eines Substrats, ist das übrigbleibende Element nach Abzug der Nationalpartikularismen, ist das bei keinem einzelnen feststellbare und doch allen Gemeinsame.«⁵ Nach Marx also Musil: Von der Befreiung zum Heute, von der Revolutionsutopie zur Revolutionskritik – der jugoslawische Traum hat vielerlei Formen angenommen, doch ausgesetzt hat er nie.

Was die Wortführer der postnationalen Demokratie den Völkern des jugoslawischen »Mosaiks« vorwerfen, das ist, daß sie ihren Traum zerstörten und sich nicht ihrer neuesten Vorstellung von Jugoslawien beugen wollen. Worüber sie sich bei ihnen beschwerten, das ist, daß sie aufhörten, habsburgisch zu sein, wo sie doch meinen, alle Welt sei gerade dabei, es zu werden, daß sie Grenzen ziehen, wo sich doch deren

Abschaffung aufzwingt, daß sie Slowenen oder Kroaten oder Mazedonier sein wollen, wo wir doch allesamt »schwarz-weiß-gesprenkelt« sind, mit einem Wort: Daß sie (um Maurice Duvergers hübsches Wort aufzugreifen) dem »Fragmentierungsvirus« erliegen, wo es doch dank Technik und Wissenschaft und ihrer Verheißungen *wie ihrer Bedrohungen* nur noch eine einzige Schicksalsgemeinschaft auf Erden gibt, jene, die alle Glieder des Menschengeschlechtes vereint.

Insoweit widerlegt die Ökologie nicht, sondern bestätigt die Sicht, die die Technik uns von Orten und Dingen haben läßt. Sie stellt den Wert des Lebens dem Wert der Entwicklung entgegen, das gesundheitliche Wohlbefinden dem Konsumwohlbefinden, verweist freilich zugleich die überkommenen Teilungen und die Pluralität der Welt in die Vorgeschichte der Menschheit. Sie schickt sich an, uns von der Technik zu erlösen, aber gleich wie die Technik macht sie das »Ohnegrenzentum« zum einzigen Heilsweg. Ob es nun darum geht, in unserer Beherrschung fortzuschreiten oder sie selbst zu beherrschen, ob es darum geht, dem Planeten etwas mehr Ordnung beizubringen oder die planetenweit gewordenen Probleme zu lösen: Neuerdings obliegt es der Menschheit als solcher, sich wie ein Mann in die Hand zu nehmen: »Das Vaterland Erde ist in Gefahr. Wir sind in Gefahr, und der Feind – heute können wir's endlich erfahren – ist niemand anderer als wir selbst.«⁶

Anachronistische Kroaten! Sie sind nicht »politically correct«, weder für die Bürger der Biosphäre noch für die der Videosphäre. Sie wollen mit Grenzen leben, wo doch von den Ärzten bis zur Umwelt, über die Spiele und Apotheker und Reporter überhaupt die Demokratie, alles, was sich in unseren Tagen schickt, ohne Grenzen ist oder sein muß (»Präsident ohne Grenzen« hieß die Schlagzeile eines großen Morgenblatts für die gehörige Würdigung von Francois Mitterrands Sarajewo-Reise). Kurzum: Die Kroaten entjugoslawisieren sich ausgerechnet in dem Augenblick, da die Menschheit in Jugoslawien ihre reifste Form und ihr Zukunftsbild erblickt. Ihr unverzeihliches Verbrechen liegt mit anderen Worten darin, keine *guten Zeitgenossen* zu sein.

Mögen die »Sezessionisten« für ihr Dossier plädieren, unter Verweis auf das 1986 von sechzehn Mitgliedern der Belgrader Akademie der Wissenschaften und Künste verfaßte Memorandum daran erinnern, daß Serbien seit Titos Tod in einen Prozeß der Rückeroberung Jugoslawiens eingetreten ist, einseitig die Autonomie der Woiwodina und des Kosovo und jetzt

zu seinen Gunsten ihr Stimmrecht in den Bundesinstanzen beseitigt hat, daß bei den ersten freien Wahlen in Jugoslawien die Kommunisten die Macht in Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina verloren, ihnen hingegen ein bloßer Schaukastenwechsel genügte, um in Serbien zu siegen, daß die Kroaten und Slowenen vorschlugen, den alten Bund durch eine Föderation von sechs souveränen Republiken zu ersetzen, deren jede zwar ihre eigene Währung und Armee besitzen, die aber miteinander in einem gemeinsamen Markt nach europäischem Modell verbunden sein sollten, und daß sie sich angesichts der serbischen Ablehnung dieser Lösung blutenden Herzens⁷ zur »Desassoziierung« entschlossen, daß sie auch dann nicht Serbien den Krieg erklärt haben, sondern die Armee, deren hauptsächliche Geldgeber sie vordem waren, bei ihnen einfiel und die Mehrheit ihrer Waffen beschlagnahmte, und daß schließlich dieser Krieg keineswegs dazu diente, die Rechte der außerhalb Serbiens lebenden Serben zu schützen, sondern auf Landeinnahme und nach ausdrücklichem Bekenntnis seiner Urheber darauf abzielte, sämtliche in Jugoslawien lebenden Serben in einem von jeder physischen oder kulturellen Fremdpräsenz gesäuberten »Großserbien« zu vereinigen. Wie treffend dieses Plädoyer auch argumentiert – es fruchtet nicht. Das Urteil ist schon gesprochen. Mögen die Serben auch manches falsch machen: Die »Sezessionisten« haben sich von vornherein disqualifiziert, weil sie ablehnten oder verkannten, was Edgar Morin »die fortan lebenswichtige Rolle des im Maßstab unseres Kontinents und darüber hinaus für unseren ganzen Planeten Erde gültigen Assoziativprinzips«⁸ nennt. Sie sind schuldig, weil sie die Partei der Trennung und Zerstückelung mithin, wiederum nach Edgar Morins⁹ Worten, der Barbarei und des Todes ergriffen haben.

Und wenn sie den Dingen auf den Grund gehend erklären, sie verteidigten gegen Serbien sowohl ihre nationale Identität als auch ihre Zugehörigkeit zum Westen, dann stehen sie in den Augen der wohlbestallten Westkommentatoren noch schuldiger da. Wenn sie sagen, ihre Nation sei die in ihrer Landessprache vollzogene Deklination ihrer Abendländischkeit, die ihnen eigene Übersetzung einer viel weiter gespannten, von Katholizismus, Renaissance, Reformation, Gegenreformation und Aufklärung geprägten Geschichte, dann verstricken sie sich nur noch tiefer. Wenn sie darauf verweisen, was mit Jugoslawien sterbe, sei der Panslawismus, jene romantische Vorstellung, der zufolge jenseits des Schismas zwischen Rom und Byzanz, jenseits der alten Trennung zwischen

Osten und Westen Europas, alle slawischen Völker nichts anderes sein als die verstreuten Mitglieder einer einzigen Großnation, dann versetzen sie sich selbst den Gnadestoß.

Unsere besten Ökologen, Antirassisten und Antitotalitaristen schmeicheln sich, sich im jugoslawischen Konflikt jedem Manichäismus verweigert zu haben. In Wirklichkeit werfen sie – gestützt auf eine manichäische Geschichtsvision, die bewußt und radikal *vor der wirklich geschehenden Geschichte* die Augen verschließt, eine Vision, die jeder Empfindsamkeit bar ist und die das Leiden der Menschen und auch der Steine völlig kalt läßt – diejenigen, die in Jugoslawien einen völkermörderischen Krieg begehen, und jene, die ihn erleiden, in ein und denselben Topf.

Die Ideologie ist nicht mit dem Kommunismus gestorben; sie hat sich mit Mann und Roß und Wagen bei dessen siegreichen Gegnern eingemistet. Alle Wesenszüge, die man als charakteristisch fürs totalitäre Denken hielt, finden sich im heutigen Geschichtsdanken wieder: die auf eine simple Alternative reduzierte Politik – »Sozialismus oder Barbarei« dereinst, »Assoziation oder Barbarei« heute –, die Gleichgültigkeit gegenüber dem, was wirklich passiert, namens dessen, was gefälligst zu passieren hat, die Unterwerfung des Ereignisses unter die Theorie, die völlige Unterjochung des Besonderen durchs Allgemeine, das Überstülpen eines Sinns über die Wirklichkeit, der keinen Widerspruch duldet und den keine Ausnahme je zu erschüttern oder auch nur zu erreichen vermag...

Gewiß, das humanitäre Band zwischen dem Kriegsschauplatz und uns ist nie gerissen. Flugzeuge, später Lkw-Kolonnen brachten Lebensmittel und Medikamente in die belagerten Dörfer, zur Evakuierung der Zivilbevölkerung wurden Korridore eingerichtet, und als es sich als notwendig erwies, schickten die Vereinten Nationen Truppen zum Schutz der Konvois. Ohne sich für ein Lager zu entscheiden, ohne sich weiter darum zu kümmern, wer denn auf wen einschlug und warum, reagierte man auf den Elendsappell. Bei einem seiner zahlreichen Blitzbesuche an der Front drückte der französische Staatsminister für humanitäre Maßnahmen das so aus: »Ihre Nationalität interessiert mich nicht, ob es sich um Kroaten, Serben oder sonstwas handelt, interessiert mich nicht, für mich zählt einzig ihr Leiden.«

In dieser Philosophie der äußersten Not schlägt sich scheinbar die feste Entschlossenheit nieder, mit der Ideologie und dem selektiven Mitleid endgültig Schluß zu machen; nachdem man zuerst den Schwachen seine Sympa-



Bürger im Schützengraben von Sarajevo Foto: dpa

thie nur dann zuteil werden ließ, wenn sie palästino-fortschrittlich und antiamerikanisch waren, *weigert sich nunmehr das Herz, sich länger vom Geist an der Nase herumführen zu lassen*: Jetzt bedauert es alle Opfer und eilt ihnen von Jugoslawien bis Somalia unterschiedslos und ohne Vorbedingung zu Hilfe. Doch der Schein trägt. Die humanitäre Weigerung, auf den Sinn Rücksicht zu nehmen, den die Menschen ihrem Dasein geben, ist deutlich von Ideologie geprägt. Im Zeichen der Distanz- und Grenzlosigkeit ist Identität ein Anachronismus, ähneln sich alle Welten zum Verwechseln. Und was ist der Mensch ohne Zugehörigkeit zu einer Welt? Nichts als ein Bündel von Körperfunktionen, nur noch der anonyme, organische Lebensnerv, der in ihm pocht. Es lebe das Leben! So lautet der Kriegs-, genauer: der Friedensruf, im Weltdorf, so heißt die große Tautologie, die der verkabelte Planet zum höchsten Wert erkör.

Die humanitäre Hilfe war ein wirklicher Fortschritt bis zu dem Tage, an dem das Humanitäre das Monopol über Moral und Handeln erlangte. Neuerdings ist diese Barmherzigkeit gnadenlos. Denn die Kehrseite dieser Leidensbesorgtheit heißt Verachtung für alles im Leben, was über das biologische Leben hinausreicht, sie ist olympische Gleichgültigkeit gegenüber der »paganischen« Menschheit.

Ein paar Ausnahmen läßt die Gleichgültigkeit indes noch zu. Trotz ihrer planetaren Berufung ist es den ideologischen Sandstreuern nicht gelungen, auf unserem Vaterland Erde alle Welt zugleich zu blenden. Während Frankreich zwischen Abscheu vor den Stämmen und Lobpreisung seiner humanitären Glanzleistungen schwankte, ergriff die deutsche Öffentlichkeit für die neuen Republiken Partei, anstatt mit ihrer Gottverlassenheit zu sympathisieren. Sie öffnete weit ihre Tore für die Flüchtlinge aus Bosnien und Kroatien, denen das Vaterland der Menschenrechte die Aufnahme verweigerte.

Zwar gingen die französischen Bannerträger des Antifaschismus nicht ganz so weit wie die Belgrader Propaganda, die vom Vierten Reich redete, doch sehr schnell entdeckten sie in dieser Solidarität die Rückkehr der alten pangermanistischen oder mitteleuropäischen Dämonen. Schon sahen sie Deutschland nach einem halben Jahrhundert des politischen Zwergentums an seine imperialistische Vergangenheit anknüpfen und mit der Zerstörung Jugoslawiens seine Einflußzone wiedererrichten. Indessen zeigt sich bei genauerem Hinsehen, daß nicht Machtnostalgie das Verhalten der deutschen Bevölkerung inspirierte, sondern die Erinnerung an Leid und Not. »Die Deut-

schen wissen wie kaum ein anderes Volk auf der Welt, was es bedeutet, wenn man die Heimat verliert und auf der Flucht ist«, erklärte der Innenminister. Und die Ostberlinerin, die sich freiwillig zur Aufnahme der Entwurzelten bereit erklärte: »Meine Eltern waren nach dem Krieg Flüchtlinge, und als sie verzweifelt und hungrig waren, hat ihnen jemand, der ein Herz hatte, geholfen.«

Die Enthüllungen über die ethnische Säuberung durch Serbien in den besetzten Gebieten rüttelten die Hüter des Gedächtnisses endlich wach. Als sie sahen, daß zur Inhaftierung der Zivilbevölkerung in beweglichen Gefängnissen (um der Kontrolle des Roten Kreuzes ein Schnippchen zu schlagen) noch Folterungen sehr großen Ausmaßes, pauschale Hinrichtungen, systematische Vergewaltigungen, Massenvertreibungen nach Konfiszierung der ganzen Habe kamen, daß den Nicht-Serben, die dableiben durften, das Tragen einer Armbinde zur Auflage gemacht wurde, mit der das Verbot einherging, zwischen vier Uhr nachmittags und sechs Uhr morgens ihre Bleibe zu verlassen, das Verbot, sich in Cafés, Restaurants oder an irgendwelchen öffentlichen Orten zu versammeln, im Ortsfluß zu baden, ein Fahrzeug zu führen, irgendein Kommunikationsmittel außer dem öffentlichen Telefon zu benutzen, ohne behördliche Genehmigung ihr Haus zu tauschen oder zu verkaufen – als sie alles dies sahen, begannen Journalisten und Politiker ihre Stimme zu erheben, und einige gingen sogar so weit, eine »glaubhafte« militärische Intervention zu fordern, um Serbien in den Arm zu fallen...

Der Präsident der Französischen Republik verwarf diesen Vorschlag energisch, hob die Gefahren eines solchen Vorgehens hervor, wiederholte, die Schuld sei gleichermaßen verteilt, und erinnerte »an die historischen Bande Serbiens mit Frankreich und ihre Solidarität in den beiden Weltkriegen«¹⁰ Aber das Argument zog nicht. Mochte auch sein Staatsminister für humanitäre Maßnahmen bei der Rückkehr von einer Gruppenreise in die Konzentrationslager tönen, auf beiden Seiten würden Scheußlichkeiten begangen und die Häftlinge im Sarajewoer Gefängnis sähen auch nicht gerade blendend aus – den Pferdefuß kriegte er nicht vollständig versteckt. Die Reinwaschung des Schuldigen durch Verwässerung der Schuld mißlang. Der *humanitäre Freispruch vom Verbrechen wider die Menschlichkeit* funktionierte nicht mehr so reibungslos wie im ersten Kriegsjahr.

Mehr noch: Plötzlich sah sich Europa auf der Anklagebank. Die Wahlwerbung mit ihren schizophrenen Lobsprüchen auf den europäischen Frieden kehrte sich gegen ihre Initiato-

ren. Als niederschmetternd, ja geradezu obszön, erwies sich der Gedanke, den jugoslawischen Testfall habe Europa glänzend bestanden, denn es habe den Schulteranschlag gewährt und die interventionistischen Anflüge einiger Mitglieder zu neutralisieren vermocht. Man konnte nicht mehr mit Alain Minc sagen:¹¹ »Im Zusammenhang mit Jugoslawien hat, denke ich, Europa eine diskrete, aber bedeutsame Rolle gespielt: Es hat die Dummheiten reduziert. Die Deutschen waren drauf und dran, einen absurden Geschichtstrip anzutreten, und als Reaktion darauf die Franzosen einen ebenso absurden Geschichtstrip: prokroatische Deutsche, proserbische Franzosen. Geschichte hin oder her – lächerlich war es allemal. Indem sie die beiden Länder dazu zwang, ihren Geschichtsballast abzuwerfen, erfüllte die Gemeinschaft eine bemerkenswerte, ja überaus wichtige Rolle. Ich meine, sie funktionierte wie eine entwickelte zivile Gesellschaft. Man muß sich klarmachen, daß sie damit mögliche Ungeheuerlichkeiten verhindert hat.«

Gewiß ist das berühmte »Pulverfaß Balkan« diesmal nur auf dem Balkan explodiert, konnte es sich nicht ausbreiten, hat Sarajewo nicht erneut Europa in die Katastrophe gezogen; doch wie sich darüber freuen, wenn dabei Sarajewo langsam zugrunde geht? Vor Europa tendierte jeder Lokalkrieg aufgrund des Spiels der Allianzen zum Weltkrieg. Nach Europa bleiben die Lokalkriege lokal – aber worin liegt der Fortschritt, wenn sich diese Kriege unter der Käseglocke ungestört aufs mörderischste austoben? Und übertreiben wir den großnationalen Ethnozentrismus nicht maßlos mit der Behauptung, weil wir in den Krieg zwischen Bosniern, Kroaten und Serben nicht eingetreten seien, sei der Krieg verhindert worden?

In flagranti bei gespaltener Zunge erwischt, hat Europa viele seiner glühendsten Anhänger enttäuscht. Der Machtwille ist in ihm zwar erloschen, aber an seine Stelle ist ein *Ohnmacht-wille* getreten, der seinerseits die verheerendsten Schäden anrichtet. »Europa ist in Sarajewo gestorben«, titelte im Dezember 1992 eine große Pariser Zeitschrift. Am Gang der Dinge änderte diese Enttäuschung freilich nichts. Serbien baute seine Vorteile weiter aus und setzte die Zerstörungen fort, um vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen eine unumkehrbare Lage zu schaffen. Nach der denkwürdigen Feier in Dubrovnik, in der eine Sängerin und ein Regierungsmitglied die Belagerten zur Duldsamkeit ermahnten, gefällt sich Frankreich erneut in ebenso geschmackvollen wie wirkungslosen humanitären Gesten, zugleich sorgsam bedacht, die wesentlichen Interessen

seines alten Verbündeten zu wahren. Europa und die Völkergemeinschaft verschließen immer noch die Ohren vor der verzweifelt Beschwörung des bosnischen Präsidenten Alija Isetbegovic: »Verteidigt uns nicht, schickt eure Truppen nicht in mein Land, schickt keine Nahrung; hebt einzig und allein das Waffenembargo auf. Dann werden wir uns zu verteidigen und zu ernähren wissen.« Da die militärische Intervention verworfen wurde und mehr denn je die Verhandlung auf der Tagesordnung steht mit den Herren Milosevic, Karadjic und/oder Cosic, d.h. mit den erklärten Paten des Gedächtnismords und der Säuberung, wird die soeben vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eingesetzte Untersuchungskommission niemals dazu führen, daß den Schuldigen der Prozeß gemacht wird. Es ist noch nicht einmal sicher, ob sie überhaupt welche herausfindet, denn das von den einen errichtete Vernichtungssystem hat zwangsläufig bei den anderen Erpressung und Rache hervorgerufen. So ist die Versuchung groß, das Treibenlassen der Welt zu rechtfertigen, namens der geschändeten Kultur alle Barbaren auf dem Balkan feierlich zu rügen mit vielleicht, anstelle von Nürnberg, einem kleinen Sonderverweis für Serbien.

Noch deutet das Geringste auf ein Ende der Herrschaft der Ideologie hin. Denn die gestern aufs heftigste und ohne Vorbehalt näherer Prüfung sämtliche Nationalismen geißelten, bezogen sich ausdrücklich aufs jüdische Schicksal; schon einmal, sagten sie, habe das grenzen-trunkene Europa Völker auslöschen wollen, die sich nicht einordnen lassen, Leute, die zugleich von hier und anderswo sind. *Nie wieder!* lautete darum ihre Antwort auf den Emanzipationswillen der kleinen Völker im europäischen Südosten.

Es war die planetare Telecity-Idee, die dieser Verachtung fürs Am-Ort-Verwurzelztsein zugrunde lag, und sie vermeinten Sho'ah-Betrachtung¹² zu üben. Es war die »Jet-Modernität« in ihnen, die sich den Teufel um Identität und Scholle scherte, und sie hielten es für Chagall. Sie waren die Sprecher einer Welt, die im Schnappschuß Entfernung wie Nähe abgeschafft hat, und sie sangen Jesajas »Friede, Friede den Fernen und den Nahen«. Kurzum: Im selben Augenblick, da sie sich dazu beglückwünschten, über die Geschichte anhand der jüdischen Erfahrung zu urteilen, projizierten sie auf ebendiese die sanfte Schwerelosigkeit des universellen Konsums und der »instant communication«.

Mögen sie heute den Balkankrieg mit anderen Augen sehen: Solange sie das jüdische Schicksal mit dem des *eigenschaftslosen Ver-*

brauchers identifizieren, wird die Erinnerung, auf die sie so stolz sind, Gefangene der Ideologie bleiben.

Übersetzung: Hermann Kusterer

Anmerkungen

- 1 »L'Autre, une idée neuve. Un appel d'écrivains contre la xénophobie et le nationalisme« [»Der Andere – eine neue Idee. Ein Schriftstellerappell gegen Fremdenhaß und Nationalismus«], *Le Monde*, 23. November 1991.
- 2 Paul Virilio: »Quand il n'y a plus de temps à partager, il n'y a plus de démocratie possible«, *Le Monde*, 28. Januar 1992.
- 3 Jean Chesnaux, *Modernité-Monde*, La Découverte, 1989, S. 48.
- 4 Ein schlagendes Beispiel dafür ist das knappe »Ja« zum Vertrag über die Europäische Union. Es gibt in Frankreich entschlossene und beredete Anhänger einer republikanischen Nationsidee. Aber in den Augen dieser Patrioten erfüllt einzig Frankreich die Voraussetzungen einer republikanischen Nation. Wenn sie »Es lebe die Nation!« rufen, dann verteidigen sie universelle Werte. Stimmen andere in diesen Ruf ein, ziehen sie sich von der universellen Idee auf die Lokalidee und die Idee der im Territorium umschlossenen Menschheit zurück. So tun sich die, wie Régis Debray hervorragend nachwies, in allem zerstrittenen *Republikaner* und *Demokraten* im einen Fall namens der Bürgernation problemlos zusammen, und im andern namens der Überwindung der Nationen, um das Unabhängigkeitsstreben der Völker des einstigen Jugoslawien zu »tribalisieren«. Die letzteren sind damit *ein für allemal* alleingelassen. (Vgl. oben: »Qu'est-ce qu'une nation?« – Deuxième épisode.)
- 5 Claudio Magris, *Danube*, Gallimard, Paris 1988, S. 407.
- 6 Edgar Morin, *Un nouveau commencement*, Le Seuil, Paris 1991, S. 24.
- 7 »Wahrlich wie die Chronik eines absehbaren Todes habe ich selbst gehört, wie der künftige Präsident Kroatiens, Franjo Tudjman, schon 1990 darauf hinwies, daß sein Land nicht die Unabhängigkeit anstrebe, sie nur bei Ausbleiben einer Verhandlungslösung mit Belgrad wohl oder übel hinnähme, daß aber beim Bruch der Verhandlungen Slowenien zur Unabhängigkeit drängen werde und Kroatien nichts anderes übrigbleibe, als dessen Beispiel zu folgen, und daß dann die Serben angreifen würden. Genau so ist es gekommen, ohne daß der Westen damals auf Belgrad den geringsten Druck zugunsten einer Verhandlungslösung ausübte.« Pierre Lellouche, »Le prix du renoncement«, *Le Figaro*, 31. August 1992, S. 14.
- 8 Edgar Morin, *Transversales*, Juli-August 1992, S. 14.
- 9 Edgar Morin, »Association ou barbarie«, *Le Monde*, 10. September 1992, S. 2.
- 10 *Sud-Ouest*, 13. August 1992.
- 11 Alain Minc, »A coté de l'essentiel« (Gespräch mit Thierry de Montbrial), *La Revue des Deux Mondes*, Dezember 1991, S. 16–17.
- 12 »Sho'ah«: hebräische Bezeichnung für Holocaust (Anm. d. Übers.).

REINHARD MOHR

Kulturkampf in Frankfurt

Die Koinzidenz ist bemerkenswert. In derselben Woche, in der die »Kulturmetropole« am Main über den rigiden Sparkurs im gerade vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 1994 diskutierte und die Künste ebenso wie der soziale Frieden in Gefahr schienen, entschied sich der Brüsseler EG-Gipfel für Frankfurt als Standort der künftigen Europäischen Zentralbank. Zwischen Untergangsstimmung und Euro-Jubel, zwischen Kulturkritik und Metropoleninszenierung schwankte in diesen Tagen die Stadt mit dem höchst Kulturetat der Bundesrepublik – annähernd einer halben Milliarde Mark pro Jahr – und erinnerte damit an ein eigentümliches Bewegungsgesetz der achtziger Jahre. Auferstanden aus den Ruinen sozialer Bewegungen und politischer Utopien der siebziger Jahre war Kultur zum neuen Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Erfahrungen geworden, der Schlachtruf Hilmar Hoffmanns »Kultur für alle« gerade in Frankfurt zum Programm einer breit angelegten Ästhetisierungs-Kampagne.

Festivals dies- und jenseits etablierter Institutionen, Museumsbauten am laufenden Meter, Alte und Neue Oper, die Renaissance des Theater am Turm (TAT) und der Erfolg der Ausstellungshalle Schirn wie des Mousonturms bildeten eine Mischung aus Infrastruktur und Inszenierung kultureller Ereignisse, die das Klima der Stadt veränderten.

Der Streit um die millionenschwere spätbürgerliche »Repräsentationskultur« der Ära Wallmann/Hoffmann, die angeblich der basisnahen »Stadtteilkultur« den Rang ablaufe, erwies sich im Laufe der Jahre größtenteils als Scheindebatte. Der Austausch zwischen »offizieller« und »off«-Kultur gehörte längst zur Normalität: Das *Frankfurter Kurorchester* in der Alten Oper und das große Schauspiel im ehemaligen Straßenbahndepot, Heiner Goebbels im Ballett und Reich-Ranicki im Tigerpalast. Daraus ergab sich auch ein etwas anderes Stadtgefühl: ein wenig hedonistischer, mit ein bißchen mehr Schaulust und Lebensfreude, offener und undogmatischer. Frankfurt gewann so auch Attraktivität über die ökonomische Bedeutung als Banken- und Messestadt hinaus. Sonntags füllte sich die Stadt mit Flaneuren und Muse-

umsbesuchern: Der »Standortfaktor Kultur« begann sich zu realisieren.

Dann kam 1989 und die Wiedervereinigung, das endgültige Ende der Postmoderne. Harte Realpolitik verdrängte die Dominanz der kulturellen Diskurse. Hier wie da folgten dem Rausch die Kosten. Was eben noch dem urbanen Lebensgefühl und der weiteren Aufklärung des citoyen diente, wurde nun zur millionenschweren Zinslast.

Jetzt soll der von Wachstumsraten verwöhnte Kulturetat Frankfurts auf einen Schlag um 47 Millionen Mark – glatte zehn Prozent – gekürzt werden. Und auch dies ist erst der Anfang eines Sparregimes, das neben den finanziellen zwangsweise auch die inhaltlichen Prioritäten in den Mittelpunkt der Diskussion rückt. Nach den – im übrigen vergleichsweise verhaltenen – Protesten der betroffenen Institutionen meldete sich als einer der ersten Dany Cohn-Bendit, Stadtrat für multikulturelle Angelegenheiten, zu Wort, wofür er von Oberbürgermeister von Schoeler (SPD) postwendend gerügt und von Schauspiel-Intendant Eschberg der fachlichen Inkompetenz geziehen wurde.

Cohn-Bendit kritisierte, daß beim auch künstlerisch maroden Schauspiel auf die dringend notwendigen Veränderungen der verknöcherten Strukturen verzichtet wurde und statt dessen die florierende Kulturgesellschaft (Schirn, TAT, Mousonturm) mit einer Zuschußkürzung um insgesamt 27 Prozent gegenüber 1993 bestraft wird. Er fordert eine »radikale Abschlackung« des Stadttheaters, das alleine so viele Beleuchter beschäftigt wie der gesamte Mousonturm feste Mitarbeiter hat – und eine Art Synergieeffekt bei der Spielstättenutzung von Schauspiel, Ballett und TAT. »Man muß ganz junge Leute holen und das Theater des Jahres 2000 antizipieren«, lautet seine programmatische Empfehlung, die gewiß interpretationsbedürftig ist.

Der betriebswirtschaftliche Widersinn jener durchgehenden Subventionskürzungen wird erst dann deutlich, wenn man sieht, daß gerade die besonders flexibel und im *lean management* als GmbH arbeitende Kulturgesellschaft damit weitaus schlechter gestellt wird als die schwerfälligen Apparate der Städtischen Bühnen –

von den unverschämt hohen Abfindungssummen einmal abgesehen.

Allein mit der dreiviertel Million, die der ehemalige Generalmanager Schwab bis Mitte 1994 abgezockt haben wird, könnte das zur Schließung anstehende *Kommunale Kino* drei Jahre weiterexistieren.

Doch es gibt zugleich Anzeichen dafür, daß die Leiter wichtiger kultureller Institutionen die neue Knappheit auch als Herausforderung begreifen. »Magere Zeiten der öffentlichen Hand können auch eine Chance bieten, die Frage von Autonomie und Funktion von Kunst unter verschärften Bedingungen abermals zu stellen«, sagt Kaspar König, Direktor des Museums für Moderne Kunst, und Vittorio Magnago Lampugnani, Chef des Deutschen Architekturmuseums, geben sich trotz der Reduzierung ihrer städtisch finanzierten Ausstellungsetats auf null durchaus nicht geschlagen. Seit je gehören sie zu jenen Kulturmanagern, die sich vor allem auf die eigene Initiative verlassen und schon bisher mit privaten Fördermitteln, Mäzen- und Sponsorengeldern arbeiteten, ohne ihre künstlerischen und wissenschaftlichen Ambitionen aus den Augen zu verlieren. Nun werden sie ihre Anstrengungen noch verstärken müssen.

Die jüngste, vom grünen Stadtkämmerer Tom Koenigs angestoßene Debatte über die Rolle der Kultur in Frankfurt fördert aber auch eine lange Zeit versäumte Auseinandersetzung über das Dreiecksverhältnis von Politik, Kultur und Gesellschaft zutage. Der grüne Stadtverordnete Micha Brumlik bemängelte schon das verschärfte Mißverhältnis zwischen den kulturellen Interessen der Mehrheit und der noch wachsenden Konzentration auf die Spitzenprodukte der »Hochkultur«, das zu einer politischen Zeitbombe werden könne. Kulturdezernentin Linda Reisch warf ihm darauf zu Recht ein unhistorisches, statisches Kulturverständnis vor, das die realen Verhältnisse und Vermischungen der unterschiedlichen sozialen Sphären gar nicht zur Kenntnis nehme.

Richtig ist allerdings, daß die Kulturpolitik in den neunziger Jahren noch keine Antworten auf die veränderte Realität seit 1989 gefunden hat. War die Ästhetik der achtziger Jahre vor allem eine Antwort auf das vorangegangene Jahrzehnt politischer Dogmen und Ideologien, so müßte der kulturelle Diskurs nun wieder auf die neue Politisierung der Gesellschaft jenseits von Parteien, Bewegungen und Ideologien reagieren, die sich nach dem Ende der Geschichte zu entwickeln beginnt.

Vielleicht wird Frankfurt auch diesmal wieder seiner traditionellen Avantgarderolle gerecht.

JÜRGEN KOCKA

Sozialgeschichte der neunziger Jahre

Was kommt nach der Alltagsgeschichte? So lautete der Titel einer Podiumsdiskussion auf dem letzten deutschen Historikertag. Die Frage war wirksam, aber falsch gestellt. Denn einerseits war die Alltagsgeschichte auch in den letzten zehn Jahren nicht dominant. Ihre bisherigen Ergebnisse sind eher bescheiden. Andererseits wird das, was an ihr brauchbar ist, auch nicht so bald durch anderes ersetzt werden. Eine Rückkehr zu den Debatten der achtziger Jahre über Alltagsgeschichte contra Strukturgeschichte wäre wenig sinnvoll. Zwar ist auf diesem Gebiet keine volle Einigkeit erreicht, aber die Polarisierung hat nachgelassen, und die Argumente sind alle bekannt, der Höhepunkt dieser Debatte lag 1984. Die Wiederholung wird langweilig. Mehr verspricht eine andere Frage:

Was seit 1989 in Deutschland, in Europa, letztlich im Weltmaßstab geschieht, ist ein tiefer Umbruch, der Auswirkungen auf die Art haben muß, in der wir Geschichte betreiben – wenn nicht sofort, dann doch bald. Jedenfalls liegt diese Vermutung nahe, wenn man weiß, wie sehr geschichtswissenschaftliche Fragestellungen und Sichtweisen von den Erfahrungen, Erwartungen und Orientierungen ihrer Zeit beeinflußt sind. Welche Auswirkungen wird der Umbruch seit 1989 auf die Sozialgeschichte haben? Die Frage ist nicht ohne Spekulation zu beantworten, schon weil der Umbruch noch nicht zu Ende ist.

Eine post-postmoderne Wende

Die Erfahrung der letzten Jahre ist sicherlich verschieden deutbar. Aber unübersehbar, sehr erlebbar, nicht mehr verdrängbar ist seit 1989 die ausgeprägte Bedingtheit, ja Abhängigkeit der sozialen Verhältnisse, des Alltagslebens, der Lebenswelt und Kultur von der Politik, und zwar von der Politik in ihren großen, nationenübergreifenden Zusammenhängen. Der Zusammenbruch des Sowjetreiches und des Kommunismus, die staatliche Vereinigungskrise, die teils schon blutigen Konflikte in Osteuropa und die Renaissance von Nationalismus und rechtsradikaler Gewalt hier bei uns, das sind *politische* Vorgänge, die sicherlich vielfältig durch soziale, kulturelle, ökonomische Faktoren bedingt sind, die aber – und darauf kommt es mir an – unsere soziale Struktur, Kultur und Welt-sicht einschneidend beeinflussen. Die Macht der



November 1989: Tag der Maueröffnung

Foto: dpa

großen politischen Zusammenhänge ist gegenwärtig massiv erfahrbar, und zwar als besorgniserregende Krise.

Nimmt man das ernst, dann folgt daraus *zum einen*, daß Sozialgeschichte »with politics left out« zukünftig noch weniger überzeugend sein dürfte als bisher. *Zum anderen* dürfte der Bedarf an Zusammenhangserkenntnis, d. h. an Erkenntnis der großen Strukturen und Prozesse, noch dringender, die Beschränkung auf bloße Mikrohistorie ohne allgemeine Fragestellungen – auf mikrohistorisches Klein-Klein – zukünftig noch unbefriedigender sein. Und *schließlich* könnte sich aus der verbreiteten Unsicherheits- und Krisenerfahrung, soweit sie nicht als Resignation, Flucht oder Zynismus verarbeitet wird, neuer Bedarf an politisch-moralischem Engagement der Geschichtswissenschaft ergeben und damit noch mehr Skepsis gegenüber der spielerischen Ästhetisierung der Geschichtskultur, wie sie sich seit einigen Jahren auch hierzulande abzeichnet: weniger in den dickleibigen Monographien der Wissenschaftler, als vielmehr in den geisteswissenschaftlichen Beilagen, den Feuilletons, den

Ausstellungen und Museen, aber doch auch mit Einfluß auf die historiographische Praxis.

Es könnte also sein, daß *politische Sozialgeschichte* mit aufklärerischem Engagement und Interesse an großen Zusammenhängen neu an Boden gewinnt: gleichsam eine post-postmoderne Wendung. Die Sozialgeschichte des Nationalismus, die sozialgeschichtliche Analyse des Aufstiegs und des Niedergangs von Staaten, die Sozialgeschichte des Rechts, der Macht, auch der Demokratiegefährdung – das wären Themen in dieser Perspektive.

»Politische Sozialgeschichte«, das meint eine Variante der Sozialgeschichte, die vor allem nach den sozialen, den sozialen und ökonomischen Bedingungen und Folgen politischer Strukturen, Prozesse und Entscheidungen fragt. Politische Sozialgeschichte spielte für den Aufstieg der Sozialgeschichte in Deutschland während der späten sechziger und siebziger Jahre eine große Rolle. Die damaligen Arbeiten Hans Rosenbergs und Hans-Ulrich Wehlers – in der Tradition Eckart Kehrs – rechnen beispielsweise dazu. Allerdings: Eine einfache Rückkehr zur politischen Sozialgeschichte der

späten sechziger und siebziger Jahre ist für die Zukunft nicht zu erwarten. Die politische Sozialgeschichte der neunziger Jahre wird vielmehr die kulturelle Dimension, das kulturelle und soziale Wissen, die Lebensformen und die Deutungen der Menschen als politikbedingende und politikbeeinflusste Momente ernst nehmen und überhaupt der Geschichte der Erfahrungen und Erwartungen viel Gewicht einräumen – ein dauerhaftes Ergebnis des letzten Jahrzehnts, teilweise auch ein produktives Ergebnis der alltagsgeschichtlichen Herausforderung.

Die Macht der Strukturen

Man erlebt derzeit mit Überraschung, wie alte nationale Identitäten und Grenzen, regionale Traditionen und geopolitische Konstellationen, alte Bindungen und Leidenschaften, auch alte Vorurteile und Ressentiments vor allem im mittleren und östlichen Europa wieder hervortreten und politikmächtig werden. Man staunt, wie wenig die Jahrzehnte des Kommunismus auf vielen Gebieten geändert haben, und wie wenig sich an manchen Strukturen trotz aller utopisch-revolutionären Veränderungsenergien des 20. Jahrhunderts gewandelt hat. Der neue deutsche Rechtsradikalismus und seine halbherzige Ablehnung durch große Teile der Öffentlichkeit und der Politik nähren die Besorgnis, daß auch in der deutschen politischen Kultur mehr Kontinuität überlebt hat, als man als optimistischer Bundesbürger in den letzten Jahrzehnten glaubte.

Was für Konsequenzen zieht man theoretisch-methodisch daraus?

Zum einen: Ironischerweise könnte es sein, daß der tiefe Umbruch von 1989 und seine teilweise restaurativen Folgen den Sinn für die Beharrungskraft der historischen Kontinuitäten stärken, die sich unterhalb der revolutionären Einschnitte des 20. Jahrhunderts erhalten haben, und sich nur äußerst langsam verändern. Im Licht der jüngsten Erfahrungen gewinnt insofern nicht, wie manch einer 1989/90 meinte, die dramatische Ereignis- und die Erfahrungsgeschichte, sondern vielmehr die Struktur- und Prozeßgeschichte an Gewicht und Plausibilität. Es wäre nicht die erste Revolution, die den Blick auf die Strukturen langer Dauer lenkte, die Lektüre Tocquevilles könnte neu aktuell werden. Das Interesse an historisch-anthropologischen Fragen dürfte wachsen, auf jeden Fall das Interesse an Studien, die nach Formen und Gründen des Überdauerns von Phänomenen fragen und insofern langfristig ansetzen. Der Mut zu periodenübergreifenden Büchern sollte zunehmen.

Die ostdeutsche Herausforderung fehlt

Zum anderen: Wie die Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik von der gleichzeitigen Existenz der DDR abhängiger gewesen sein könnte als wir lange sahen, so könnte die bundesdeutsche Sozialgeschichte mehr durch ihre Auseinandersetzung mit der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR geprägt worden sein als uns bewußt war. In der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichtswissenschaft entwickelte die bundesdeutsche Sozialgeschichte einige ihrer Schwerpunkte, Fragestellungen und Konzepte. An der Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte ließe sich das zeigen, auch an der Geschichte von Reformation und Bauernkrieg, wohl auch an sozialgeschichtlichen Interpretationen des Faschismus oder am Theorem des »organisierten Kapitalismus«, das mit dem Stamokap-Ansatz konkurrierte, indem es ihn ernst nahm. Die Hinwendung westdeutscher Sozialhistoriker zu Max Weber war zweifellos nicht nur und nicht primär eine Reaktion auf marxistische Herausforderungen. Doch war die Auseinandersetzung mit den DDR-marxistischen Theoremen immer ein wichtiger Teil, auch ein produktiver Anreiz zur eigenen Theorie- und Begriffsbildung. Nur auf deutsch gab es nebeneinander eine ausgewachsene marxistisch-leninistische Historiographie und eine sogenannte »bürgerliche«. Der Systemgegensatz in ein und derselben Sprachkultur färbte beide deutsche Geschichtswissenschaften. Zwar war der Einfluß der westdeutschen auf die ostdeutsche Geschichtswissenschaft viel gewichtiger als umgekehrt, aber auch die westdeutsche Geschichtswissenschaft bezog aus diesem spannungsreichen Wechselverhältnis Anregungen und Eigenarten.

Das ist vorbei. Diese Herausforderungen werden als Steine des Anstoßes und Motoren der Argumentation zukünftig fehlen. Eigentlich schade. Dafür wird sich aber die deutsche Sozialgeschichte, auf jeden Fall die bisher ostdeutsche, vielleicht aber auch die bisher westdeutsche, verstärkt den internationalen Debatten stellen und internationalen Trends folgen können.

Kulturgeschichtliche Erweiterung und Narration

Überall wächst seit Jahren das Interesse für die kulturelle Dimension der Geschichte, die Kulturgeschichte ist im Aufschwung. Das hat eine thematisch-disziplinäre, eine methodische und eine theoretische Konsequenz. *Thematisch* und *disziplinär* ist seit längerem eine Locke-

zung der einst engen Verbindung von Sozial- und Wirtschaftsgeschichte zu beobachten und gleichzeitig eine kulturgeschichtliche Erweiterung der Sozialgeschichte, die in ganz verschiedenen Formen erfolgt und keineswegs nur – nicht einmal primär – als Alltagsgeschichte, sondern z. B. als Frage nach der kulturellen Einbettung langfristiger sozioökonomischer Transformationsprozesse oder als Beschäftigung mit nicht voll erfahrbaren kulturellen Strukturen im Rahmen der Historischen Anthropologie. Wie Sozialgeschichte und Kulturgeschichte überzeugend verknüpft werden können, so daß eine kulturlose Sozialgeschichte ebenso wie ein luftiger Kulturalismus vermieden werden können, das ist eine der großen Fragen, die weiterhin den Schweiß der Tüchtigen lohnt. Die historische Bürgertumsforschung war in den letzten Jahren der Ort, an dem diese Verknüpfung am intensivsten erprobt und am weitesten voran gebracht wurde. Übrigens ist derzeit der luftige Kulturalismus die bei weitem größere Gefahr als eine kulturferne Sozialgeschichte.

Methodisch bedeutet der anhaltende Aufschwung des kulturhistorischen Interesses, daß Fragen, Themen und Quellen in den Vordergrund treten, die nicht ohne Hermeneutik erschließbar sind. Gegenwärtig sind es nicht so sehr die Quantifizierung, die harten, statistischen Analysetechniken und die tabellarischen Darstellungsformen, die die Historiker faszinieren. Solche Verfahren werden natürlich – und glücklicherweise – weiterhin gepflegt, aber doch immer seltener als Maßstab der Wissenschaftlichkeit hypostasiert, sondern überwiegend mit anderen, qualitativen Verfahren verbunden. Narration ist auf dem Vormarsch, wobei dies in der Regel nicht die Rückkehr zum einfachen Alltagserzählen, sondern kompliziertes historisches Argumentieren meint und mit Theoriebezogenheit durchaus vereinbar ist.

Diese Wendung zu einer nicht-scientistischen, Bedeutungen interpretierenden, Kultur nicht ausklammernden Sozialgeschichte ist übrigens in Deutschland weniger radikal und auch weniger notwendig, weil die deutsche Sozialgeschichte aus verschiedenen Gründen sich nie so scientistisch verengt hat wie etwa Teile der amerikanischen. Hermeneutik wurde in der hiesigen Sozialgeschichte nie beiseite gedrängt.

Rückkehr zur Theorie

Schließlich zur *theoretischen* Konsequenz: Mit dem weltweiten Aufschwung des kulturhistorischen Interesses ist eine neue Theoriedebatte aufs engste verbunden, die zur Zeit in den USA

intensiver geführt wird als bei uns. Die Stichworte sind »Diskurs«, »linguistic turn«, »postmodernism«, »narrative«, »rhetoric«, »deconstruction« und »gender«. Nach den Sozialwissenschaften in den sechziger und siebziger Jahren und der Ethnologie/Anthropologie in den siebziger und achtziger Jahren sind nun die Literatur- und Kommunikationswissenschaften – daneben Philosophie, vor allem Sprachphilosophie – zum Hauptbezugsfeld geschichtstheoretischer Diskussion geworden.

Es ist hier nicht möglich, die wichtigsten Themen und Frontlinien dieser kontroversen Debatte um Foucault und Derrida, Joan Scott und William Sewall, Hayden White und La Capra auch nur zu nennen. Vieles in diesen Debatten lohnt die Rezeption auch nicht, ist überspannt und führt in die Irre: z. B. die Verabsolutierung der Sprache als angeblich einzig untersuchungsfähiger Dimension historischer Wirklichkeit, so als ob es nicht auf die Analyse des Wechselverhältnisses von sprachlichen und nicht-sprachlichen Wirklichkeitsmomenten ankäme; oder die Behandlung historiographischer Darstellungen als literarische Texte wie andere auch, so als ob es keine wissenschaftlichen Untersuchungs- und Überprüfungsverfahren gäbe; überhaupt eine neue Beliebigkeit, die sinnvolle Kritik am erkenntnistheoretischen Objektivismus bis zur Aufgabe von Überprüfungsverfahren und zur Leugnung der Möglichkeit von Zusammenhangserkenntnis treibt und damit übertreibt. Es ist gut, daß diese Postmodernismen hierzulande noch nicht richtig gelandet sind, jedenfalls noch kaum in den historischen Wissenschaften.

Aber nachdem dies gesagt ist, sollte man einräumen, daß vieles an diesen Debatten auch interessant, kritisch, anregend und mit direktem Bezug zur Sozialgeschichte ist. Zu denken ist an die Problematisierung der Darstellungsformen, denen die Sozialgeschichte vermutlich bisher zu wenig Aufmerksamkeit schenkt; an die Debatte über die vor-analytischen Strukturierungen (*master narratives*), die historische Analysen und Darstellungen unbewußt leiten; an Theorien symbolischer Formen; an die Kritik zentraler Begriffe und Kategorien, die wir – wie die Unterscheidung zwischen Wirtschafts-, Sozial-, Kultur- und Politikgeschichte – vielleicht allzu selbstverständlich benutzen. Läßt man sich auf diese Debatten ein, gerät man in Verunsicherung und Selbstreflexion, die produktiv werden können. Es spricht manches dafür, daß die Sozialgeschichte der neunziger Jahre wieder stärker theoretisch und selbstreflexiv sein wird – ein wenig anders als die theoriegeleitete Sozialgeschichte der siebziger

Jahre, aber erst recht ganz anders als die häufig theoriearme, theorieskeptische, theoretisch selbstgenügsame Alltagsgeschichte der achtziger Jahre.

Komparatistik

Schließlich sei auf die großen Chancen verwiesen, die die Komparatistik auch in der Sozialgeschichte darstellt. Die vergleichende Forschung – ich meine vor allem den interkulturellen, den zwischengesellschaftlichen, den internationalen Vergleich – scheint in vielen Ländern im Trend zu liegen. Auf diesem Gebiet hinkt die deutsche Sozialgeschichte übrigens nicht hinterher. Dies ist nicht der Ort, um die großen Vorzüge und Schwierigkeiten der sozialgeschichtlichen Komparatistik zu diskutieren. Es sei lediglich bemerkt, daß in der vergleichenden Sozialgeschichte noch viel zu tun bleibt, insbesondere, was den Vergleich europäischer mit nicht-europäischen Gesellschaften betrifft, der doch gerade angesichts weit verbreiteter Skepsis gegenüber dem Projekt der okzidentalen Moderne besonders dringlich erscheint. Vielleicht kann die Wende der letzten Jahre helfen, die Neigung zur nationalgeschichtlichen Nabelschau zu lin-

dern, die hierzulande auch an der Sozialgeschichte nicht völlig vorbeiging. Der breit angelegte Vergleich, der mit scharfen Begriffen arbeitet und theoretischer Selbstreflexion bedarf, ist ein probates Mittel zur Lösung vieler Probleme.

Insgesamt zeichnet sich keine helle Zukunft für die theoriearme, mikrohistorisch verengte, einseitig auf Erfahrungen konzentrierte, von unten und gar »von innen« fragende Alltagsgeschichte ab. Vielmehr stehen die Zeichen gut für eine moderne Sozialgeschichte, die von der alltagsgeschichtlichen Herausforderung des letzten Jahrzehnts gelernt hat und sich kulturgeschichtlich erweitert, auf die Erkenntnis von Zusammenhängen zielt, theoretisch kompetent ist und ihre aufklärerischen Wurzeln ernst nimmt. Aber, wie anfangs gesagt, dies ist nur eine Vermutung und natürlich auch ein Wunsch.

Juli 1993: Endstation Bischofferode

Foto: dpa



Hans Freyer und die Weimarisierung der Bundesrepublik

Fragen moralischer Geltung und politischer Legitimität pflegten in der Weimarer Zeit vornehmlich »realistisch« beantwortet zu werden: Der politischen Rechten wie Linken galten Gut und Böse, Recht und Unrecht – wenn auch in gegenläufiger Lesart – als Ausfluß von Macht, als vom Stärkeren willkürlich Gesetztes. Politik und Moral wurden denn auch nicht, nach liberalem Credo, als an vorstaatlich geltende Menschen- und Bürgerrechte gebunden erfahren, sondern, gemäß einem »substantialistischen« Demokratieverständnis, dem jeweiligen »Volkswillen« überantwortet; einem Willen, welcher sich weniger parlamentarisch repräsentiert sehen wollte, als daß er, dezisionistisch, in einem politischen Führer »Gestalt« annehmen sollte.

Das »politische Volk«

Ahnherr dieses demokratieförmigen »Substantialismus« ist, neben Rousseau, Georg Wilhelm Hegel. Was für Immanuel Kant erstes Zeichen einer freiheitlichen Selbstzivilisierung des einzelnen war: nämlich das Sollen unabhängig vom Sein anzufassen (»Moralität«), galt Hegel als *Entfremdung*, welche aufgehoben gehörte in der volkhafte-überindividuellen, Sein und Sollen versöhnenden Sphäre der »Sittlichkeit«. Daß Hegel diese just im (preußischen) Staat verkörpert sah, machte die Idee der »Sittlichkeit« zum gegenaufklärerischen Hauptideologem des deutschen Konservatismus. Hierfür stellte, im ausgehenden Mittelalter, die Einführung des Römischen Rechts auf deutschem Territorium gleichsam die historische Urszene bereit: Daß an die Stelle ungeschriebenen germanischen »Volksrechts« ein kodifiziertes Rechtssystem mit hohem Allgemeingrad getreten war, sollte noch bis in unser Jahrhundert hinein für die »Entfremdung zwischen Recht und Volk« verantwortlich gemacht werden. Das Mißtrauen gegen alles »volksfremd Abstrakte« bildete mithin den weltanschaulichen Kern für jenen »deutschen Sonderweg«, demgemäß die Deutschen sich in ihrem Selbstempfinden vom christlich-lateinischen Humanismus und seinen Folgeformen des Rationalismus und der Aufklärung willentlich ausschlossen.

Darin liegt wohl auch der Grund, warum deutsch-nationales Selbstbewußtsein stets mit

politischem Katastrophismus einherging. So wird Johann Gottlieb Fichte in seinen im Winter 1807/08 gehaltenen *Reden an die deutsche Nation* just im Augenblick des mit der Niederlage Preußens gegen Napoleon besiegelten historischen Endes des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation die Geburt des deutschen Volkes verkünden. Er bestimmt die Deutschen als ein Volk, welches sich bewußt von Aufklärung und Kosmopolitismus absondert, um sich statt dessen von der im Vergleich zum Lateinischen sinnlicheren und zugreifenderen deutschen Sprache als seinem weltanschaulichen Kompaß leiten zu lassen. Mit der Konsequenz, daß sich die politische Selbstdefinition der Deutschen fortan mehr der »Tat« – nationaler Selbstbehauptung – als einer Idee – etwa der Republik und mit ihr allgemeiner Menschen- und Bürgerrechte – verpflichtet fühlen wird.

In eben der Spur von Fichtes »Pflicht zur Tat« wie Hegels »Sittlichkeit des Staates« verkündigte Hans Freyer, Professor für Soziologie an der Universität Leipzig, zu Beginn des Nationalsozialismus das Erwachen der Deutschen zu einem »politischen Volk«, das sich endlich, seine »Substanz« der »taghellen Gegenwart« aussetzend, zur »Gestalt« seiner Eigengesetzlichkeit aufschließe.

Nach anfänglicher expressionistischer Phase jugendbewegter Kulturseligkeit im Umkreis des Verlegers Eugen Diederichs entwickelte sich Freyer ab Mitte der 20er Jahre zu einem »konservativen Revolutionär« steilster Art, dessen 1931 erschienene Kampfschrift *Revolution von rechts* den Boden mitbereiten half für den wenig später reüssierenden Nationalsozialismus. Als Mittelpunktfigur der sogenannten Leipziger Schule, aus der unter anderem Arnold Gehlen und Helmut Schelsky hervorgegangen sind, avancierte er zum Hauptpropagandisten jener »deutschen Soziologie«, welche, in volksgemeinschaftlicher Stoßrichtung, der arrivierten kritisch-positivistischen Soziologie den Kampf – »liberal«, »marxistisch«, »jüdisch« – ansagte. In der Logik dieses Kampfes wurde denn 1934, auf Freyers Betreiben hin, die Deutsche Gesellschaft für Soziologie liquidiert – mit den bekannten Begleiterscheinungen von Berufsverbot, Verfolgung und Exil für einen Großteil der deutschen Sozialwissenschaftler.



Hans Freyer (rechts) bei der Eröffnung des 18. Kongresses des Internationalen Instituts für Soziologie 1958 in Nürnberg
Foto: dpa/Süddeutscher Verlag

Initiiert vom Institut für Soziologie der Universität München um Walter Bühl und gefördert von der Thyssen-Stiftung, ist 1986/87, im Windschatten des damaligen »Historikerstreits«, eine dreibändige Teilausgabe der Schriften Hans Freyers herausgekommen nebst Werks-Bibliographie im Anhang: *Preußentum und Aufklärung – und andere Studien zu Ethik und Politik; Machiavelli; Herrschaft, Planung und Technik. Aufsätze zur politischen Soziologie* (hrsg. v. Elfriede Üner, VCH Verlagsanstalt, Weinheim). Begeistert rühmte DIE WELT (1.12.88) die auf dem Hintergrund »modischer liberaler und sozialistischer Herrschaftslosigkeit und Politikverdammung« »nicht überholte und wieder neu zu entdeckende Aktualität von Freyers Grundgedanken«.

Nun hat die Herausgeberin, zum krönenden Abschluß, eine materialreich-ambitionierte Freyer-Monographie nachgereicht (Elfriede Üner: *Soziologie als »geistige Bewegung« – Hans Freyers System der Soziologie und die »Leipziger Schule«*. Weinheim 1992). Wird einem schon durch die bloße Existenz der Schriften-Edition eine Diskussion um Geltung und Beerbbarkeit von Freyers vollständig kompromittierten »politischen Soziologie« aufgenötigt, so wächst diese Nötigung zu einer handfesten

Drohung aus, wenn die Herausgeberin insinuiert, daß das Freyersche Konzept von Politik und Gesellschaft mit der wiedererlangten Souveränität Deutschlands für die Zukunft neuerlich fruchtbar zu machen sei.

Regressionen

Im Anschluß an Ferdinand Tönnies' Entgegensetzung von »Gemeinschaft und Gesellschaft« sah sich erwähnte »deutsche Soziologie« (neben Freyer vertreten beispielsweise durch Othmar Spann, Karl Heinz Pfeffer, Karl Valentin Müller und Alfred Vierkandt) dem Ethos eines besonderen – des deutschen – Volks verpflichtet; mithin verstand sie sich als volksgemeinschaftliches Theorie-Bollwerk gegen eine – an »Gesellschaft« orientierte – zivilisatorisch entfremdende Rationalität. So auch gegen die kritisch-empirische Soziologie eines Max Weber: Nach dessen Wissenschaftsauffassung waren theoretische Erkenntnis und geistiges Bedürfnis strengstens auseinanderzuhalten – »Wer »Schau« wünscht, gehe ins Lichtspiel« –; der um Erkenntnis Bemühte hat sich bewußtermaßen der Übertragung eigener Wunsch-Vorstellungen und Vor-Urteile auf den zu erkennenden Gegenstand zu enthalten.

Vergleichbar der »Überwindung« kantischer Rationalität und Moralität durch Hegel und den Deutschen Idealismus, so wird auch die »deutsche Soziologie« ab den 20er Jahren, nach dem Tode Max Webers, einem allgemeinen Bedürfnis nach Vereinigung mit der Wirklichkeit und einer Wiederverzauberung durch Theorie folgen. Phänomenologische »Wesenschau«, intuitionistisches »Evidenzwissen« oder spontane »Idealsetzung« stellten hierfür die entsprechenden Methodiken bereit. So kürte auch Hans Freyer, den idealistisch-romantischen Ursprung der Geisteswissenschaften in Deutschland beschwörend, die »willige Ergebung ans Objekt« der Altvorderen zu einer »sittlichen Leistung von höchstem Rang«. »Mit dem Enthusiasmus zur Sache, der das Ich auszulöschen scheint«, kündigt er in seiner *Theorie des objektiven Geistes* von 1923, »verbindet sich die Klarheit des methodischen Bewußtseins, mit der schöpferischen Vertiefung des eigenen Selbst die Zucht der kritischen Objektivität.« (*Theorie des objektiven Geistes*, Darmstadt 1966, S. 2).

In diesem Sinne verstand Freyer die soziologische Wissenschaft »gestalthaft« als Einheit von Erleben und Erkennen, Theorie und Praxis: Soziologie ist ihm »Ethos-Wissenschaft«, in der sich ein Zeitalter, ein Volk, eine Kultur selbst wiedererkennen. Synchron mit den zeitgeschichtlichen Zuspitzungen im Ausgang der Weimarer Republik radikalisierte sich indessen auch das freyersche Credo zusehends.

So war es Freyer in der Folge um eine »realistische Wendung der in der deutschen Bewegung erarbeiteten Philosophie des Geistes« zu tun: Die Soziologie wandelt sich von einer »Ethoswissenschaft« zur – in verzerrender Beleihung des Begriffs von Max Weber – »Wirklichkeitswissenschaft«. Es geht von nun an nicht mehr um »Verstehen«, sondern um »Tat«; wo vordem einer geschichtlich sedimentierten »objektiv-geistigen Form« nachgespürt wurde, soll jetzt, entschlossen, die Geschichte durchs »Nadelöhr der Gegenwart« gepreßt werden. Im Gegenzug hat sich die Wissenschaft der Gegenwart zu öffnen – bis zu dem Punkt, »wo nicht mehr bloß Wissen erworben, sondern Gewissen geweckt wird« (»Herrschaft und Planung«, 1933, in: *Herrschaft, Planung und Technik*, S. 18).

Auf die Art wird Soziologie, kaum »Wirklichkeitswissenschaft« geworden, sogleich zur »Krisenwissenschaft«: zum Selbstbewußtsein des »politischen Volkes« als einer Gesellschaft in permanentem Umbruch – gemäß dem altdeutsch-vorbürgerlichen Verständnis von »Gesellschaft« als einem »Chaos«.

›Wesengemeinschaft« und ›Material des Menschentums«

Nach Maßgabe seiner Losung »Wahres Wollen fundiert wahre Erkenntnis«, verließ Freyer seiner eigenen Theorie-Produktion die Weihe wissenschaftlicher Unfehlbarkeit und politischer Allmacht. Es ist diese Selbstabsolution, die seine Soziologie zur »politischen« geraten läßt. »Entscheidung« und »Gehalt« – Fichtes »Pflicht zur Tat« und Hegels »Sittlichkeit des Staates« – werden zu einem selbstbezüglich-wahnhaften Begriffssystem kurzgeschlossen, wo sich die Gegenwart im Spiegel ihrer eigenen Ideologie theoretisch bestätigt findet (um den Preis indes, daß stets »nachgebessert« werden muß). Was René König zu resümieren erlaubte: »Nicht nur ist die ›Wirklichkeitswissenschaft« hier dem Zufall allen Geschehens hilflos ausgeliefert; vielmehr ist auch die vermeintliche ›Ethoswissenschaft« durch nichts anderes gebunden als durch das ›Heute«, da für sie die Rationalität als Maßstab der Verantwortung längst aufgegeben ist als Bestandteil einer verachteten ›liberalen« Einstellung. Damit zeigt sich der *Sinn* dieser Art von Ethoswissenschaft. *Sie ist im strengen Sinne Ethoswissenschaft ohne Ethos, das heißt ohne Maßstab.*« (*Soziologie in Deutschland – Begründer, Verfechter, Verächter*, München/Wien 1987, S. 228).

In den Aufsatz »Das Politische als Problem der Philosophie« von 1935 gibt Freyer ein prominentes Beispiel solch theorieförmiger Selbstüberantwortung an die Gegenwart: »Wenn wir sagen: Hitler ist Deutschland, so heißt das [. . .]: es ist nicht ein Gehalt da, der *dann* zu repräsentieren wäre, [. . .] sondern *in* der Individualität des Täters *entspringt* der Gehalt der gegenwärtigen Stunde mitsamt den echten Zukunftsmöglichkeiten, die sie in sich trägt.« (In: *Herrschaft, Planung und Technik*, S. 59) – Wohlgemerkt: Dies konnte 1987 zu nochmaliger Veröffentlichung gelangen!

Dieser politisch-philosophischen *bordertline*-Logik gemäß, über die substantialistische Einsetzung von Sittlichkeit und Macht, Moral und Staatsräson, gelangte Freyer zum Begriff des Staates als einer »Wesengemeinschaft«. Der Staat erscheint als »Sammler« und »Erwecker« der Volkskräfte, als Träger eines »charakteristischen Kulturplans«, dessen kämpfende Phalanx die Politik darstellt. Eingegliedert in sein Volk, getragen von seiner Kulturgemeinschaft, erfährt der Einzelne an sich selbst die Pflicht, den Staat in Selbstbehauptung und Wirkmächtigkeit zu stärken; eine Pflicht, die ihren Inhalt in die Seele des einzelnen einsenkt,

wie sich, umgekehrt, aus den willfährig-machtvollen Seelen der Körper des »politischen Volkes« konstituiert.

Folgerichtig konnte Freyer Politik ausdrücklich als Vergewaltigung der menschlichen Natur feiern; daß dies denn »gründlich« gelinge, macht politische Tugend aus. Sah er noch in seiner *Revolution von rechts* in der »politischen Bewegung der Gegenwart« eine »geheime Umschichtung des Menschentums« sich vollziehen, so hatte derlei »Umschichtung«, nur vier Jahre später, bereits das Aussehen einer vorweggenommenen »Endlösung«: »Da ist der Feind«, schreibt er in *Pallas Athene – Ethik des politischen Volkes*. »Daß er nicht zu gewinnen und nicht zu versöhnen ist, sagt der erste Blick. Also muß er vernichtet werden. [. . .] Es gibt keine einfachere Art, jemand umzubringen, als indem man ihm die Wurzeln abschneidet, so daß er verwelkt. Einen Menschen in aller Form totzuschlagen, bleibt immer ein Notbehelf. Wer weiß ob er nicht eines Tages als Held aufersteht. Ein Pflänzchen aber, das eingeht, ist unter Gewähr bloß traurig.« (*Pallas Athene*, Jena 1935, S. 51 f.)

Zweifacher Verrat

Problemlos konnte Freyer sein Theorem einer politischen »Beherrschung der Seelen« an die Zeitstimmung der Adenauer-Jahre anpassen. Von einer postmodern-kulturkritischen Warte aus wußte er in der *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters* (1955) die »Zivilisiertheit« als korrespondierende »innere Verfassung« dem »herrschenden System der Institutionen und Lebensformen« zuzuordnen. Die Lebensform des mit »Haut und Haaren«, »Herz und Nieren« an den »Zivilisationsapparat« angepaßten Menschen ist ihm »Masse«. Daß Freyer diese »Entmenschung mit Komfort« allerdings ins Bild eines »universellen Konzentrationslagers« zwängte, gibt dieser seiner kulturkritischen »Melancholie« – auf dem Hintergrund, daß ihm der Holocaust nicht des Erwähnens wert war – das Gepräge eines zweiten Verrats.

In diesem Geist konnte auch sein Schüler Helmut Schelsky Anfang der 80er Jahre Freyers *Revolution von rechts* rückblickend als Parteinahme für die »nationale Revolution« entgegen der »Straßen- und Parteikampfbewegung der Nationalsozialisten« feindifferenzieren. Genaus, wie er in der »formlosen Stillelegung« der Deutschen Gesellschaft für Soziologie durch Freyer gar eine Rettungstat erblickt, die eine »Kompromittierung durch nationalsozialistische, rassenhygienische und volkspädagogische Aktivitäten« vermeiden half (*Rückblicke*

eines »Anti-Soziologen«, Opladen 1981, S. 23). Argumentationsfiguren, deren sich auch Freyer-Herausgeberin und -Monographin Elfriede Üner bedient, wenn sie in Freyers theorieförmigen Gewalttätigkeiten und wissenschaftspolitischen Verheerungen weniger ein Vergehen (mit weitreichenden Folgen für seine Zeitgenossen) denn ein (persönliches) »Scheitern« erblickt. In vertraut historistischer Tradition ersetzt sie moralische Kategorien durch hermeneutische: Der Tatbestand aktiven Mit-tums an der »Bewegung« wird nach Maßgabe des »Wie zu lesen sei« weggedeutelt – was ihr beispielsweise erlaubt, zitierte Kampfschrift *Pallas Athene* als einen Ausdruck »passiver *résistance*« zu nehmen. Erweist sich ihr diese Schrift auch als ein »in ethischer Einsicht« »gefährlicher Irrweg«, so doch als einer, der für Freyer »und für viele seiner Zeitgenossen« (etwa auch für die Getroffenen?) »notwendig« gewesen zu sein schien, »um sich der großen Illusion in einem industriellen Zeitalter, der Herauslösung der Führungsfrage aus dem Interessenkampf der Gruppen« endgültig entschlagen zu können (*Soziologie als »geistige Bewegung«*, S. 133).

Nicht nur, daß Elfriede Üner also retrospektiv schönfärbt; sie droht uns eine Zukunft an, die reichlich aus vergangenem Unheil schöpft. Etwa wenn sie, nach Ende der »amerikanisch-sowjetischen Bihegemonie«, eine »neue, komplexe Staatsdiskussion« heraufziehen sieht, die eine Wiederanknüpfung an Freyers »politische Soziologie« samt ihre Emphase von »Herrschaft«, »Souveränität« und »Willensgemeinschaft« als Opportun erscheinen läßt. Unterstellungen, denen auf der anderen Seite handfeste Entstellungen korrespondieren: etwa, daß Helmuth Plessner in seiner Schrift *Das Schicksal deutschen Geistes im Ausgang seiner bürgerlichen Epoche von 1935 – die 1959 unter dem Titel *Die verspätete Nation* wiederaufgelegt worden ist – angesichts der »verflachten westlichen« Zivilisation« einen Rückgang auf die »deutsche Philosophie« als »Heilmittel« empfohlen haben soll; was just einer Pervertierung der plessnerschen Grundaussage in ihr schieres Gegenteil gleichkommt. (Wer von Schelskys geradezu unflätigen Tiraden gegen Plessners Person weiß, erblickt in Üners Verkehrungen System; nicht zufällig auch ist Elfriede Üner zu ihrem Projekt einer großangelegten Freyer-Rehabilitation von Helmut Schelsky – wie von Hermann Lübke – stets »ermuntert« worde.)*

Welch Ironie: Nachdem die politische Linke seit den 80er Jahren ihren Frieden mit der »formalen« Demokratie geschlossen hatte, gewinnt,

mit der wiedererlangten staatlichen Souveränität Deutschlands, auf der Rechten ein »substantialistisches« Politikverständnis neuerlich an Boden. Üners Rede von der gegenwärtigen »Eskamotage des Politischen im Sinne Freyers« paßt da wie die Faust aufs Auge. – Der bestehende »verfassungspatriotische« Konsens wird aufgekündigt zugunsten einer versuchsweisen »Weimarisierung« der Bundesrepublik. Es ist die untunlichste aller Möglichkeiten, worüber wir heutigen Deutschen »normal« werden können.

RADANA MATOUSOVA

Eine Philosophie, die verkündigt

Friedrich Nietzsche und das
tschechische literarische Geschehen

Das 19. Jahrhundert – eine geordnete Linie unter der Fahne des Fortschritts, Schild der Vernunft und der Wissenschaft, eine Disziplin der Fakten . . . aber auch Deserteure. Es begann irgendwann ganz am Anfang mit Schopenhauer. Man machte vor, daß man ihn nicht sieht, und es war eine harte Strafe für einen Menschen, der gerade keinen Überfluß an Bescheidenheit hatte und am liebsten von Ruhm träumte. Man hoffte, daß die Zeit diesen seinen schwarzen Makel sühnen wird, es gab ja eine reale Hoffnung, daß er keine Nachfolger haben wird. Er war doch ein Dichter, und so bleibt sein Werk nur eine individuelle Laune, ein vergängliches Trugbild, ein wehmütiger in der Stille verklungener Akkord. Aber der Dichter war überzeugt, daß das Symbol des Geschehens der Kreis ist, und wagte, noch einmal zur Welt zu kommen (wie es sich auch für einen Verehrer der indischen Philosophie gehört). Als im 19. Jahrhundert die Philosophie der Vernunft überwog, gab es derer nur zwei, von denen man sagen konnte, daß sie zu Philosophen des Willens wurden: Schopenhauer und Nietzsche. Es scheint, als ob sie auf diesem Weg gar allein ständen, aber es ist nicht vollkommen wahr. Sie haben bewiesen, daß die Philosophie nicht nur Poesie, sondern auch Musik sein kann, und diese den Abgrund zwischen ihnen überwinden würde. Sie hat sie in der Persönlichkeit des Richard Wagner verbunden, in seiner Musik als im »unmittelbarsten Bild des Willens selbst«.

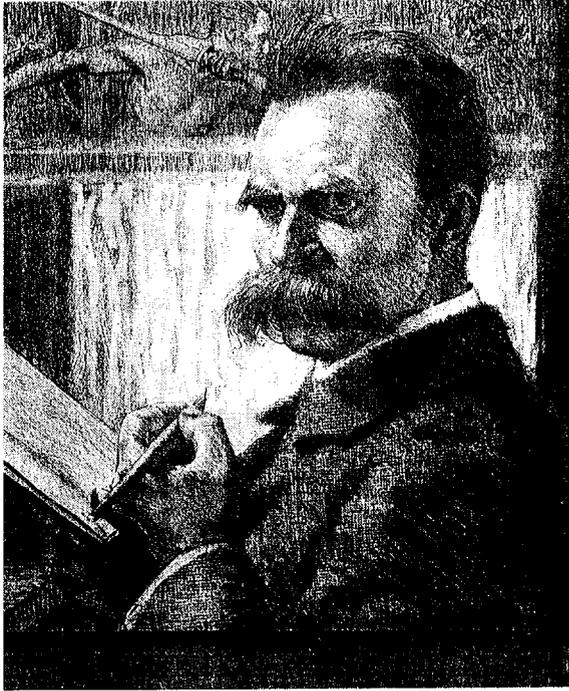
Ihre Inspiration stand Pate bei der Geburt einer der ersten Schriften Nietzsches – «Die Geburt der Tragödie aus dem Geist der Musik»; sie beherrschte seine eigene Sprache (»Meine Seele, ein Saitenspiel / sang sich, unsichtbar berührt, heimlich ein Goldlied dazu / zitternd vor bunter Seligkeit.«); »Ohne die Musik wäre das Leben ein Irrtum für mich.«

Die weitere Entwicklung Nietzsches ist allerdings schon eine Etappe der radikalen Befreiung von allen Mustern, die in einem schmerzhaften Bruch mit Richard Wagner mündete: »Weder unter den Lebenden, noch unter den Toten habe ich jemanden, mit dem ich mich verwandt fühle. Der unbeschreibliche Graus . . .« Er erlöste damit die Freiheit des Individualistischsten der Philosophen.

Aber es gibt in der Freiheit, an der Schöpfung »bis über sich selbst«, etwas Vernichtendes – vollkommen ignoriert sie unsere Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung. Sie fragt nicht, sondern sie stürmt wie ein Wind, rücksichtslos verschlingt sie wie die Finsternis – (Wer naßte dich nicht, dich große Binderin, Umwinderin . . .). Sie schmeichelt sich wie eine Melodie ein, die wir singen ohne zu überlegen, ob sie uns gefällt oder nicht (»Zweimal nur regtest du deine Klapper mit kleinen Händen . . .«). Mit den Fußsohlen lauschen wir ihrem Rhythmus (O Mensch! Gib Acht! Was spricht die tiefe Mitternacht? Ich schlief, ich schlief, aus tiefem Traum bin ich erwacht.) Es ist möglich, vor Wörtern als Begriffen, nicht aber vor Wörtern als Tönen zu entfliehen (»sing mir, sing, o meine Seele!«).

Nietzsche hat seinen Part gespielt, ohne sich zu vergewissern, ob er dem allgemeinen Geschmack entsprach, über die Launen im Auditorium war schon die Rede. Ähnlich wie Schopenhauers Philosophie konnte seine Lehre nicht einmal zu einer Klassen- oder Gruppenphilosophie werden, sie war vorwiegend eine bestimmte Stimmung des Geistes, der allerdings die Eigenschaft des Katalysators ständig behielt. Zum ersten Mal vor der Epoche des Rousseau wagte jemand die ganze Epoche anzugreifen und selbst den Begriff der Kultur anzugreifen; diese nicht dort zu sehen, wo sich die anderen durch eine gesunde Vernunft führen ließen und durch die weise Voraussicht, durch den Geist der Aufklärung wie zum Beispiel »nicht aus der Reihe abweichen«, durch Vertrauen auf einen, eine nachgiebige, disziplinierte Herde verwaltenden Staat.

Wo die Mehrheit die Ordnung und den Weg einer scharfen Vervollkommnung sieht, provoziert Nietzsche mit seiner Vorstellung der Welt als Spiel, als Spielplatz der ewigen Rückkehr.



Friedrich Nietzsche (1844–1900)

Foto: AKG

Wo man an unantastbare Werte glaubt, demaskiert er sie wie »augenblickliche Demarkationsstriche und -punkte«. Kein Marsch in ordentlicher Schar, keine Schranken und Grenzen, sondern eine verrückte Fahrt auf den Dionysischen Wagen. Er ist destruktiv vom Überdruck der innerlichen Kraft, (»Licht wie alles, was ich fasse; Kohle alles, was ich lasse; Flamme bin ich sicherlich.«), er verflucht alles Fertige und Geschlossene: »Ich bin kein Mensch, ich bin ein Dynamit.« Er entfesselt aber die gefesselte Energie, wie der Blitz, der sich von Dunkelheit zu Dunkelheit entlädt.

Die Realität ist ihm keine Gewähr für eine bessere Zukunft, sie ist ein brechendes Eis, und es bleibt deshalb nichts anderes übrig, als diese durch eine Realität der Sehnsucht, durch einen titanischen Traum zu ersetzen. Er schickt der Menschheit den Zarathustra als Gleichnis des Kampfes des »zwischen dem Tier und dem Übermenschen gespannten Strickes«. Die Menschheit von heute – das ist ein »selbstsüchtiges Nagen« und »eine Hundeangst« (*Salda*). Was er um sich herum sieht, ist nur eine Brücke, von dre er einen weiten Sprung wagt, auch um den Preis des Sturzes in die Kluft, aber auch für die sanfte Hoffnung, daß alles nur Übergang und Verfall ist.

Das Bewußtsein der Krisis bestimmt die

persönliche Aussage einer Reihe der Künstler am Ende des Jahrhunderts; es wird zum grundlegenden Maßstab, zu einer zeitgemäß kennzeichnenden Schöpfervision. »Es war eine seltene Zeit, das Ende der Achtziger, der Beginn der Neunziger Jahre. Eine dämmernde, verdorrte, verzweifelte, im wahrsten Sinne nahe am Selbstmord. Das Alte hat längst sein Leben beendet, es stirbt nach und nach ab, ja es war schon abgestorben, aber noch nicht vom Zweig des Lebens abgefallen, und so verhinderte es das Aufblühen des Neuen, das nicht zur Welt kommen konnte.« (*F. X. Salda*) Gerade dieses Generationsgefühl treibt auch die tschechische Kultur in eine Konfrontation mit den Gedanken des großen »Überwerfers der Werte« hinein. »Für mich war und ist er der große Seher«, gesteht Salda, der ihm eines von seinen meisterhaften Portraits widmete.

Die Differenziertheit dieses Widerhalls ist direkt proportional der Vieldeutigkeit und Widersprüchlichkeit, der dichterisch-aphoristischen Äußerungen Nietzsches. Es ist deswegen kein in sich abgeschlossener Strom, sondern eine gewisse imaginäre Einheit einsamer Stimmen; ein Mosaik, wo sich jeder an anderen Farben versehen hatte. Die Dekadenten im schwarzen Fluch des »Philosophen mit dem Hammer«: »An meinen Namen wird einmal eine Erinnerung an etwas Riesiges angeheftet sein werden – an eine Krisis, die es auf Erden bisher nicht gab, an die tiefste Kollision des Gewissens . . .« Schwarz ist die Revolte von Nietzsches *Antichrist*, schwarz ist der satanische Frevler der dekadenten Dichter. Schwarz, weil tragisch, ist seine Einsamkeit; eine Pose des sagenhaften Phönix, des einzigen seiner Art. Aus ihr ist die Selbststilisierung vieler Künstler der Dekadenz hervorgegangen. »Er geht unsichtbar durch das Leben, weil er nur für sich selbst lebt. Seine Wege führen über die Abgründe des Todes und er ist immer bereit, mit dieser Geliebten aller Seelen eine Begräbnisarabande über dem eigenen Grab zu tanzen. Er begibt sich leicht und sorglos, mit einer Melodie auf den Lippen, auf den unbekanntem und einsamen Weg aller Individualitäten, die den Mut hatten, ihrem Traum und ihrer Sehnsucht zu folgen, über Gräber, durch jenen tragischen Weg, der mit den für ihn sichtbaren Sternen beleuchtet und mit bezaubernden und allmählich mordenden Schimären beseelt ist. Und irgendwo in den Tiefen der Sternkonstellationen, die diesen Weg beleuchten, findet ein reizvoller Clown des Lebens und Herrscher des Traums den Sinn des Lebens, sterbend mit dem Mut eines römischen Centurius auf dem Feld der Abenteuer seiner Seele.« (*A. Breisky*)

Nietzsche ist allerdings nicht nur eine Überschwemmung, die wilde Steinblöcke niederreißt und Sumpf aufwirbelt, eine schwarze Kluft der Verdammung, sondern er ist auch das positive Pathos des Zarathustra, ein Feuerwerk von warmen und klaren Farben; Farben der entflammten Sehnsucht. Brezina ruft mit ihm das Ideal eines höheren Typs des Menschentums an; in Nietzsches Erdbewohnerschaft klingt ihm der Widerhall der orientalischen Weisheit, die den Menschen tief in die Ordnung des Naturgeschehens eingliedert (»Ich beschwöre euch, meine Brüder, bleibt der Erde treu . . .«). Überwiegend »Die Winde von den Polen« stehen der syntaktischen Figur Zarathustras am nächsten. (»Geheimnis des Feuers! Befreiendes!/Strahlendes Symbol des Allgegenwärtigen!/ Stolzer Hauch der Kraft! Die ins Licht veränderte Umarmung!/ Sich in die Höhe emporragende!«).

Diesen stolzen und optimistischen Ton behalten auch manche Essays von F. X. Salda; ihre Farbe ist das Grün der Lorbeerblätter der dionysischen Feiern, eines des energischen Lebens vollen Kultes. Am meisten verehrte er in Nietzsche den Geist der Antidekadenz. »In den sehr schlimmen Zeiten, wo das sogenannte Problem der Dekadenz mit seinen unfruchtbaren Subtilitäten und seiner erlogenen Tiefe auch die vielmehr stärker, als ich damals war, zu Tod gemartert hatte, hat es mir Nietzsche gelöst. Er hat es als die raffinierteste Nervenromantik analysiert, er ließ es in Nervosität und Halluzination zergehen; er hat es zerstreut, wie die Sonne den ungesunden Sumpfnebel zerstreut. Er hat es dadurch für mich aus dem Leben ausgeschlossen.« Vor allem die Kraft suchte auch S. L. Neumann in Nietzsches Schriften. Er sah darin Farbe seiner anarchistischen Ansichten, denn wie Zarathustra sagte: »So wenig Staat, wie es nur möglich. . .« Für Neumann war jedoch Nietzsches Werk nur eine vorübergehende Inspiration am Rande.

Tiefer hat es, was das Wesen betrifft, einen anderen einsamen Rebell – *Viktor Dyk* – betroffen. Es gab hier eine größere psychologische Verwandtschaft im Typ eines wesentlichen Individualisten und romantischen Maximalisten, der alles um sich herum durch das Extrem seines Ideals mißt. Das gleiche gilt auch für die Verachtung der Wirklichkeit, die ihre Größe verloren hatte. Wo aber Nietzsche einen Ausweg aus der Desillusion im Kult der Kraft und einer titanischen Tat anbietet, verfällt Dyk immer mehr und mehr dem Gefühl, daß jede Größe unter ständigem Ansturm der Kleinheit sinken muß. Er erblickt darin eine ja sogar metaphysische Gesetzlichkeit.

In jener schmerzhaften Donquichotterie hat Dyk einen Zwillings in der tschechischen Literatur – *Ladislav Klíma*. Es charakterisieren ihn Farben einer dunklen Nacht, Farben eines Mitternachtsschmetterlings, die, mit Nietzsche gesagt, Farben der tragischen Weisheit, die sich in die paradoxesten Tiefen des Wahnsinns stürzt. Er ist nicht nur ein außerordentlicher Literat, sondern auch ein außerordentliches psychologisches Phänomen an sich. Er hat Salda und auch Brezina bezaubert, der erklärt hat, daß Leute wie er nur einmal im Jahrhundert geboren werden. »Von ihm erwarte ich ein Werk, welches das erste von einer neuen Kunst sein wird und welches auf solche Art und Weise kommt, wie Morgenröte am Anfang des Tages erscheint: phantastisch und farbenvoll. « Im bizarrsten Allerlei haben sich hier die Inspirationsquellen und Formen der literarischen Entwicklung für eine ganze Generation getroffen und durchdrungen.

Es ist eine Collage des abstoßenden Naturalismus mit einer poetistischen Spielsucht und surrealistischen Einbildungskraft, der rohsten expressionistischen Visionen mit zartem Lyrismus und dadaistischem Hohn; der Dämon der Kafkaesken Verwandlung bricht ein in die heiligste Ruhe der Stoiker, das Obszöne in die engelhaft unschuldigen Motive, die schmutzigste Banalität in die kristallklare philosophische Ekstase. Es steckt etwas Unbeschreibliches darin, wie im magischen Zauber der Halluzinations-trugbilder des Hieronymus Bosch.

Wenn sich Nietzsche für einen Abstieg in die Unterwelt der dunkelsten menschlichen Instinkte und Leidenschaften entschied, wagt sich Klíma vielmehr weiter, aber nur aus dem Grund, um »wie ein Adler Kot in seinen Klauen in den Azur hinaufzutragen«. Es ist eine im dichterischen Schwung realisierte Idee über einen zwischen dem Tier und dem Übermensch gespannten Strich. Klíma entwickelt sie wie einen Gegensatz: »der Mensch societatis« und »sein eigener Mensch«.

Der erste ist nur ein »Produkt und eine Funktion der societatis, ihr Sklave und Papagei; ein Exemplar einer Buchausgabe; ein schwaches, deshalb sich faul in sozialen Banden herumwälzendes Geschöpf«. Er ist ein »Sklave der Unvernunft, ein Sklave der Dinge, Sklave alltäglicher Bemühungen und niedriger Bedürfnisse«.

Die Menschheit ist für Klíma eine Gesamtheit von Individuen, deren Domäne die Erwerbstätigkeit ist – diese »ordinäre Besessenheit«. Es hatte bisher kein solches erhitztes Stürzen gegeben – wohin? Die Menschheit weiß nicht: sie läuft nur, um zu laufen.«

Solch eine Welt ist für Klima ein »ideales Gespenst«, denn sie manipuliert, obwohl sie ihr Endziel verloren hat: »Gott, den Lebensinn, das höhere Licht«. Klimas Philosophie ist im Grunde genommen eine Verteidigung vor dem Menschen als »durchaus gesellschaftlichem Tier«, und er sucht deswegen die Rettung in der absoluten Freiheit »seines eigenen Menschen«, der souverän für sich selbst steht. (*I. Dubsky*). Was sagt Byrons Manfred? »Ich verachte die Meute,/ nicht einmal als Führer möchte ich mit Wölfen leben/ Der Löwe ist so allein und ich bin gleichfalls . . .«. Aber auch dieses titanische Individuum reicht Klima nicht aus. Er ist noch nicht die Achse des ganzen Geschehens, Gott als allvereinendes Prinzip geworden!

Bisher hat die Philosophie mit dem Begriff des Gottes in der »er-Form« gearbeitet. Klima überwölbt das ganze Problem mit einem Satz: »Ich bin der Unbedingte, der Absolute. – ich bin Gott.«

Signalisierte schon der Romantismus den Auftritt eines stolzen Individualismus (»Es brüllt in mir ein Löwe der Unersättlichkeit, ich bin der erste und höchste Mensch!«), steht Klimas Philosophie auf dem absoluten Höhepunkt dieser Sehnsucht nach einem unabhängigen, emanzipierten, in sich gekehrten, ja sogar genaußichtigen Selbsterleben, das schließlich auch den Gott selbst verschluckt hat.

Es ist unmöglich, alle Folgen dieses heroischen Kampfes der satanischen Revolte und der göttlichen Ordnung zu Ende zu denken, aber eine Frage überragt doch die anderen: Erträgt der Mensch die ganze Schwere einer prometheischen Revolte?

Ich kehre zum letzten Mal zu Nietzsche zurück und zu einer vorgelesenen Geschichte. Dieser eingeschworene Feind jedes Mitgefühls, dieser Barbar und Lästerey brach in Weinen aus vor Elend einer abgeschundenen in seine Kutse eingeschpannten Droschenstute.

Ist der Sieg die Kraft und der Stolz Zarathustras oder die Schwäche eines Menschen, der für einen Augenblick sich selbst überstiegen und sich erbarmt hat? Möglicherweise dürfte Nietzsche noch einmal in Weinen ausbrechen – diesmal über diese Pointe.

Übersetzung: Svatava Kovalcikova

Kritik

NORBERT SEITZ

Als einsamer Rufer im Dickicht

Heiner Geißler auf dem Weg zum *elder statesman*

Manchem feingeistigen Bonner Betrachter wie ein diskursives Eldorado. Müssen das für tolle Zeiten gewesen sein, als täglich drei Modernisierungskonzepte miteinander im Wettstreit lagen: die reformkonservativen Campagnen, der sozialdemokratische Spagat, die grünalternativen Provokationen. In jener Zeit avancierten Rita Süßmuth und Heiner Geißler, Oskar Lafontaine und Joschka Fischer zu den Lieblingen eines geschmäckerlichen Metiers, das sich vor allem im CDU-Achtundsechzigern, dem Enkelaufstieg in der SPD und den Spielständen beim grünen Realo-Fundi-Dauergezänk zu beschäftigen pflegte.

Noch vor einem Jahr konnten die Bonner ZEIT-Journalisten Gunter Hofmann und Werner A. Perger mit Weizsäckers moderater Parteilosigkeit einen großen Erfolg landen. Der Bundespräsident hatte sich höchst verdienstvoll an die Spitze einer populistisch ausufernden Bewegung gesetzt, um dieser die Spitze abzubreaken. Ob die Herausgeber einen ähnlichen Erfolg mit dem nächsten reformkonservativen Gesprächsepos erzielen werden, darf eher bezweifelt werden. Der Kandidat Geißler ist nur noch ein einsamer Rufer im Dickicht seiner nach rechts driftenden Partei. Seine auf 430 (!) Seiten präsentierten Bekenntnisse werden längst nicht mehr – wie von ihm beabsichtigt – als »kritische Begleitung«, sondern nur noch als lästige Zwischenrufe eines Außenseiters empfunden. Könnte nicht gerade an seiner wachsenden Bedeutungslosigkeit demonstriert werden, wie sehr eine der zentralen Botschaften des Buches *nicht* zuzutreffen scheint. Da bestreitet Geißler nämlich die Annahme seines Fraktionschefs, »daß sich durch das vereinte Deutschland etwas qualitativ Neues gebildet hat«.

Der langjährige CDU-Generalsekretär (1977–1989) ist besorgt um die Zukunft der Republik. Die deutsche Einheit scheint ihm allmählich vom Charakter einer Schutzgarantie »für den Bestand der großen Freiheitsrechte und Grundwerte« einzubüßen. Doch nichts fürchtet Geißler mehr als den Verlust der Mitte.

Deshalb kämpft er immer noch unverdrossen für seine »alte« Linie einer modernisierten Union, die auch offen sein muß für *weiche* Themen: »Die CDU würde einen ganz schweren Fehler machen, wenn sie ihr Profil vorwiegend in ganz harten Themenbereichen suchen würde, zum Beispiel der Verschärfung des Abtreibungs-Strafrechts, der Asylpolitik, der seuchenpolizeilichen Behandlung von Aidskranken, der traditionellen Rolle der Frau, der Wiederherstellung des Nationalstaates, gegen Europa. Dann hätte sie die Wahl heute schon verloren.«

Freilich muß auch er eingestehen, daß ein CDU-Frauenparteitag wie 1985 in Essen in der heutigen Union mit den Vorstellungen Schäubles, Kanthers oder Heitmanns ziemlich undenkbar wäre.

Doch Gleisweiler in der Südpfalz ist kein Wolkenkuckucksheim, das der geübte Drachenflieger und Bergsteiger zu erklimmen sucht, sondern von dieser Welt und »schöner als die Toskana«, zumal ihm die Gesellschaft dort zwar »offen«, aber nicht gerade »solidarisch« vorkommt.

Nach dem Verlust des anti-sozialistischen Feindbildes sieht Geißler den Vorrat an Identifikation bei seiner Partei keinesfalls ausgetrocknet. Er beschwört den »Bundesstaat Europa« als einzig verbliebene »Vision«. Die europäische Vereinigung müsse »unumkehrbar« sein – trotz der Vertragsdefizite von Maastricht. Das Projekt Europa verdiene endlich eine »Chancendiskussion« und nicht nur eine defaultistische Bewertung der Risiken.

Diese müsse offensiv geführt werden gegen die »neue breite nationalistische Front« von Augstein, Fack und Fromme über die Ullstein-Reihe bis Gauweiler und Schönhuber – all die nationalen Identitätssucher von Baring bis zur Witwe Brandt inclusive. Daß der kampferprobte Polemiker beim Zusammenpferchen seiner Gegnerschaft den toten Hillgruber und den liberalen Dahrendorf mitgehen läßt, mag viele Linke heuer vor Freude jauchzen lassen, die sich vor Jahren als von Geißler Verunglimpfte noch fragwürdige historische Analogien ausdachten.

Wie sehr Geißler es noch immer versteht, mit knallharter rechter Diktion progressive Inhalte zu transportieren, beweist auch sein jüngstes schweres Geschütz gegen Edmund Stoibers europafeindliche Auslassungen. Von »Hochverrat« redet man unter Rechtsradikalen!

Einer wie Geißler kapituliert so leicht nicht. Er beklagt zwar das »Fehlen eines Weltethos«, weil die westliche Welt nicht frühzeitig in Sarajevo militärisch intervenierte, gleichwohl glaubt

der Kämpfer an die »Chancen einer Gegensteuerung der Politik«. So legt er sich noch immer an, aber vorwiegend mit seiner eigenen Partei, wenn er etwa den nationalkonservativen Ratgebern in der Union »Gedankenfaulheit und Zukunftsangst« bescheinigt, was für den stets unerschrockenen Jesuitenschüler mit seinem tiefverwurzelten anthropologischen Optimismus so ziemlich das Schlimmste ist, was man einem Politiker nachsagen kann. Dabei mag es den Leser ein wenig frösteln, wenn sich Geißler fast sektiererhaft zur Monogamie, »Askese und Selbstdisziplin« bekennt und gesteht: »Ich gehöre nicht zu den Alkoholikern in Bonn«. Wer einst klischeehaft spröde Pietisten gegen lebensfrohe Jesuiten glaubte ausspielen zu können, sollte sein Urteil noch nachträglich überholen!

Gegen den drohenden Nationalismus macht der südpfälzische Bundestagsabgeordnete neben der Europaidee auch das pragmatisch angelegte Konzept einer multikulturellen Gesellschaft geltend, die sich in ihrer aufklärerischen Verfaßtheit von einem grün-alternativ angehauchten Multikulturalismus unterscheidet, der selbst *das* kulturell dekorieren möchte, was europäischer Aufklärungstradition widerspricht.

Auch für den Sozialstaat bricht Geißler noch manche Lanze und bewegt sich dabei ganz gegen den *mainstream* der Deregulation, der auf dem jüngsten CDU-Parteitag in Berlin spürbar war. Es gehört zu seiner Lieblingsrolle, sich als einer der letzten wertkonservativen Gralshüter der Idee der sozialen Gerechtigkeit darzustellen, zumal er der Linken dabei einen Traditionsstrang streitig machen kann. Beschämendes Beispiel für den gesellschaftlichen Entsolidarisierungsprozeß und »den Verfall der öffentlichen Moral« ist für ihn die Diskussion um die Pflegeversicherung. Hier setzt sich der frühere Landessozialminister von Rheinland-Pfalz ziemlich prononciert mit dem marktfundamentalistischen Koalitionspartner auseinander. Der schwierigste Teil der deutschen Einheit sei unter die Ressortkompetenz von ebenso phantasielosen wie »verhängnisvoll konzeptionslosen« Leuten geraten – gemeint sind wohl die Hauf- und Möllemänner oder der jetzige Wirtschaftsminister.

Noch immer sitzt die Wunde von Bremen tief, wo Kohl 1989 seinen langjährigen Querdenker und Campagnenchef aus dem gemeinsamen Boot stieß, um mit dem servileren Volker Rühle den damals sich ankündigenden Epochenbruch anzugehen. So verrät Geißler immer dann den alten Biß, wenn es um die Widerlegung jener Gründe geht, die seinerzeit für die Plausibilität seiner Abberufung herhalten mußten.



CDU-Parteitag 1989 in Bremen: Kohl und Geißler trennen sich

Foto: dpa

Dabei entwickelt er in eigener Sache mitunter eine analytische Widerborstigkeit, die manchen Wahlsoziologen in Staunen versetzen dürfte. So bestreitet er die gängige Annahme eines »Links-Rechts- oder Milieu-Automatismus«, wonach die Wahlgewinne links von der Mitte automatisch rechts von der Mitte wieder verloren gingen. Anfechtbar ist sicher auch die These über den typischen Republikaner-Wähler, bei dem es sich für Geißler um keinen ehemaligen CDU- oder SPD-Stammwähler, sondern eher um einen stimmungabhängigen Rand- oder Denkgewinnwähler oder »canti sciolti« d. h. um streunende Hunde handeln soll, derentwegen eine selbstbewußte Volkspartei keine programmatischen Verrenkungen oder Sprachregelungen nötig habe. Durch die letztjährige Landtagswahl in Baden-Württemberg sieht sich Geißler bestätigt, daß die CDU mit harten Themen wie »Innere Sicherheit« und »Asyl« absolute Mehrheiten verlieren kann – die REPS zogen zweistellig ins Stuttgarter Parlament! Für den Kohl-Stellvertreter im Parteivorstand ist der Kampf um die Mitte und nicht um die Ränder überlebensnotwendig, zumal er die SPD unter Rudolf Scharping auf einem für die Union gefährlichen Kurs der schleichenden »Christdemokratisierung« sieht.

Schließlich legt sich Geißler auch mehrmals mit Helmut Kohls demoskopischem Allensbacher Fossil, Elisabeth Noelle-Neumann, und ihren »Machtzementierungs-Thesen« an, wonach Streit die Mehrheitsfähigkeit einer Partei gefährde, Geschlossenheit mithin wichtigste Vor-

aussetzung des Machterwerbs wie -erhalts sei. Die Konsequenzen – eine stromlinienförmige Konformität mit »Diktat statt Diskurs« – waren auf den beiden letzten Parteitag in Düsseldorf und Berlin erdrückend. Doch Geißlers Leitbild einer diskursoffenen Partei müßte gewiß noch relativiert werden durch das abschreckende Gegenbeispiel einer Sozialdemokratie, die sich vielfach mit dem Medienpartisanentum einiger Spitzenakteure ein konfuses Image erworben hat.

Das Geißler-Gespräch ist gewiß um wenigstens 150 Seiten zu lang geraten, was durch die sorgsame Streichung von etlichen Wiederholungen hätte vermieden werden können. Es präsentiert uns keinen neuen, zeitgeistig gewendeten Heiner, sondern den unverwechselbaren Geißler, der unverdrossen an die Notwendigkeit einer reformkonservativen Mission glaubt und im übrigen von seinen alten, berühmten-berühmten Polemiken, auf die Hoffmann-Perger auch zu sprechen kommen, keine Silbe zurücknimmt. So sympathisch viele Positionen gegenüber dem unaufhaltsamen Rechtstrend seiner Partei auch sein mögen – sorry, aber Heiner Geißler ist ein Mann von Gestern, auf dem besten Weg zum *elder statesman*, mit Chancen, der Edward Heath des Helmut Kohl zu werden, der ihn an sein europäisches Versprechen erinnert und das soziale Gewissen schürt.

Heiner Geißler im Gespräch mit Gunter Hoffmann und Werner A. Perger, Eichborn-Verlag, Frankfurt a. M. 1993, 429 S., DM 34,-

Falin und die Deutschlandpolitik

Zeitgeschichte wird auch rekonstruierbar aus den Memoiren ihrer Akteure. Solche Rekonstruktion ist oft ein mühsames Geschäft, zumal wenn zahlreiche Fakten zu einem Gesamtgewebe zusammengefügt werden müssen. Das gilt auch für Valentin Falins persönliche Deutung von nahezu vier Jahrzehnten sowjetischer Außenpolitik, beginnend mit den letzten Jahren der Epoche Stalins und ausklingend mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion.

Im Zentrum der Darstellung steht die sowjetische Deutschlandpolitik an der Wende von den 60er zu den 70er Jahren – das Gegenstück zur deutschen Ostpolitik also. Offensichtlich ist die Faszination dieses Gegenstandes ungebrochen. Manche etablierte Einschätzungen werden gerade neuerdings wieder in Frage gestellt. So unternahm Timothy Garton Ash den Versuch, mit der vermeintlichen Überschätzung deutscher Ostpolitik aufzuräumen. Falin ist anderer Meinung: für ihn bilden deutsche Ost- und sowjetische Westpolitik den Kristallisationspunkt europäischer Nachkriegsentwicklung. Darüber darf weiter gestritten werden.

Er schildert den Ablauf der Ereignisse aus der Perspektive eines Mithandelnden; seit Mitte der 60er Jahre war er an Schlüsselstellen der sowjetischen Außenpolitik tätig. Im Rampenlicht der deutschen Öffentlichkeit stand er als sowjetischer Botschafter in Bonn von 1971 bis 1978. Aus seiner Sicht wurde mit dem Zustandekommen des Moskauer Vertrages von 1970, dem Viermächteabkommen über Berlin sowie ihrer Umsetzung die Weichen gestellt für die Zukunft des Sowjetregimes. Außer Frage steht für ihn bis heute die Richtigkeit des deutschlandpolitischen Ansatzes – nämlich die mit den Worten Egon Bahrs bezeichnete Kunst, »friedlich nebeneinander zu existieren, ohne den Nächsten lieben zu müssen.« Daß die Sowjetunion schließlich ihr Überleben doch nicht sichern konnte, sieht er nicht im Konzept selbst, sondern in gravierenden Mängeln seiner Ausführung begründet.

Falin selbst erscheint dabei in der Rolle eines Vordenkers und überzeugten Exekutors dieser Politik, die er gegen innersowjetische Widerstände und, wenn es nottut, auch an Gromyko vorbei über direkte Drähte zum Politbüro durchzusetzen versteht. Doch hat sein Einfluß Grenzen; dies gilt nicht zuletzt für die Bonner Botschafterjahre, in denen die sowjetische Westpolitik von einigen Spitzenpolitikern – am Pran-

ger steht hier insbesondere Gromyko! – nicht mehr die gebotene Fürsorge erfährt. Für Falin war dies Anlaß, über einen Rücktritt aus der Politik, vorzugsweise auf den Sessel des Direktors der Leningrader Eremitage, nachzudenken. Nach seiner Überzeugung hätte dem Moskauer Vertrag unverzüglich ein Kurs folgen müssen, der auf den Abbau des volkswirtschaftlich zu kostspieligen militärischen Potentials abgestellt hätte. Nur so hätte sich das bereits morsche Sowjet-System eine Chance zum Überleben erhalten. Jedoch sei die sowjetische Führung in dieser Frage gespalten gewesen; letztendlich hätten sich die Betonköpfe im Politbüro, verkörpert durch Suslow und Ustinow, durchgesetzt, denen allerdings die von Falin als »treulos« beklagte US-Politik des Hochrüstens als Vorwand gedient habe.

Werden wir hier Zeuge einer neuen ostpolitischen Legendenbildung? Falins These, daß das Sowjetsystem um das Jahr 1970 herum durch eine radikale Politik der Zusammenarbeit mit dem Westen nach außen und der Umgestaltung nach innen zu retten gewesen wäre, ist nicht unbestritten. Hatte nicht die gravierende innere Strukturschwäche der Sowjetunion, verschlimmert durch eklatante Führungsmängel, schon damals einen Grad erreicht, der eine Remedur mit systemimmanenten Mitteln nicht mehr zuließ? Die Sowjetunion unterschied sich da wohl nicht grundlegend, sondern allenfalls in der Qualität ihrer Ressourcen und ihres Großmachtstatus von der DDR, deren Kollaps spätestens Anfang der 70er Jahre – Falin führt dafür ein aufschlußreiches Zeugnis aus der Unterhaltung mit Andropow vom Oktober 1971 an – klar erkennbar geworden war.

Von besonderer Aussagekraft sind Falins Ausführungen dort, wo sie den Blick hinter die Kulissen innersowjetischer Machtgefüge erlauben. Seine Analyse ist geeignet, den hierzulande nach wie vor gehegten Mythos von der monolithisch-schlagkräftigen sowjetischen Außenpolitik »aus einem Gruß« nachhaltig zu erschüttern. Zum Vorschein kommt bei ihm eine oft genug kurzatmige Flickschusterei, die hochgradig abhängig ist von Launen der gerade Mächtigen im Politbüro. Seine Darstellung personalpolitischer Konstellationen in der höchsten sowjetischen Führungssetzlage läßt manche Zusammenhänge in neuem Licht erscheinen.

Doch ist auch hier Vorsicht angezeigt. Falins Persönlichkeitsskizzen verdanken ihre

Konturen nicht zuletzt auch persönlichen Erfolgs- oder Mißerfolgserlebnissen. So erscheint etwa der ihm wohlgesonnene Breschnew im milden Licht eines aktiven Betreibers sowjetischer Deutschlandpolitik und mit durchaus kraftvollen Führungsfähigkeiten ausgestattet. Nicht ohne Mitgefühl stilisiert ihn Falin zur Vaterfigur eines »König Lear«, der – spätestens seit 1975 krankheitsbedingt durch rapide fortschreitenden Persönlichkeitsverfall gezeichnet – von seiner minderbegabten politischen Umwelt schließlich schamlos manipuliert worden sei. Die Deutschlandpolitik sei dabei zur Strecke gebracht worden. War es wirklich so einfach?

Hochachtung bezeugt Falin der polischen Klarsicht Kossygin, dem es jedoch an Durchsetzungskraft gefehlt habe. Demgegenüber ähnelt die Rolle Gromykos der des *Jago*: bestätigt wird dessen ressentimentbestimmte Grundeinstellung gegenüber Deutschland (er verlor im Krieg einen Bruder). Selbst ein sozialistisch vereintes Deutschland wäre ihm ein Greuel gewesen. Gromykos außerordentliche Intelligenz wird in Falins Augen negativ aufgewogen durch Eigenschaften der Intransigenz, Eitelkeit und Taktlosigkeit (Falin nennt ihn als Inspirator der Posse um den »Brief zur deutschen Einheit«). Gromyko erscheint als Hauptverantwortlicher für die ungenutzten Chancen sowjetischer Deutschlandpolitik. Daß die Entspannungspolitik nicht schon früher an den Umtrieben Gromykos gescheitert ist, sei dem Eingreifen Andropows zu verdanken gewesen.

Wesentlich nachsichtiger ist Falin gegenüber seinen deutschen Verhandlungspartnern. Mitunter mögen nostalgische Erinnerungen an die Bonner Botschafterjahre eine Rolle spielen. Warmherzige Porträts gelten vor allem Bahr, auch Scheel, Leber und dem »eindrucksvollen« Helmut Schmidt. Dagegen bleiben seine Ausführungen zu Genscher merkwürdig blutleer und distanziert. Als Fußnote nicht ohne Interesse ist ein Seitenhieb auf den Nachfolger im Bonner Botschaftersessel, Kwizinskij, dem Falin ethische Defizite bescheinigt.

Der Geschichte von den verpaßten Gelegenheiten sowjetischer Deutschlandpolitik fügt der Autor einen Schlußteil an, der die Agonie des Sowjetstaates unter Gorbatschows Führung behandelt. Man wird Falin zustimmen müssen, daß die Perestrojka zum Scheitern verurteilt war, weil sie den Bruch mit dem stalinistischen Erbe nicht konsequent genug vollzog; poststalinistische Staats- und Parteiorganisation und demokratischer Geist der Perestrojka standen zueinander in einem Verhältnis von Feuer und Wasser.



Valentin Falin überreicht Bundespräsident Heinemann sein Beglaubigungsschreiben Foto: dpa

Rasch beantwortet ist die Frage nach dem Schuldigen der Misere: Totengräber der Sowjetunion ist für ihn Gorbatschow, den trotz überdurchschnittlichem Format »unkontrollierte und unbeschränkte Macht politisch, moralisch und ideell verdorben« hätten. Das von Falin zusammengestellte Sündenregister ist umfassend und vernichtend; es schließt selbst die gemeinhin über den grünen Klee gelobte Außenpolitik des Ex-Generalsekretärs ein, deren Handhabung der Autor als »in der Ausführung anstößig« charakterisiert. Unzureichend gewahrt sieht er legitime nationale Belange insbesondere bei Gorbatschows Förderung deutscher Einheit: »die Völker meines Landes hatten das Recht auf eine optimale Lösung ihrer Sicherheitsinteressen.«

Hier argumentiert der Autor merklich emotional. Die eigenen, von ihm beklagten Geschicke unter Gorbatschow – als IZVESTIJA – Leitartikler, Chef der Presse-Agentur APN und leitender ZK-Funktionär sieht er sich in den Entscheidungsprozeß nicht angemessen einbezogen – scheinen die Qualität seines Urteils ein wenig beeinflußt zu haben. Im übrigen bleiben Fragen zu seinen Überlegungen über die Finalität des Sowjetregimes: War es ein Regime, das es wert war, gerettet zu werden – beispielsweise durch eine konsequent genutzte Deutschlandpolitik im Gefolge der Entspannung oder im Vorfeld der deutschen Vereinigung? Und in welcher Gestalt hat man sich sein Überleben zu wünschen? Die ansonsten durchaus anspruchsvoll-kritischen Reflexionen Falins, die gewürzt sind mit Zitaten literarischer Autoritäten von

Bertolt Brecht, Benjamin Disraeli, Françoise Sagan bis hin zu Alexander Puschkin, lassen hier Spielraum für manche Spekulation. Greifbar wird an einer Stelle seine Sympathie für die ursprünglichen Ideale der Oktoberrevolution von 1917. Inwieweit dieses Modell auf aktuelle Verhältnisse übertragbar gewesen sein könnte, bleibt offen.

Für Memoirenliteratur gilt generell der Satz, daß ihr stets auch ein gehöriger Schuß an Rechtfertigung beigemischt ist. Das vorliegende Werk bildet dabei keine Ausnahme, so etwa die Fingerzeige auf des Autors kritische Integrität, seine Standfestigkeit gegenüber den politischen Konjunkturen des Sowjet-Totalitarismus, sein Eintreten für demokratische Werte und Menschenrechte – man erfährt, daß schließlich ihm die Ausreise Lew Kopelews zu verdanken sei –, sein Warnen vor den verhängnisvollen Folgen des Wettrüstens und, illustriert am Fall Katyn, sein Kampf für eine Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit. Trotz solcher Einschränkungen fügen Falins Erinnerungen unserem Bild sowjetischer Deutschlandpolitik wichtige Facetten hinzu, gerade hinsichtlich innerer Entscheidungsprozesse in der damaligen Sowjetführung. Dennoch tut man gut daran, sich jederzeit ihres subjektiven Charakters bewußt zu bleiben. Ergänzungen durch Zeugnisse anderer Akteure sind hochwillkommen.

Valentin Falin: Politische Erinnerungen, Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knaur Nachf., München 1993, 560 S., DM 48,-

MARTIN BRÜNING

Aufstieg und Fall der Mrs. T.

Take the money and shut up!« antwortete Bernard Ingham auf die Frage der BBC, welchen Rat er Margaret Thatcher für die Zukunft gebe, nachdem sie als Premierministerin zurückgetreten war. Der Ratschlag ihres langjährigen Pressereferenten fand bei Mrs. T. kein Gehör: Die Chance ist vertan. Der Memoiren erster Teil ist erschienen.

11 Jahre in Downing Street No. 10 werden auf 1 231 Seiten nicht gerade komprimiert und schon gar nicht kunstvoll zusammengefaßt. Ein

Mangel an stilistischer und sprachlicher Fähigkeit durchzieht das Buch von Anfang bis Ende und macht die Lektüre nicht gerade zum fesselnden Lesegenuß. Die Struktur ist pure Chronologie. Der Inhalt entschädigt nur teilweise. Besondere Kenner und Freunde der britischen Verhältnisse werden sich an den detaillierten Schilderungen der Innenpolitik ergötzen können. Ob jedoch das breite Publikum in Deutschland begierig ist zu erfahren, wie und warum sich beispielsweise die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Vereinigten Königreichs von 1961 bis 1979 entwickelte, darf man bezweifeln.

Größeres Interesse wecken die Kapitel über Außen- und Sicherheitspolitik. Wie Lady Thatcher die Vereinigung Deutschlands erlebte und bewertet, konnte man ahnen. Jetzt hat man es schwarz auf weiß und höchstpersönlich autorisiert.

Downing Street No. 10: Die Erinnerungen gibt den Blick frei auf die Ideologie des Thatcherismus. Im Kern ist das Buch ein leidenschaftliches Manifest für einen radikalen Konservatismus. Zugleich lernt der Leser das Denken der Verfasserin kennen und begreift, daß diese Frau ihren Weg nur gehen konnte, weil sie – wie viele tragische Figuren der Geschichte vor ihr – beseelt war, und es wohl immer noch ist, von einer Schlüsselbotschaft, die sich mit einem einzigen Wort benennen läßt: »Ich«. »Ich« beschreibt am treffendsten ihr Verhältnis zu ihrer Außenwelt, zur Politik, und »Ich« ist der wesentlichste Gedanke ihrer Vorstellung von einer konservativen Gesellschaftsordnung, in der der einzelne alles, die Gemeinschaft nichts bedeutet. Lady Thatcher hat immerhin den Mut, ihre Botschaft nicht zu verschlüsseln. Die Beschreibung ihrer guten Stimmung nach dem Sturz der Labour-Regierung James Callaghans im Jahre 1979, der am Anfang ihrer Karriere als Premierministerin stand, gipfelt in den Feststellungen: »... auch eine persönliche Komponente trug zu meinem Hochgefühl bei. Chatham (Premierminister 1766–1768, MB) äußerte einmal den berühmt gewordenen Satz: Ich weiß, daß ich dieses Land retten kann und daß nur ich dazu in der Lage bin.« Es wäre anmaßend gewesen, mich mit ihm zu vergleichen – aber wenn ich ehrlich bin, muß ich eingestehen, daß meine Hochstimmung aus einer ähnlichen inneren Überzeugung erwuchs.«

Großbritanniens Wirtschaft steckte in einer schweren Krise als die »Eiserne Lady« Premierministerin wurde. Als sie noch Führerin der Opposition war, konnte man noch rätseln, aus welchem Metall Margaret Thatcher geschaffen ist.



Margaret Thatcher läßt ihrem sowjetischen Gast den Vortritt

Foto: dpa

Einmal in der Verantwortung, ließ sie fortan keine Zweifel mehr aufkommen: Statt Kurswechsel oder Kurskorrektur setzte sie auf Revolution. Keynes wurde zum zweiten Mal bestattet, Milton Friedmans Monetarismus zur herrschenden Wirtschaftsstrategie. Ihre Regierung flankierte die Herrschaft des Geldmengen Volumens mit zahlreichen Maßnahmen, die letztlich im Umbau der gesamten Wirtschaftsstruktur mündeten, und das war auch beabsichtigt. Preiskontrollen wurden abgeschafft, die Rechte der Gewerkschaften eingeschränkt, der öffentliche Dienst reformiert, die Einkommenssteuerspitzenätze gesenkt sowie die Eingangssätze verringert. Das alles war erst der Auftakt zu den großen Schlachten, die noch folgten: Die harten Maßnahmen gegen Arthur Scargills Bergarbeiterstreik setzten den vorläufigen Schlußpunkt im Kampf gegen die Gewerkschaften; die Privatisierungswellen beendeten die Verantwortung des Staates für zentrale Bereiche der Volkswirtschaft; das Projekt einer Pro-Kopf-Gemeindesteuer, besser bekannt als »poll tax«, leitete schon den Anfang vom Ende der Thatcher-Ära ein.

Bei allem ging es Margaret Thatcher nie nur um die Sache selbst. Immer stand die Pra-

xis der Ideologie im Hintergrund – oder Vordergrund? Der Sozialismus, dessen tückische Fratze die Regierungschefin beinahe überall zu erblicken glaubte, mußte niedergerungen werden. Selbst in den eigenen Reihen lauerten die verkappten Sozialheinis, die nicht den Mut hatten, mit den letzten Resten gesellschaftlicher Solidarität zu brechen. Im innerparteilichen Kampf der Torys, der auch in der Regierung ausgetragen wurde, schiedensich die »Wets« (Waschlappen) von den »Dries« (Trockenen). Um den Sieg ihrer Ideologie nicht zu gefährden, mußte die Regierungschefin mehrere Male die als britische Edelmänner getarnten Sozialisten, »Wets«, aus dem Kabinett werfen und die Position der »Dries« in der Regierung und in der Unterhausfraktion stärken. Hunderte Seiten der Memoiren sind mit den Einzelheiten dieser Kabinettsumbildungen gefüllt.

Den Historikern steht noch viel Arbeit ins Haus: Hätte Margaret Thatcher ihren außen- und sicherheitspolitischen Weg gehen können, ohne den alten Schauspieler im White House auf der anderen Seite des Atlantiks? Die Beziehung Thatcher-Reagan war mehr als eine »special relationship«: »symbiotic relationship« ist eine bessere Beschreibung. SDI steht beispiels-

weise für die gegenseitigen Beeinflussungen und Unterstützungen. Zwar klingt in den Kapiteln zu diesem Thema stets das dick aufgetragene Selbstlob der Mrs. T. an, sie habe Reagan auf den Pfad der Tugend zurückgebracht und davon überzeugt, daß SDI nicht mit einem Verzicht auf oder einer politisch-moralischen Abwertung von Nuklearwaffen verbunden sein dürfe. Doch es ist auch wahr, daß Großbritannien durch ihre Politik zu Amerikas operativem Brückenkopf in Sachen SDI in Europa wurde. Ohne den britisch-amerikanischen Bilateralismus hätte Reagan seine hochfliegenden Pläne gegenüber den Europäern nicht in der von ihm gewünschten und gewählten Form durchsetzen können.

Die Beziehung Reagan-Thatcher kann aber nicht verwechselt werden mit den Beziehungen der Vereinigten Staaten zum Vereinigten Königreich insgesamt. Abseits der Führungsetage gab es zwischen den Regierungen und Staaten differenzierte, d. h. schwierige Verhältnisse. Die offene oder verdeckte Unterstützung von Amerikanern irischer Abstammung für die Ziele der nordirischen Katholiken waren Lady Thatcher ein Greuel. Und der Rolle des amerikanischen Außenministers Alexander Haig im Falkland-Krieg, seinem Versuch als pendelnder Vermittler zwischen Argentinien und Großbritannien aufzutreten, widmet Margaret Thatcher nur halb versteckte Verachtung.

Wieviel sie an Ronald Reagan gehabt hat, wie wichtig ihre Beziehung zu ihm war, wird vollends deutlich, wenn sie sich über seinen Nachfolger ausläßt. Mit Bitterkeit stellt sie fest, »daß George Bush den Drang verspürte, sich deutlich von seinem Vorgänger abzugrenzen; und eine Möglichkeit dazu war, mir die Sonderstellung, die ich unter den Beratern und Vertrauten der Regierung Reagan genossen hatte, ostentativ abzusprechen«. Sie muß sich verraten gefühlt haben, als sie merkte, daß die neue Bush/Baker-Administration Europa-Karten zu Rate zog, auf denen neben London auch die Bundesrepublik Deutschland eingezeichnet war: »Meiner Ansicht nach bestand die wichtigste Konsequenz dieses Ansatzes darin, anstatt der »besonderen Beziehungen« zu Großbritannien nun die Beziehungen mit Deutschland in den Mittelpunkt zu rücken«.

Ein wenig Trost über die enttäuschte Liebe fand Mrs. T. bei einem anderen Revolutionär, Michail Gorbatschow. Doch der hat sie letztlich auch betrogen. Oder hatte er ihr nicht angedeutet, er werde die Vereinigung Deutschlands nicht zulassen, da er sich sonst seiner Position an der Spitze der Sowjetunion nicht sicher sein könne?

Europa und Deutschland: zwei Geschichten von Vereinigung, zwei Worte, bei denen Margaret Thatchers Blut in Wallung gerät. Man findet auf 1 231 Seiten rein gar nichts Neues, nichts, wovon man nicht schon immer meinte, es gewußt zu haben. Europa ist der Moloch der Bürokraten, das föderalistische und damit sozialistische – so einfach ist das – Teufelswerk des Jacques Delors und seiner Euro-Marionetten. Deutschland ist die Gefahr in der Mitte, immer hin- und hergerissen zwischen Neutralitätsbestrebungen und dem Willen, den Rest Europas zu beherrschen.

Den Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa, die deutsch-französischen Beziehungen, die Politik für eine Europäische Union und schließlich die Vereinigung Deutschlands verquickt Margaret Thatcher in dem Versuch, ihre Vision von nationaler Souveränität und Nationalstaatspolitik zu rechtfertigen. Die Osteuropäer spielten die wichtigste Rolle in ihrem Kalkül: »Auf lange Sicht würden mir die frei gewählten, unabhängigen und antizözialistischen Regierungen jener Region bei meinem Kreuzzug für ein größeres Europa mit lockeren Banden als potentielle Verbündete zur Verfügung stehen.«

Die Vereinigung Deutschlands hat ihre Pläne durchkreuzt, und sie gibt das offen zu. Ihr Ziel, »die Demokratisierung der DDR voranzutreiben und gleichzeitig ihre Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland hinauszuzögern«, war nur Vorwand, um die Vereinigung Europas zu verlangsamten, besser noch zu stoppen.

Der Leser selbst mag nun entscheiden, ob ihm diese Art der Offenheit sympathischer ist, als die in den Regierungen einiger anderer Länder des Kontinents herrschende, verquaste Europa-Rhetorik, die mit großen Worten das immer noch oder schon wieder wirksame Mißtrauen gegenüber Deutschland und den Deutschen kaschiert. Eines aber ist gewiß: Solange Ausländerfeindlichkeit, Gewalt gegen Minderheiten oder auch deutschnationale Stahlhelmparolen in der großer gewordenen Bundesrepublik nicht in die Schranken gewiesen werden, bleibt Lady Thatcher immerhin der rechthaberische Triumph des »I told you so«. Kostprobe: »Die politische Unreife der Ostdeutschen hat sich in der Form eines wiederauferstandenen . . . Neonazismus und ausländerfeindlichen Extremismus über das ganze Land verbreitet.«

Der Sturz der Margaret Thatcher kam überraschend plötzlich, aber er kam nicht unerwartet. Sie hatte sich selbst isoliert. In Europa und in ihrer eigenen Regierung. Geoffrey Howe hat im Rückblick ihren Regierungsstil beschrieben:

»Für Margaret Thatcher gab es in den letzten Jahren ihrer Regierung keinen Unterschied mehr zwischen Person, Regierung, Partei und Nation. Jede Kritik an ihr war ein unpatriotischer Akt.« Gleichviel, worauf die Kritik Geoffrey Howes beruht – immerhin war er in den ersten Jahren der Thatcher-Ära als Schatzkanzler ihr getreuester Diener, als es darum ging, den innerparteilichen Sieg gegen die »Wets« zu erringen und Großbritannien ein monetäres Wirtschafts- und radikal-konservatives Gesellschaftsprogramm aufzuzwingen –, sie reflektiert mit Genauigkeit Margaret Thatchers bereits erwähntes Leitmotiv: »Ich.«

Nigel Lawson, ebenfalls viele Jahre im Kabinett der Regierungen Thatcher hat diese Analyse variiert: »Ihr Problem mit dem Kabinett war, das zumindest einige Mitglieder eigene Ansichten hatten.«

Im Vergleich zu dieser Kritik liest sich die Darstellung bei Margaret Thatcher wie eine Verschwörungstheorie. Nicht ihre Egozentrik und die schon zwanghafte Neigung, Recht zu behalten und ihren Standpunkt durchzusetzen, haben sie auf den Weg ins Abseits gebracht, sondern die hinterhältige Verschlagenheit und Erpressungsversuche einiger Minister, die ihren europapolitischen Kurs nicht länger mittragen wollten, weil sie vom bürokratischen Euro-Bazillus befallen waren, führten zum Sturz. Sie ignoriert dabei, wie oft sie ihre Umgebung gedemütigt hatte: Michael Heseltine zum Beispiel, der nach außen hin den Aufstand gegen sie anführte, und der vier Jahre zuvor als Verteidigungsminister wegen eines Streits um die Anschaffung von Hubschraubern für die Armee, (»Westland-Affäre«) zurückgetreten war. Als zum letzten Gefecht geblasen wurde, entschied sie sich, die Verhassten, zum Beispiel Heseltine, zu verhindern und die weniger Verachteten zu protegieren. John Major, über den sie sich ansonsten mütterlich herablassend äußert, traf das Los und die Last, von Margaret Thatcher unterstützt zu werden. Er leidet noch heute darunter.

Mrs. T. hat nicht nur ihre Erinnerungen über elf Jahre als Premierministerin vorgelegt. Ihr ist es auch gelungen, so ziemlich alle, die ihr während dieser Zeit als Staatsmann in der internationalen Politik über den Weg liefen, mit teilweise brutaler Offenheit abzuqualifizieren. Carter war nett, aber unfähig. Mitterrand gebildet und charmant, aber doppelzüngig und immer schlecht vorbereitet. Bush hat die »special relationship« verraten. Kohl bekommt Lob nur im Zusammenhang mit Saumagen, Sauerkraut und Salzkartoffeln. Ted Heath hat den Konservatismus geopfert und dem Sozialismus

gehuldigt. Delors erscheint als Ausgeburt alles Schlechten in der Politik: Sozialist, Bürokrat, Föderalist, Europa-Befürworter. Die Liste ließe sich beinahe beliebig verlängern. Nur wenige wichtige Persönlichkeiten haben es geschafft, sich noch zu Lebzeiten so gründlich selbst zu diskreditieren wie Mrs. T.

Da sie angekündigt hat, daß noch ein zweiter Teil der Memoiren erscheinen soll, steht zu befürchten, daß die Selbstdemontage noch kein Ende gefunden hat.

Margaret Thatcher: Downing Street No. 10. Die Erinnerungen, Econ Verlag GmbH, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau 1993, 1231 S., DM 68,-

PETER VON OERTZEN Sozialdemokratie und Bolschewismus

Es gibt Bücher von einer derartigen Gründlichkeit und Materialfülle, daß kein Mensch sie von Anfang bis Ende durchlesen wird; allenfalls liest man *in* ihnen. Ihren Inhalt in der gebotenen Kürze auch nur andeutungsweise im Zusammenhang wiederzugeben und zu beurteilen, ist unmöglich. Möglich ist es, Themenstellung und Anlage zu würdigen oder einige besonders interessante und neuartige Aspekte herauszuarbeiten.

Schöler (es handelt sich bei dem vorliegenden Buch übrigens um seine Doktor-Dissertation) will deutlich nur »die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs – 1917–1929« behandeln. In Wirklichkeit tut er sehr viel mehr. Nicht nur, daß er in der Einleitung den Bogen bis zu Gorbatschow und zur derzeitigen wissenschaftlich-politischen Diskussion über den »real existierenden Sozialismus« schlägt und im übrigen umfassend den Forschungsstand zu seinem Thema darlegt, er liefert anhand der innersozialdemokratischen Diskussion auch eine höchst interessante Darstellung der sowjetischen Entwicklung von 1917 bis 1927/8: Die Frühzeit der Sowjetunion wird gewissermaßen im Spiegel betrachtet, im Spiegel der sozialdemokratischen

Auseinandersetzungen, eine spannende Perspektive, die interessante Einsichten in die Gründe und Ursprünge der Faszination eröffnet, die der Sowjet-»Sozialismus« 70 Jahre lang auf die europäische Linke ausgeübt hat.

Außerdem entfaltet sich am Leitfaden der innersozialdemokratischen Bolschewismus-Diskussion die Programmgeschichte der deutschsprachigen Sozialdemokratie dieser Jahre insgesamt, mit dem Schwergewicht auf den in Deutschland niemals wirklich verarbeiteten Traditionen des Austromarxismus – der unter den marxistischen Strömungen der Sozialdemokratie sicherlich die produktivste und originellste gewesen ist.

Schöler gliedert seine Darlegungen angesichts der erdrückenden Fülle des Stoffes sehr sinnvoll – es scheint ihm kaum ein einschlägiger Text entgangen zu sein – in die historischen Abschnitte der sowjetischen Entwicklung. Und er analysiert die innersozialdemokratische Diskussion um die in der Sowjetunion dominierenden Probleme. Ganz strikt hat Schöler dieses Gliederungsprinzip freilich nicht durchhalten können; er relativiert es durch die Konzentration der Kapitel auf bestimmte inhaltliche Schwerpunktthemen. Von daher ergeben sich sieben etwa gleichgewichtige Kapitel: Oktoberrevolution, Kriegskommunismus, Sowjets und Nationalversammlung; Das Problem von Demokratie und Diktatur, Bolschewismus und Internationale, die »Neue Ökonomische Politik« (NEP), internationale Probleme und Einheitsfrontpolitik in den zwanziger Jahren, die ideologischen Differenzen im Bolschewismus nach Lenins Tod; und schließlich werden in einer Art von Resümee die Auswirkungen der Bolschewismus-Debatte auf die sozialdemokratische Programmatik (Görlitz 1921, Heidelberg 1925, Linz 1925) untersucht.

Das inhaltliche Hauptinteresse Schölers richtet sich aber auf die dezidiert marxistischen Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie, insbesondere auf den Austromarxismus. Das hat vor allem sachliche Gründe: Die pragmatischen, betont »reformistischen« und »revisionistischen« Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie waren zu einem erheblichen Teil (freilich keineswegs ganz und gar) theoretisch-programmatisch weniger interessiert als die erklärten Marxisten und begnügten sich häufig mit einer überwiegend pragmatisch orientierten politischen Kritik am Bolschewismus als einer undemokratischen Fehlentwicklung des Sozialismus.

Diese besondere Blickrichtung führt allerdings zu aufschlußreichen und teilweise überraschenden Erkenntnissen über linke sozialdemo-

kratische Strömungen, die bisher in der deutschen Literatur wenig oder gar nicht gewürdigt worden sind. Neben dem Austromarxismus, über den es immerhin einige Literatur gibt, gilt dies insbesondere für den russischen Menschewismus. Die Menschewiki stellten nicht nur in der russischen Entwicklung den theoretisch-programmatischen Hauptkontrahenten der Bolschewiki dar; da sie in der II. Internationale mit der deutschen Sozialdemokratie eng verbunden gewesen waren und blieben und überdies viele von ihnen nach dem Verbot der Partei in der Sowjetunion anfangs der 20er Jahre emigrierten und ihre politische Tätigkeit in Deutschland oder Österreich fortsetzten, bestimmten sie in erheblichem Umfang die inner-sozialdemokratische Diskussion direkt mit und bereicherten sie durch ihre intime Kenntnis der russischen Verhältnisse. NB: Auch Trotzki hatte seine politische Laufbahn in der russischen Sozialdemokratie als Menschewik begonnen und leitete bis zur Oktoberrevolution eine Mittelgruppe zwischen Menschewiki und Bolschewiki.

Unser heutiges Interesse an Ursprung, Entwicklung und Untergang des bolschewistischen Experiments ist freilich nicht mehr so sehr – wie in den 20er Jahren – an der Frage orientiert, ob und in welcher Hinsicht der »reale Sozialismus« ein wirkliches Exempel für die Verwirklichung der sozialistischen Idee gewesen sei. Bis auf wenige sektiererische Reste (und natürlich die übriggebliebenen »kommunistischen« Herrschaftseliten und Kaderparteien Ostasiens) hält unterdessen die große Mehrheit der noch existierenden Sozialisten den sowjetischen Weg für eine Sackgasse (eine Auffassung, die auch Schöler mit großer Entschiedenheit vertritt, wobei er das Schwergewicht seiner Kritik insbesondere auf den strukturell undemokratischen bürokratisch-autoritären Charakter des Sowjetsystems legt). Um so mehr können aber heute die konkreten historischen und gesellschaftlichen Umstände der Oktoberrevolution und des durch sie eingeleiteten Industrialisierungsprozesses von Interesse sein. War dieser schon nicht im qualitativen und originären Sinne »sozialisiert«, so galt er doch in den Augen vieler kritischer Beobachter auch nicht als kapitalistisch – jedenfalls nicht im Sinne der historisch vorangegangenen kapitalistischen Entwicklung Westeuropas.

In der Terminologie von heute gesprochen, war das vorrevolutionäre Rußland ein Entwicklungsland im Übergang zum kapitalistischen Schwellenland. Die sozialen Revolutionäre Rußlands vor 1917 – nicht nur Bolschewiki, sondern auch und vor allem Trotzkiisten und Anar-

chisten, und in ihrer Mehrheit Menschewiki und »Sozialrevolutionäre« – suchten über die bloße bürgerliche demokratische Revolution hinaus noch einen Weg zum Sozialismus und wollten auf irgendeine Art und Weise (und genau darin unterschieden sie sich) die ihnen vor Augen stehende lange historische Entwicklung Westeuropas zum Kapitalismus abkürzen und den russischen Verhältnissen anpassen.

Die heutige Situation der sog. »Entwicklungsländer« einschließlich der zu einem chaotischen Frühkapitalismus zurückkehrenden Gesellschaften des ehemaligen »realen Sozialismus« scheint mir nun der des vorrevolutionären Rußland nicht ganz unähnlich zu sein. Die sog. »nachholende kapitalistische Entwicklung« in den Ländern der Dritten Welt ist vorerst weitgehend gescheitert (mit Ausnahme der vier »kleinen Tiger« Ostasiens, von denen fraglich ist, ob ihr Beispiel sich – sogar auf Asien beschränkt – verallgemeinern läßt). Nur in den Gesellschaften (West-)Mitteleuropas, Nordamerikas und der englischen Kolonien Ozeaniens ist der Kapitalismus zu einer halbwegs funktionierenden Synthese mit der bürgerlichen Gesellschaft und der rechtsstaatlichen Demokratie gelangt. Im Rahmen des siegreichen und nunmehr konkurrenzlosen Weltkapitalismus ist dieses Resultat die Ausnahme und nicht die Regel. In den kapitalistischen Ländern der Dritten und der (ehemals) Zweiten Welt zeichnet sich eine gänzlich andere Gestalt des Kapitalismus ab: Die zerstörerische Aufspaltung der Gesellschaft in einen minoritären, in den Weltmarkt und die kapitalistische Weltzivilisation integrierten Sektor und einen anderen mehrheitlichen, der durch Verelendung und soziokulturelle Desintegration charakterisiert ist, mit der Folge anhaltender schwerer ökonomischer, sozialer und politischer Krisen – von der begleitenden Umweltzerstörung gar nicht zu reden.

Wenn sich eine leninistisch-stalinistische Entwicklungsdiktatur und eine nachholende kapitalistische Entwicklung in gleicher Weise als Sackgassen des Fortschritts erwiesen haben sollten – und manches deutet darauf hin –, dann gewinnen die im Umfeld der Oktoberrevolution geführten Diskussionen über die Bedingungen einer wahrhaft sozialen und demokratischen gesellschaftlichen Umwälzung in einem Entwicklungsland ein neues aktuelles Interesse. Alte Fragen tauchen wieder auf: Reform, Revolution oder »revolutionäre Reform«? Friedliche oder gewaltsame Veränderung? Ist Gewaltanwendung dasselbe wie Terror, oder muß sie in den Terror münden? Welches sind die ökonomischen, sozialen und kulturellen Vorausset-

zungen der Demokratie in einer sich entwickelnden Gesellschaft? Ist das überlieferte westliche Repräsentativsystem die einzig mögliche Form der Demokratie? Wieviel Demokratie für die entschiedenen sozialen, weltanschaulichen und politischen Feinde einer demokratischen Entwicklung? Gibt es eine nicht (nur) kapitalistische Akkumulation des Kapitals? Welche Rolle spielen Staat und Planung als Voraussetzungen einer funktionierenden Marktwirtschaft? Agrarreform und/oder Agrarrevolution? Internationale Solidarität der Entwicklungsländer gegenüber der dominierenden Rolle der hochentwickelten westlichen Industriestaaten? Gibt es noch (wieder) so etwas wie imperialistische Machtpolitik hinter den Fassaden des Weltmarktes und der UNO?

Wer diese Fragen nicht für völlig abwegig hält, der wird aus der innersozialdemokratischen Diskussion des bolschewistischen Experiments manche Anregungen entnehmen können. Und das voluminöse Werk Schölers ist ein hervorragender Führer durch diese Diskussion.

Uli Schöler: »Despotischer Sozialismus« oder »Staatssklaverei?«, 2 Bde., Lit Verlag Dr. Wilhelm Hopf, Hamburg/Münster, 1100 S., DM 168,80

THOMAS KREUDER Wachstumsbranche im Chaos

Spätestens seit der Entdeckung des *Lean Managements* gehören Dezentralisierung, die Delegation von Entscheidungsbefugnissen, bereichsübergreifende Kooperation, transparente Strukturen und flachere, durchlässigere Hierarchien zum Kernbestand einer als zeitgemäß angesehenen Unternehmensführung. Neben der zielführenden Ausrichtung des Alltagsverhaltens, der Reduktion von Komplexität und der Schaffung von Erwartungssicherheit fällt dabei der sogenannten »Unternehmenskultur« die Aufgabe zu, die durch die organisatorischen Maßnahmen freigesetzten zentrifugalen Kräfte weitgehend zu neutralisieren. Eine allgemeingültige Definition von »Firmenkultur« existiert nicht. Gebräuchlich geworden ist, sie als die auf

Personalführung und Arbeitsmotivation einwirkende Wertebasis eines Unternehmens zu beschreiben. Demgemäß handelt es sich um einen informellen Steuerungsmechanismus, der Stabilität und Kontinuität garantieren und der kollektiven Ausrichtung des jeweiligen individuellen Bewußtseins dienen soll: statt *personal* nun *corporate identity*.

Diese funktionale Bedeutung unterstreicht, daß »Firmenkulturen« ernstgenommen werden müssen. Ein Blick in vier, zufällig herausgegriffene Bücher zeigt überdies durch mancherlei Überschneidungen und gegenseitige Anknüpfungspunkte, daß an dem begrifflich behaupteten »kulturellen Aspekt« etwas dran sein muß. Exemplarisch deutlich wird dies etwa in dem Band von Peter Bromann und Manfred Piwinger, der Sinn und Zweck einer »Unternehmenskultur« wesentlich unter dem Blickwinkel einer Kommunikation mit einem sich rasch verändernden gesellschaftlichen Umfeld darstellt. Mit dem vorliegenden Buch vollziehen die Autoren den Prozeß der nach einer gewissen Zeit notwendig gewordenen Anpassung der »Kultur« ihrer Firma nach, den sie als Mitglied der Geschäftsführung und Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit maßgeblich mitgestaltet haben. Dabei wurde bei der Entwicklung, Umsetzung und Visualisierung der neuen Unternehmensgrundsätze kaum ein Bereich ausgespart. So machen nicht zuletzt Kleinigkeiten wie Glasüren in den Fertigungsbereichen und Büros, Mitarbeitern und Kunden beispielsweise das Prinzip »offene Kommunikation« transparent oder wurde die Spendenpraxis der Firma gemäß eines »aktiven und konstruktiven Verhältnisses zur Umwelt« überprüft. Ablesen läßt sich hieran, welcher Stellenwert der Kohärenz und Widerspruchsfreiheit einer »Unternehmenskultur« zukommt, soll sie die ihr zgedachten Wirkungen erzeugen. Ablesen läßt sich hieran aber auch, daß die Gestaltung einer »Firmenkultur« aus der Perspektive des Managements hauptsächlich als Aufgabe der Führungsetagen gesehen wird. Die Beteiligung von Mitarbeitern und Betriebsrat erfolgt ersichtlich nur, soweit sie ohne jene keinen Sinn macht oder wirklich nicht zu umgehen ist. Wenngleich sich in dieser Frage der aus der Praxis für die Praxis geschriebene Band von Bromann/Piwinger von den übrigen hier vorgestellten Büchern noch positiv abhebt, so vermißt der an einer Nachahmung interessierte Manager gerade in einem »Ratgeber« eine Auflistung etwa derjenigen Vorschriften, die Betriebsrat und Arbeitnehmer rechtlich gesicherte Mitwirkungsmöglichkeiten verschaffen.

Während Bromann/Piwinger ihre Ausführungen

zum Thema recht konkret am Beispiel ihrer Firma entwickeln, holt der unternehmensberatend tätige Jesuitenpater Rupert Lay weit aus. Da es ihm gerade nicht um *corporate design* geht, klärt er zunächst »Formale und materielle Normen« sowie die angemessene »Unternehmensphilosophie«, bevor er sich der »Unternehmenskultur« nähert. Lays Werk ist interessant, stellenweise sogar radikal progressiv, aber auch ambivalent. Der hohe Anspruch, der etwa hinsichtlich der Verantwortung des einzelnen, den notwendigen unternehmensinternen Rahmenbedingungen und dem Verhalten des Unternehmens auf Märkten wie gegenüber der Gesellschaft entwickelt wird, schlägt zuweilen um, in ein elitäres Gehabe gegenüber Parteien und Gewerkschaften, die vor den Augen des Autors kaum bestehen können. Man kann sich zuweilen nicht des Eindrucks erwehren, Lay zufolge sähe die Welt besser aus, wenn sich die Führungskräfte der Wirtschaft an die von ihm aus den Werken der klassischen Moralphilosophie abgeleiteten Grundsätze hielten und nicht dem schlechten Beispiel mediokrer Politiker folgten. Denn, was diese auch anfangen, sie gelangen bei der Suche nach Identität und ihrer Vermittlung nur bis zum *corporate design*: »Das Münchner »Team 70« verordnete der baden-württembergischen CDU im Wahlkampfherbst 1991 folgendes Rezept: Die Kandidaten der Partei sollen in einem »modischen Aprikosenton« im günstigsten Licht erscheinen. Die Pastelltöne Blau und Grün bleiben dem . . . Spitzenkandidaten Erwin Teufel reserviert. Im vergangenen Jahr war dasselbe Team in Rheinland-Pfalz und Brandenburg für die CDU tätig. In beiden Ländern ging die Partei in die Opposition.« Und wie wir mittlerweile wissen, muß sie in Baden-Württemberg neuerdings die Macht mit der SPD teilen.

Allerdings – *nobody is perfect*: dies gilt auch für Lay. Wie sonst ist in einem Managementbuch der Hinweis in einer Fußnote zu deuten, die zuvor kritisierte Organtheorie finde unter Juden besonderen Anklang? Der Autor wörtlich: »Eine moralisch orientierte Organtheorie vertreten etwa manche Juden hinsichtlich des deutschen Volkes. Es sei als Volk moralisch schuldig geworden und habe als Volk zu sühnen.« Kein einmaliger Ausrutscher; auf »semitische« Denkweisen wird noch an anderer Stelle mit dem Finger gezeigt. Hält man sich an das Kohärenzpostulat bei Erarbeitung und Umsetzung einer »Unternehmenskultur«, müssen solche Nebensätze auf den ersten Blick nicht stören. Die interne Integration kann auch durch die Abgrenzung von »anderen« erfolgen. Gleichwohl dürfte eine derartige Strategie nicht

allzu weit führen, denn die Kurzlebigkeit von identitätsstiftenden Faktoren kann sich nur allzu schnell erweisen und zu negativen Reaktionen der Marktteilnehmer führen.

Der rapide Wechsel von Trends, Ungewißheit und Über-Komplexität sind die Ausgangspunkte der Empfehlungen von Gerd Gerken. Er hat bereits die Phasen der Erkenntnis, die andere Autoren, die sich ebenfalls über Managementverhalten und Unternehmensführung verbreiten, erst nach und nach erreichen, längst hinter sich gelassen. Das einzige, was Gerken noch mit den Protagonisten der »Unternehmenskultur« zu verbinden scheint, sind sein Festhalten an der zielgebenden Bedeutung des »Bewußtseins« und die manchmal verblüffende Hellsichtigkeit von Managementpraktikern. So ist in dem Buch von Bromann/Piwinger eine *Vorwerk*-Anzeige abgebildet, auf der ein Männchen verschmitzt lächelnd über einen Abgrund neuen Zielen entgegenschreitet, während ein anderes wild gestikulierend auf sicherem Terrain zwar, doch jedenfalls zurückbleibt. Über- bzw. unterschrieben ist die Zeichnung mit »Phantasie ist wichtiger als Wissen«, einem Zitat von Albert Einstein, und »Vorwerk. Ein Unternehmen mit Grundsätzen«. Diese kongeniale Darstellung spitzt zu, worum es Gerken geht: »das Paradoxe mit der Methode zu managen, die das Paradoxe verlangt«.

Gerken rät seinen Lesern, nicht mehr auf Strategien zu vertrauen, die ohnehin versagen, er möchte ihnen Mut machen, sich auf die Über-Komplexität der Umwelt einzulassen und er empfiehlt, sich von den Zwängen der Realität zu befreien, indem neue Realitäten entworfen, sprich neue Produkte und Trends geschöpft werden. »In den neunziger Jahren wird derjenige Sieger im Wettbewerb sein, der Entwicklungen initiieren kann, die ohne ihn nicht in der Welt wären. Deshalb wird das Wettbewerbs-Management immer mehr zum Erfindungs-Management ... Es findet ein Wettkampf der Evolutionen statt.«

Auf das Neue, das anzustreben sein wird, gibt Gerkens Sprache erste Hinweise. Man wird damit zu rechnen haben, daß Manager zukünftig, geleitet vom »Spirit«, »Morphogenetische Felder« aktivieren, Führung nach den Prinzipien des »Global Brain« praktizieren und sich in »Future Workshops« wiederholt »sozio-neuro-linguistisch programmieren« lassen werden, um »neue Mind-Räume« zu eröffnen ... - Lachen Sie nicht! Wozu dieses Zeug gut ist, erfährt der Leser am Ende des Kapitels: »Wenn es der europäischen Industrie nicht gelingt, einen mentalen Aufbruch zur Zukunft zu organisieren, wird man im Kampf gegen Japan ... Niederla-

gen hinnehmen müssen. Das Thema der neunziger Jahre heißt nämlich eindeutig *Kampf gegen Japan*.

Klingt die Sprache noch neu, die Botschaft, die Gerken vermitteln möchte, ist es keineswegs. Die von ihm gepredigte Ideologie der Innovation greift Muster wieder auf, die der radikale Neokonservatismus der späten 70er Jahre schon einmal herausgeschrie und dessen damals begonnene Experimente an den lebenden Gesellschaften der USA und Großbritanniens zu den dort überall sichtbaren Zeichen des Verfalls geführt haben. Einer der damaligen Protagonisten und Präsidentenberater, George Gilder, entwarf in seinem Buch »Reichtum und Armut« einen gleichartigen Fortschrittsbegriff, der als Problemlösungsinstrument dem in einer undurchdringlich scheinenden Komplexität verstrickten Subjekt Befreiung verhieß. Danach war Fortschritt gleichbedeutend mit Innovation und hatte mit Vernunft nichts zu tun. Denn Innovationen finden als Schöpfungsakt nur statt in einem Zustand der Naivität, des sich Fallenlassens in den Kosmos. Auch für Gerken besteht kein Zweifel, daß die »mentale Kraft für den Fortschritt im Unternehmen«, daß diese Energie »aus dem Kosmos«, »aus Glaube und Liebe« kommt.

Glaube, Liebe, Hoffnung gaben ebenso für Gilder den Unternehmern die Kraft für den Sprung zur Kreativität, ohne einen Blick darauf zu verwenden, nicht zu kurz, aber auch nicht zu weit zu springen. Alle diejenigen »Helden«, deren Absturz zu beklagen war und ist, bedürfen kompensatorischer Angebote, die die Erfahrung individueller Scheiterns in einem dynamisch voranschreitenden Umfeld, dessen Triebkräfte man vorbehaltlos anerkennt, halbwegs erträglich machen. Hierzu zählen etwa festgefügte Gemeinschaften wie Familie, Freund- und Nachbarschaften oder homogene Gruppenbeziehungen.

Die Parallelen zwischen der Installation von »Unternehmenskulturen« und der Bewahrung der Institution Familie unterstreicht folgerichtig Hans Thomas in dem von ihm mitherausgegebenen Band. In Unternehmen wie Familien sieht er »Zusammenschlüsse konkreter Menschen« und nicht eine Versammlung von Trägern abstrakter Interessen. Bei beiden geht es folglich auch darum, externe Einflüsse, seien es »Demokratisierungsprogramme«, die das »Oppositionsprinzip und damit ein institutionelles Mißtrauen« einführen wollen, oder Gewerkschaften weitestgehend abzuwehren. Die Gegenüberstellung von drinnen und draußen, von internen Zielen und externen, womöglich organisierten Interessen, ist ein Bild, das auch von

Lay ausgemalt wird, der überdies, ebenso wie Thomas, das lateinische Wort *colere*, also Ackerbau, als Ursprung unseres Begriffes »Kultur« in Erinnerung ruft.

Interessant an solchen Vorstellungen ist, mit welcher Konsequenz Autoren wie Thomas bereit sind, Begriffe mit moralischen Bedeutungsgehalten wie das Vertrauen von Kindern gegenüber ihren Eltern dem Vertrauen gleichzusetzen, das etwa Fahrgäste der Zuverlässigkeit eines Lokführers entgegenbringen. Es spricht vieles dafür, daß solche neokonservativen, aus funktionalen Gründen alle Unterschiede einebnenden Orientierungsmuster noch die Geschwindigkeit erhöhen, mit der der Kapitalismus seinen ihn tragenden Wertebestand aufgezehrt haben wird. Leute wie Gerken haben ihren Daniel Bell natürlich gelesen. Auf der Suche nach – selbstverständlich – neuen Sinnstiftungen wird – ganz kulturindustriell – in der Kunst die neue Ersatzreligion entdeckt. Man zitiert Lyotard, dessen Ansicht nach es darum geht, »unsere Geist und unsere Intelligenz freizumachen von den Bedingungen des Lebens auf der Erde«, und verkündet: »Das Leben ist Pop-Kunst, weil alles Leben künstlich ist.« Typisch dafür soll, so Gerken weiter, sein, »das virtuelle Spiel, das Jeff Koons mit Ilona Staller, der Porno-Abgeordneten aus Rom, spielte. Da gibt es einen imaginären Film über beide. Ein heftig diskutiertes Kunstwerk, das beide beim sexuellen Akt zeigt. Dazu viele Fotos, die ihr Zusammenleben zum PR-Mythos verklären. Dann die sorgfältig inszenierte Hochzeit: Pop-Kultur als öffentliche Andacht, die Spaß macht. Wenn sich nunmehr eine neue Pop-Kultur international durchsetzt, die zugleich virtuell ist, entwickeln sich die ersten Formen für eine Andacht des Imaginären für jedermann.« – Die alenthalben als das schlichtweg »andere« ausgedeuteten Japaner werden sich schiefhaken. Aber wenn's der Wirtschaft nützt . . .

Peter Bromann/Manfred Piwinger: Gestaltung der Unternehmenskultur, Verlag Schäffer Poeschel, Stuttgart 1992, 240 S., DM 48,-
Rupert Lay: Über die Kultur des Unternehmens, Econ Verlag, Düsseldorf 1992, 239 S., DM 49,80

Gerd Gerken: Manager . . . Die Helden des Chaos, Econ Verlag, Düsseldorf 1992, 1005 S., DM 98,-

Géza Csomós/Hans Thomas (Hg.): Unternehmenskultur. Leitbild der Darstellung oder Abbild der Einstellung, Verlag Busse Seewald, Herford 1992, 153 S., DM 19,80

JÜRGEN BUSCHE

Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs

Geschichte kann nicht oft genug geschrieben werden. Diesen Satz, über den das Nachdenken wahrhaftig lohnt, sollte man sich lebhaft gegenwärtig halten, will man über der Lektüre des neuen Buches von Robert K. Massie nicht die Geduld verlieren.

Wenigstens die ersten dreihundert Seiten kommt man ohne diesen tröstenden Rat nicht aus. Der englische Titel des stolzen Werkes *Dreadnought*, eine Bezeichnung für schwer gepanzerte Schlachtschiffe Anfang des 20. Jahrhunderts, ist von dem deutschen Verlag in kluger Voraussicht aufgegeben worden. Das Wort, das in der angelsächsischen Welt immer noch symbolhaft den Kampf der westlichen Zivilisation gegen das mitteleuropäische Kaiserreich der Preußen beschwören mag, dürfte in Deutschland lediglich dort noch bekannt sein, wo sich mit historischer Dimension ein technisches und ein maritimes Interesse verbinden. Wer allerdings von dorthier zu diesem Buch kommt, wird es rasch beiseite legen.

Massie hat eine diplomatische Geschichte der langen Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs geschrieben. Da er den Ehrgeiz hat, »lesbare« Bücher zu schreiben, und frühere Werke – die Biographien der Zaren Peter der Große und Nikolaus – ihn in der Überzeugung bestätigt haben, daß er dies mit großem Erfolg zu tun vermag, ist er auch bei diesem Unternehmen der Einsicht gefolgt, daß zuletzt der Mensch doch das Interessanteste ist, worüber man schreiben kann. Diplomaten sind bekanntlich Menschen, und so spricht nichts dagegen, eine Diplomatie-Geschichte in einer Reihe mehr oder weniger umfänglicher Miniaturporträts vorzulegen. Das hat Massie getan.

Gerade darum ist der Beginn der Lektüre für den gebildeten Leser so wenig attraktiv. Denn wer sich ernsthaft daranmacht, ein 800-Seiten-Buch über einen historischen Stoff zu lesen, der weiß bereits, was Massie über die Queen Victoria, über Bismarck und Lord Salisbury zu berichten hat. Und er muß, wenigstens als deutscher Leser, über die Reichskanzler Caprivi, Hohenlohe und Bülow gar nicht so detailliert informiert werden. Ob es englischen Lesern ähnlich geht, wenn sie in gleicher Weise über Arthur Balfour, Joseph Chamberlain oder H. H. Asquith unterrichtet werden? Wer kennt nicht die brillant geschriebenen Profile von Churchill.

Je näher freilich Massie dem Kriegsausbruch kommt, um so mehr widmet er sich den politischen Aktivitäten seiner Helden, um so aufgesetzter wirkt dann auch das biographische Element in der Darstellung der Abläufe. Haben die Extravaganzen des Württembergers Alfred von Kiderlen-Wächter – »Deutschlands bedeutendster Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten nach Bernhard von Bülow« (Massie) – tatsächlich soviel mit den Grundzügen jener Politik zu tun, die in dem ominösen »Panther-Sprung« nach Agadir kulminierte? Es wäre eine hübsche Aufgabe, diese Vorstellung plausibel zu machen. Massie tut das nicht.

Was er zur Biographie der handelnden Personen bietet, ist einerseits fachlich orientiertes Datengerüst, andererseits Klatsch, der weniger der Charakteristik des einzelnen dient, eher die süße Konfitüre darstellt, die der Autor auf das trockene Brot der Historie streicht.

Immerhin ist auch das nicht ganz ohne Erkenntnisgewinn. Wer sich noch an Ludwig Reiners Roman der Staatskunst *Leben und Leistungen des Lords* erinnert, kann wohl nicht umhin, bei Gelegenheit von Massie das gleiche Gefühl der Bewunderung für die Überlegenheit der britischen Politiker gegenüber zumal den deutschen zu empfinden. Es ist nicht so, daß es der Amerikaner darauf abgesehen hätte, die Deutschen und besonders ihren Kaiser Wilhelm II. lächerlich zu machen. Aber verheimlichen kann er die Unterschiede im Persönlichen zwischen den Akteuren nicht: Victorias Sohn Edward ist nicht klüger, schon gar nicht gebildeter als ihr Enkel Willy. Aber der Stil, in dem er aufgewachsen ist, die Tradition, in der er sich bewegt, auch die Instinkte, die man in der englischen Gesellschaft ausbilden muß, haben ihm eine Sicherheit des Urteilens und Handelns gegeben, die dem Hohenzollern-Parvenü abging. Dasselbe gilt für die Männer seines Vertrauens. Je stärker bei Massie das historische Geschehen und die Charaktere der Politiker für die Erzählung sich ineinanderschieben, um so unterhaltbarer wird sein Buch.

Und je unterhaltsamer es wird, um so mehr fallen seine Defizite auf. Diplomatiegeschichte kann sich nicht in der Geschichte und den Geschichten der agierenden Diplomaten erschöpfen. Das Geschehen der Geschichte ist von mehr und anderen Wirkungskräften abhängig, als sie die Männer in und an der Spitze von Kabinetten verkörpern. Was Massie am Ende herausbringt, ist nichts anderes, als daß die deutsche Politik in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg ungeschickter war als die britische. Dieser Eindruck wird gestützt durch zahlreiche Beobachtungen, die den Schluß nahelegen, daß

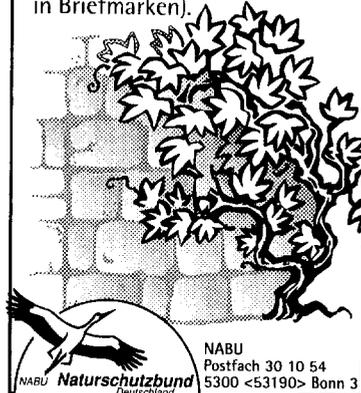
die deutschen Politiker nach Bismarck ungeschickter waren als die britischen nach Gladstone – man denke nur an Wilhelms *Daily-Telegraph*-Interview.

Aber waren auch die Ziele der deutschen Politik falsch? Dazu wird man nach der Lektüre von Massies Buch wenig sagen können. Der Autor hat nicht untersucht, welcher Dynamik der Entwicklung in Wirtschaft und Wissenschaft, im Denken der Bevölkerung und der wirklichen Eliten die Berliner Politik gerecht werden mußte. Demgegenüber erschienen die britischen Verhältnisse statisch. In diesem Unterschied liegt ein gewaltiges Movens der Geschichte. Zweifellos, die deutsche Führung hätte klüger sein können, aber hätte sie anders handeln können als in jener Konsequenz, die ihr England zum Feind machte? War die Ungleichzeitigkeit der (nationalen) Entwicklung und damit die Ungleichheit der erreichten Standards zwischen den Industrieländern einfrierbar? Auch diese Geschichte muß noch einmal geschrieben werden.

Robert K. Massie: Dreadnought? Großbritannien, Deutschland und das Herausziehen des Ersten Weltkrieges. Übersetzt von Walter Brumm. Verlag S. Fischer, Frankfurt/M. 1993, 896 Seiten, Abbildungen und Karten, DM 68,-

ALLES BLOSSE FASSADE?

Schade. Denn begrünte Fassaden und Dächer sind nicht nur ein Genuß für das Auge. Was Sie und viele andere Lebewesen davon haben und vieles mehr steht in der Broschüre "Naturschutz ums Haus" (für 5,- DM in Briefmarken).



Zu den Autorinnen und Autoren

GEORG BLUME ist Japan-Korrespondent, u. a. für die Tageszeitung und die ZEIT.

DIETER BODEN, geb. 1940, Beamter des Auswärtigen Amtes, früherer außenpolitischer Mitarbeiter in der SPD-Bundestagsfraktion.

MARTIN BRÜNING, geb. 1965, Politikwissenschaftler, ist Assistent an der Universität Bonn.

JÜRGEN BUSCHE, geb. 1944, leitet das Innenressort der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG.

MICHAEL EHRKE, geb. 1950, ist Leiter des Büros Tokio der Friedrich-Ebert-Stiftung.

ALAIN FINKIELKRAUT, geb. 1949, Philosoph und Publizist, lebt im Pariser Vorort Bourg-la-Reine.

CORD JAKOBEIT, geb. 1958, Politikwissenschaftler, ist *Postdoctoral Fellow* an der Harvard University.

JÜRGEN KOCKA, geb. 1941, lehrt Geschichtswissenschaften an der FU Berlin.

THOMAS KREUDER, geb. 1960, Rechtsanwalt, z. Z. wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeits- und Wirtschaftsrecht der Universität Frankfurt.

RADANA MATOUSOVA, geb. 1965, arbeitet in der Abteilung der tschechischen und slowakischen Literatur an der Philosophischen Fakultät der Karls-Universität in Prag.

REINHARD MOHR, geb. 1957, freier Publizist, lebt in Frankfurt.

SIEGMAR MOSDORF, geb. 1951, ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der Kommission ›Standort Deutschland‹ der SPD.

EBERHARD MOTHS, geb. 1941, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, lebt in Bonn.

HANS JOACHIM QUEISSER, geb. 1931, Professor, ist Experimentalphysiker und Direktor am Stuttgarter Max-Planck-Institut für Festkörperforschung.

UWE SCHMITT, geb. 1955, ist Fernostkorrespondent der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG.

PETER W. SCHULZE, geb. 1942, Leiter des Büros Moskau der Friedrich-Ebert-Stiftung.

TINA STADLMAYER ist Japan-Korrespondentin der FRANKFURTER RUNDSCHAU.

UWE THOMAS, geb. 1938, Diplomphysiker, war von 1988–1993 Staatssekretär und Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein, ist Berater beim SPD-Parteivorstand, lebt in Bonn.

RENÉ WEILAND, geb. 1957, lebt als Philosoph und Publizist in Berlin.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
53175 Bonn
Tel.: (02 28) 8 83-5 40/5 42
Telefax: (02 28) 88 35 39

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
In der Raste 2
53129 Bonn
Tel.: (02 28) 23 80 83
Telefax: (02 28) 23 41 04
Anzeigenpreisliste Nr. 21
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738
Einzelheft 14,80 DM/ÖS 116,00/sFr 15,80 frei Haus; Jahresabonnement 99,00 DM/ÖS 780,00/sFr 100,80 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.